Mittwoch, 11. Januar 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 9 - 2.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Zhao bei Reagan: Vom Washington-Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten Zhao Liyang erwarten US-*Regierungsbeamte* Fortschritte bei den Verhandlungen über ein Abkommen zur friedlichen Nutzung der Kernenergie, aber noch keine definitive Regelung. Zhao traf gestern mit Präsident Reagan im Weißen Haus zusammen. (S. 1)

Zurück nach Ost-Berlin: Ein durch die Havel nach West-Berlin geflüchteter 17jähriger Junge aus der „DDR" ist gestern auf eigenen Wunsch nach Ost-Berlin zurückgekehrt.

Tarif gekündigt: Die Deutsche Postgewerkschaft hat den Tarifvertrag für die rund 210 000 Angestellten und Arbeiter gekündigt; offenbar in „Pilotfunktion" beim Bemühen des DGB, um die 35-Stunden-Woche durchzusetzen, hieß es in Bonn. Das Bundeskabinett wird sich heute mit der Kündigung beschäftigen.

Suvanna Phuma: Im Alter von 82 Jahren ist gestern der frühere Regierungschef von Laos in Vientiane gestorben.

Beagle-Konflikt: Die Grundlage eines Plans zur Beilegung des argentinisch-chilenischen Konfliktes um die Hoheitsrechte über die Beagle-Inseln ist ausgearbeitet worden und wird vermutlich im Lauf der Woche vom Vatikan – der vermittelt hatte – offiziell bekanntgegeben werden.

Vorstoß für Sacharow: Der Schauspieler und Sänger Yves Montand, einst Aushängeschild der *französischen Kommunisten* und jetzt ihr scharfer Kritiker, hat in einem Brief an Kreml-Chef Andropow die Freilassung des vor vier Jahren nach Gorki verbannten Atomphysikers Andrej Sacharow gefordert. (S. 1)

Pakistan: Das Militärregime hat der seit mehr als zwei Jahren unter Hausarrest stehenden ältesten Tochter des früheren Ministerpräsidenten Zulfikar Ali Bhutto, Benazir, die Ausreise nach Frankreich erlaubt.

USA/Vatikan: Nach 116jähriger Unterbrechung haben die USA und der Vatikan seit gestern wieder volle diplomatische Beziehungen. Sie waren 1867 unter dem Druck protestantischer Kräfte vom US-Kongreß abgebrochen worden.

Lehrerausbildung: Wegen der ständig wachsenden Zahl arbeitsloser Lehrer will Bayern etwa 4400 der derzeit 25 000 Studienplätze für diesen Beruf abbauen.

Heute: Siebentes Kontaktgespräch der deutschen und französischen Bischofskonferenzen in Essen. – Bürgerempfang von Bundespräsident Carstens in Bonn. – „Kissinger-Kommission" legt Abschlußbericht über Mittelamerika vor. – Italiens Verteidigungsminister Spadolini zu Arbeitsbesuch in Bonn.

ZITAT DES TAGES



» Die Regierung wird die Tariffreiheit immer wie ein rohes Ei behandeln. Aber weder die Politiker noch die Gewerkschaften stehen unter Naturschutz. Gegenseitige Kritik muß erlaubt sein, ohne daß gleich von Einmischung die Rede ist «

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) zum Streit um die 35-Stunden-Woche FOTO: DPA/POPP

WIRTSCHAFT

Weniger Steuern: Die durch die Einführung bleifreien Benzins von 1986 an entstehenden Mehrkosten sollen steuerlich voll ausgeglichen werden. Es solle ein wirklicher Anreiz bestehen, sich ein derart ausgerüstetes Auto anzuschaffen, sagte Bundesinnenminister Zimmermann gestern abend im ZDF. Entgegen früheren Erklärungen wird es von 1986 an auch bleifreies Super ausreichend geben.

Agrarfinanzen: Der auf rund 37 Milliarden DM veranschlagte EG-Agrarhaushalt wird im laufenden Jahr um zehn Prozent überschritten, wenn sich die Ausgabenpolitik nicht ändert, warnt Kommissionspräsident Thorn.

Kaufhof: Der Umsatz des zweitgrößten deutschen Warenhauskonzerns stieg 1983 um 1,3 Prozent *auf rund 8,57 Milliarden* DM.

Wenig Anklang: Die Gewerkschaftsforderung nach der 35-Stunden-Woche wurde in einer Emnid-Umfrage von 43 Prozent der Befragten abgelehnt; 32 Prozent befürworteten sie, 25 Prozent waren unentschlossen.

Börse: Zinsängste und Gewinnmitnahmen haben am Aktienmarkt die Kurse sinken lassen. Auch der Rentenmarkt war schwächer. WELT-Aktienindex 154,9 (156,1). *Dollarmittelkurs* 2,8235 (2,8332) Mark. Goldpreis pro Feinunze 371,25 (365,25) Dollar.

KULTUR

Hofmannsthal: Nach dem Erwerb der Handschrift des Trauerspiels „Das gerettete Venedig" und anderer Manuskripte Hugo von Hofmannsthals ist das Frankfurter Goethe-Museum jetzt im Besitz des gesamten Handschriftenbestands aus dem Erbe von Reimund von Hofmannsthal, einem Sohn des Dichters.

RIAS Berlin: Nachfolger des Intendanten Ludwig Freiherr von Hammerstein wird am 1. Juni Peter Schiwy, Chef-Redakteur des NDR-Fernsehens.

SPORT

Fußball: Die deutsche Nationalmannschaft spielt bei der Europameisterschafts-Endrunde in Frankreich in einer Gruppe mit Portugal, Rumänien und Spanien. In der anderen Gruppe spielen Frankreich, Dänemark, Belgien und Jugoslawien. (S. 7)

Eiskunstlauf: Norbert Schramm hat bei den Europameisterschaften in Budapest kaum noch Chancen, seinen Titel zu verteidigen. Nach der Pflicht liegt er nur auf Platz sechs. Es führt der Franzose Simond, dritter ist Rudi Cerne aus Wanne-Eickel.

AUS ALLER WELT

Flugunfälle: In der zivilen Luftfahrt der Bundesrepublik gab es im vergangenen Jahr 550 Unfälle. Dabei kamen 109 Personen ums Leben. Besonders häufig in Unfälle verwickelt waren wieder Privatmaschinen, die den Hauptanteil der 6000 zugelassenen Flugzeuge stellen.

Zuhälterkrieg?: Nach dem Brandanschlag auf das Nachtlokal „Liverpool" befürchtet die Münchner Polizei, daß es im Sex-Untergrund jetzt zum offenen Kampf kommt. (S. 18)

Wetter: Stark bewölkt, zeitweise Niederschlag. 0 bis 7 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

USA erhoffen Fortschritte bei Atomenergieabkommen mit China

Absprachen über nukleare Zusammenarbeit denkbar / Zhao in Washington

DW./kie. Washington

Als erster chinesischer Ministerpräsident ist Zhao Ziyang gestern zu Gesprächen mit dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan in Washington eingetroffen. Amerikanische Regierungsbeamte erwarten *von dem Besuch eine Zunahme der* Exporte amerikanischer Hochtechnologie in die Volksrepublik China.

Während des zweitägigen Besuchs, bei dem Zhao auch mit Handelsminister Malcolm Baldridge sprechen wird, soll ein Rahmenabkommen für industrielle und technolgische Zusammenarbeit unterzeichnet werden. Nachdem bereits im Juni vergangenen Jahres die Exportrestriktionen von amerikanischer Seite erheblich gelockert wurden, sind nun auch Absprachen über nukleare Kooperation denkbar geworden. Die amerikanische Regierung erhofft sich dabei vom Besuch des chinesischen Premiers entscheidende Fortschritte bei den amerikanisch–chinesischen *Verhandlungen über ein Abkommen zur* friedlichen Nutzung von Kernenergie. Es würde amerikanischen Firmen erlauben, China Kernkraftwerke für die Energieversorgung zu liefern. Peking ist bereits durch seinen Beitritt zur Internationalen Agentur für Atomenergie (1. Januar) der amerikanischen Forderung nach Kontrollgarantien wesentlich entgegengekommen.

Wie amerikanische Beamte weiter sagten, ist von den USA dem Ost-West-Koordinationskomitee (Cocom), das den Handel mit kommunistischen Staaten überwacht, versichert worden, daß die USA nicht nur Handelsvorteile suchten. Es könnte jedoch in Zukunft Probleme mit dem Cocom geben, sagte ein Regierungsbeamter. Nach seinen Angaben fürchtet China offenbar, daß Cocom-Kontrollen die Handelserleichterungen zunichte machen könnten.

Dem Besuch des chinesischen Premierministers und die vorgesehene *Reise Präsident Reagans im April* nach China sehen Beobachter als zwei nur zeitlich getrennte Ereignisse einer Willensbekundung: Chinesen und Amerikaner haben, fünf Jahre seit der formellen Aufnahme diplomatischer Beziehungen, so etwas wie einen geordneten Interessenausgleich gefunden, basierend auf strategischen und wirtschaftlichen Gemeinsamkeiten, die nach monatelangen zähen Verhandlungen jetzt das Stadium unterzeichnungsfähiger Verträge erreichen.

Obendrein scheint sich in Peking wie auch in Washington die Erkenntnis durchgesetzt zu haben, daß Großmächte sich gegenseitig nicht als Spielkarten im Poker mit einer anderen Macht behandeln, sondern ihr Verhältnis nach langfristigen Erwägungen einrichten, die aus sich heraus gültig sein müssen und nicht als taktische Finten mißverstanden werden dürfen.

● Fortsetzung Seite 8

Im Ausschuß will Wörner Gründe nennen

Apel: Die Entlassung Kießlings widerspricht „Ordnung und Gepflogenheit"

RÜDIGER MONIAC, **Bonn**

Die „Affäre Kießling" wird am nächsten Mittwoch den Verteidigungsausschuß des Bundestages beschäftigen. *Auf die dringliche Bitte* mehrerer Abgeordneter wird Minister Wörner dabei über die Gründe berichten, die ihn zur vorzeitigen Pensionierung des stellvertretenden NATO-Oberbefehlshabers, General Günter Kießling, veranlaßten.

Gegenüber der WELT erklärte Wörner gestern, er habe sich einer Begegnung mit dem General nie verschlossen, doch habe er Kießling am 23. Dezember 1983 nicht persönlich die Entlassungsurkunde aushändigen können, weil er bereits in seinem Wahlkreis Göppingen gewesen sei. Seine, Wörners, Mitarbeiter hätten aber gewußt, daß er vorher jederzeit zu einer weiteren Begegnung mit dem General bereit gewesen sei. Am 23. Dezember übergab Staatssekretär Hiehle im Beisein des Leiters der Personalabteilung, Generalleutnant Kubis, Kießling die Entlassungsurkunde.

Nach Informationen der WELT hatte Wörner den deutschen Vertreter von NATO-Oberbefehlshaber, General Rogers in der Zeit zwischen Juni und September 1983 zweimal empfangen. Bei der ersten Begegnung soll Kießling den Minister, wie es hieß, förmlich gebeten haben, ihn von seinem Posten im NATO-Hauptquartier Shape abzulösen. Die Gründe dafür wurden der WELT auf der Hardthöhe nicht genannt. Wörner selbst sagte im Fernsehen, das Arbeitsverhältnis zwischen Kießling und Rogers habe für die vorzeitige Pensionierung „nicht die geringste Rolle" gespielt.

SEITE 3:
SHAPE und der Fall Kießling

Wie weiter zu erfahren war, seien in dem Juni-Gespräch angebliche homophile Neigungen des Generals nicht erwähnt worden. Sie seien erst in der September-Begegnung vom Minister angesprochen, aber von *Kießling bestritten* worden. Der General habe sich im September dennoch damit einverstanden erklärt, zum 31. März 1984 vorzeitig aus dem Dienst entlassen zu werden. Regulär wäre seine Dienstzeit im Herbst 1985 zu Ende gegangen. Aufgrund dieses Einvernehmens zwischen Minister und General hatte die WELT bereits am 28. September 1983 gemeldet: Generalleutnant Mack werde am 1. April 1984 Kießlings Nachfolger in NATO-Hauptquartier.

Kießling bestritt in einem „Quick"-*Interview mit* „Ehrenwort", *jemals* homosexuelle Beziehungen gehabt zu haben. Auf die Frage, ob seine Zusammenarbeit mit Rogers schlecht gewesen sei, antwortete er lediglich allgemein, Vorgesetzte könne man sich nicht aussuchen, Sichanpassen habe „eben seine Grenzen".

Wörners Amtsvorgänger Hans Apel (SPD) hielt dem Minister gestern vor, Kießling „in einer Weise aus dem Dienst gejagt" zu haben, die „jeder soldatischen Ordnung und Gepflogenheit widerspricht". Rogers habe die Beseitigung des – von Kießling besetzten – NATO-Postens „energisch" betrieben.

König Hussein ernennt neuen Regierungschef

DW. **Amman**

König Hussein von Jordanien hat gestern nach offiziellen Informationen in Amman den früheren Geheimdienst-Chef und bisherigen Innenminister Obeidat zum neuen Ministerpräsidenten ernannt. Der bisherige Premier Badran ist zurückgetreten. Neuer Außenminister ist Taher al Masri, der aus den israelisch besetzten Gebieten stammt.

Mit diesen personellen Umbesetzungen unterstreicht der Monarch seine Entschlossenheit, die von ihm initiierte Offensive zur Lösung des Nahost-Problems durchzusetzen. Hussein möchte durch die Einberufung eines neuen Parlaments, das zur Hälfte aus palästinesischen Abgeordneten bestehen soll, seine Ansprüche auf die israelisch besetzten Gebiete unterstreichen. Durch eine Verfassungsänderung ermöglichten die Abgeordneten in Amman diesen Schritt.

Osten schlägt Verbot chemischer Waffen vor

dpa, **Moskau**

Die Sowjetunion hat den NATO-Staaten ein gemeinsam mit den anderen Warschauer-Pakt-Staaten ausgearbeitetes Papier zur Abschaffung der chemischen Waffen in Europa unterbreitet. Ein entsprechendes Dokument sei den Botschaften der NATO-Länder gestern in Moskau überreicht worden, teilte die amtliche Nachrichtenagentur Tass mit.

Die Warschauer-Pakt-Staaten schlagen in diesem Papier noch in diesem Jahr ein Treffen der angesprochenen Staaten vor. Der Vorschlag enthalte Maßnahmen regionalen Charakters über die Begrenzung, Reduzierung und Eliminierung chemischer Waffen, hieß es weiter. Bei der Ausarbeitung eines Abkommens könnten die interessierten Staaten Formen der Überprüfung einführen, die die Erfüllung der Verpflichtungen sicherstellen würden.

Ehrenberg tritt für Abkoppelung vom Dollar ein

dpa, **Paris/Bonn**

Der französische Wirtschafts- und Finanzminister Jacques Delors hat sich gegen „übereilte" wirtschaftspolitische Anpassungsmaßnahmen an die heftige Steigerung des Dollar-Kurses ausgesprochen.

Demgegenüber befürwortete der SPD-Wirtschaftspolitiker Herbert Ehrenberg eine Abkoppelung Westeuropas vom Dollar und dem gesamten US-Zinsniveau. Diese Entscheidung dürfe nicht mehr aufgeschoben werden, da die Amerikaner nicht bereit seien, selbst etwas gegen den ständig steigenden Kurs ihrer Währung zu tun. Ehrenberg forderte die Bundesregierung auf, die Initiative für ein Treffen der EG-Wirtschafts- und Finanzminister zu ergreifen, um eine „europäische Abwehrfront gegen die US-Geldpolitik zu schaffen".

Seite 2: Nicht von „Abkoppeln" reden
Seite 9: Frankreich beunruhigt

DER KOMMENTAR

Schaden abwenden

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Es ist dringend davor zu warnen, den Fall Kießling in einer Weise auszuschlachten, daß noch größerer Schaden für die Bundeswehr und die NATO entsteht. Der Sachverhalt ist denkbar einfach. Als Stellvertreter des amerikanischen Oberkommandierenden der NATO, General Rogers, hatte Kießling Zugang zu Kenntnissen der höchsten Geheimhaltungsstufe. Sobald hinreichend begründete Zweifel an einem derart exponierten Geheimnisträger auftauchen, hat der Bundesverteidigungsminister keine andere Möglichkeit, als sofort jedes Sicherheitsrisiko auszuschließen. Er kann nicht einmal abwarten, ob aus dem Verdacht eine beweisbare Tatsache wird. Das muß auch der betroffene General anerkennen; denn das ist die selbstver*ständliche Geschäftsgrundlage* bei der Berufung in ein so hohes Amt.

Wörner hat also richtig entschieden. Auch aus praktischen Gründen hätte er kaum anders handeln können. Es wäre ein unerträglicher Zustand für alle Beteiligten, nicht zuletzt für den Betroffenen, wenn der deutsche General im NATO-Hauptquartier von seinen Aufgaben künstlich hätte ferngehalten werden müssen, weil er im Verdacht steht, ein Sicherheitsrisiko zu sein.

Es geht also zunächst gar nicht darum, irgendein Urteil über Kießling zu fällen. Worauf es allein ankam, war, ein mögliches Gefahrenmoment auszuschalten. Folgerichtig hat sich das Verteidigungsministerium auch auf diesen formalen Standpunkt gestellt. Das geschah nicht zuletzt zum Schutz des Generals Kießling. Wörner macht weder eine Verletzung der Dienstpflichten, noch sonst ein schuldhaftes Verhalten geltend. Nicht das Ministerium hat sich zuerst auf ein öffentliches Gespräch über mögliche Extravaganzen des Generals eingelassen, sondern Kießling selbst. Damit hat er sich nach den Gesetzen der *medialen Kommunikation eigen*händig unter eine Art autosuggestiven Zwang gestellt, sich mit den alten Argumenten immer wieder aufs Neue zu verteidigen. Auf diese unglückliche Weise trägt er dazu bei, daß auch seine dienstlichen Leistungen öffentlich erörtert werden.

Da es aber nicht um eine direkte Schuldzuweisung ging, hätte Minister Wörner besser daran getan, das letzte entscheidende Gespräch mit seinem General der höchsten Rangstufe auf jeden Fall persönlich zu führen. *So hätte er* dazu beitragen *können*, die verständliche Verletztheit Kießlings in Grenzen zu halten. Diese Stilfrage muß sich Wörner vorhalten lassen. Doch das gibt Wörners Vorgänger, Hans Apel, nicht das Recht, jetzt aus dem Fall Kießling einen *Fall Rogers* zu machen. *Das* Thema ist denkbar ungeeignet, alte Rechnungen zu begleichen.

Kieler Institut: Staat soll Risikobereitschaft belohnen

Trotz konjunktureller Erholung kein höheres Wachstum

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Die Aussichten auf höhere Wachstumsraten und auf Vollbeschäftigung haben sich in der Bundesrepublik Deutschland in den vergangenen Jahren nicht entscheidend verbessert. Darüber kann nach Ansicht des Kieler Instituts für Weltwirtschaft auch die konjunkturelle Erholung nicht hinwegtäuschen, die seit Ende *1982* im Gange ist. Zu viele Strukturprobleme aus den siebziger Jahren seien ungelöst geblieben, neue Herausforderungen hinzugekommen.

Den Schlüssel für die Belebung der deutschen Wirtschaft sehen die Autoren in einer Rückgewinnung von Flexibilität auf den Güter- und Faktormärkten. Dies sei notwendig, um die Sachkapitalbildung anzuregen: „Nur produktive Investitionen vermögen den Anpassungsstau aufzulösen, nur sie können die derzeitige konjunkturelle Erholung zu einem anhaltenden wirtschaftlichen Wachstum führen, nur sie schaffen auf Dauer rentable Arbeitsplätze."

Die Wissenschaftler plädieren für eine Rollenverteilung zwischen Unternehmen, Gewerkschaften und Staat: Die Unternehmer sollten mit Produkt- und Verfahrensinnovationen in Neuland vorstoßen und Anlagen verschrotten, die veraltet und international nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Es sei nicht zwingend, daß technologische Neuerungen zu technologischer Arbeitslosigkeit führen. Die Gewerkschaften sollten an der Lohnfront den Spielraum dafür schaffen, daß die Kapitalrendite wieder ausreichend steigen kann. Verteilungskämpfe paßten derzeit ebensowenig in die Landschaft wie die Forderung nach einer allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit, weil beide das Kostenniveau erhöhen und die Gewinnerwartungen verschlechtern.

Der Staat sollte vor allem für Rahmenbedingungen sorgen, unter denen Sparen und Investieren lohnen sowie Eigenverantwortung und Risikobereitschaft prämiiert werden.

Nach Ansicht des Kieler Instituts steckt die deutsche Wirtschaft seit Anfang der siebziger Jahre in einer Rentabilitätskrise. Ausschlaggebend dafür sei der zunehmende Kostendruck, der von den Produktionsfaktoren Arbeit und Energie ausgehe. Dadurch habe sich die private Investitionstätigkeit verlangsamt. In der Industrie und im Baugewerbe sei seit 1973 nur noch so viel investiert worden, wie zur Erhaltung der Substanz notwendig war. Auch in anderen Bereichen habe sich das Investitionstempo merklich verlangsamt. Das hat eine *breite Anwendung moderner* Technologie verzögert: „So konnte die Produktivität der Arbeitsplätze nur noch langsam steigen – zu langsam, um allen Arbeitsuchenden bei den herrschenden Löhnen einen international wettbewerbsfähigen Arbeitsplatz bieten zu können", heißt es in dem zweiten Strukturbericht des Instituts. Investitionschancen würden häufig nicht wahrgenommen, weil viele Märkte reguliert oder reglementiert sind. Ein Beispiel seien die neuen Medien. Da die Löhne nach unten weiterhin starr sind, suchten die Unternehmen die Anpassung an den Strukturwandel verstärkt über einen Personalabbau.

Yves Montand bittet für Sacharow

JOCHEN LEIBEL/DW. **Paris**

Der französische Schauspieler und Sänger Yves Montand, von seinen Landsleuten jüngst zum „beliebtesten Franzosen" gewählt, wird immer aktiver in seiner neuen Rolle als „Politiker". Zusammen mit dem Theater-Schriftsteller Eugene Ionesco suchte er am Montagabend die sowjetische Botschaft in Paris auf und überreichte dem Presseattaché ein Schreiben, in dem die Freilassung Andrej Sacharows gefordert wird.

Der Brief ist an den sowjetischen Staatschef *Jurij Andropow gerichtet* und gibt der tiefen Unruhe der Unterzeichner über das „tragische Schicksal" des sowjetischen Wissenschaftlers Ausdruck, der seit vier Jahren in Gorki in Verbannung lebt und schwer krank ist. Montand und die beiden anderen *Delegationsmitglieder* – Eugene Ionesco und der französische Historiker Emmanuel Leroy-Ladurie – verlangten, daß die Sowjetunion die Abmachungen von Helsinki respektiert, die sie selbst mit unterzeichnet hat: Moskau solle Sacharow das Recht auf medizinische Behandlung und auf einen von ihm selbst gewählten Aufenthaltsort zugestehen.

Dies war das siebente Mal, daß eine Delegation französischer Intellektueller in der Pariser Sowjetbotschaft die Freilassung Sacharows forderte. Die Intellektuellen verlangen, daß Sacharow nach Norwegen emigrieren darf. Von der Osloer Regierung ist er offiziell eingeladen worden.

Auch *die ehemalige Präsidentin* des Europa-Parlaments in Straßburg, Simone Veil, hat sich zu Beginn der Woche für Andrej Sacharow eingesetzt. Sie schrieb an den sowjetischen Staatschef Andropow und bat darum, Sacharow zu gestatten, am 13. Januar nach Brüssel zu kommen. Der sowjetische Wissenschaftler soll an diesem Tag von der Freien Universität Brüssel zum Ehrendoktor ernannt werden. Zusammen mit Sacharow wird auch Simone Veil selbst, der frühere Bundeskanzler Willy Brandt sowie der italienische Politiker Altiero Spinelli die Ehrendoktorwürde verliehen. Simone Veil ließ in Paris wissen, daß sie das Schreiben an Andropow auch im Namen von Brandt und Spinelli abgesandt habe.

Die Aktion des 62 Jahre alten Yves *Montand* liegt nur wenige Tage nach seinem spektakulären Auftritt im französischen Fernsehen, wo er seine Wandlung vom Kommunisten zum Vertreter eines „geordneten Kapitalismus" rechtfertigte. In dieser Sendung bot Montand dem aufgewühlten Publikum die schärfste Verurteilung des Sowjetkommunismus und des Pakts zwischen Sozialisten und Kommunisten in Frankreich, die seit Mai 1981 zu hören war.

Der zweistündige Dialog zwischen dem Idol der Nation und Fernsehzuschauern war für die Koalition in Paris eine schallende Ohrfeige – insbesondere, als noch wenige Tage zuvor 55 Prozent der Franzosen gesagt hatten, Montands Worte hätten für sie mehr Gewicht als die der Berufspolitiker. Die Angriffe Montands gegen das Moskauer „GULag-System" und seine Verteidigung des freiheitlichen Wirtschaftssystems in den westlichen Ländern waren so überzeugend, daß er von zahlreichen Zuschauern spontan aufgefordert wurde, sich bei den nächsten Präsidentschaftswahlen in Frankreich als Kandidat zu stellen. Montand lehnte jedoch ab.

Der TV-Auftritt des Schauspielers fand ein ungewöhnlich starkes Interesse. Die Einschaltquote des Fernsehens war *nach Mitternacht größer als* sie Staatspräsident François Mitterrand in der besten Sendezeit, am Silvesterabend um 20 Uhr, verzeichnen konnte.

E

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Neuer Spielraum

Von Manfred Neuber

Südafrikas präventiver Feldzug gegen Stützpunkte der namibischen „Befreiungsorganisation" Swapo in Angola hat seine Position der militärischen Stärke gefestigt und zugleich politischen Spielraum – zu Hause und für diplomatische Sondierungen geschaffen. Was schert Pretoria schon eine Verurteilung durch die Vereinten Nationen, wenn es seine Sicherheitsinteressen gewahrt sieht?

Bei der bisher größten Operation nördlich des Cunene-Flusses fielen die südafrikanischen Verteidigungskräfte den Swapo-Verbänden in den Arm, die nur den Anbruch der Regenzeit für ihre Überfälle im Ovamboland abgewartet hatten. Mit ihrem Vorstoß kämpften sie auch den pro-westlichen Unita-Kräften in Angola den Rücken frei, was zu einer weiteren Schwächung des marxistischen Regimes in Luanda beitragen kann.

Südafrika ging dabei das Risiko einer Verwicklung kubanischer Soldaten und sowjetischer Berater in die Kämpfe ein. Moskaus Drohgebärden beeindrucken Pretoria schon lange nicht mehr, aber vielleicht wächst durch kubanische Verluste der psychologische Druck auf Fidel Castro, seine Söldner aus Angola abzuziehen, wenngleich die Propaganda von „kämpferischer Solidarität" tönt?

Das Szenario für die jüngste Runde im Ringen um ein unabhängiges, freies Namibia hatte Südafrika mit erstaunlichem Geschick abrollen lassen: Während schon seit dem 6. Dezember seine Truppen unter größter Geheimhaltung in Angola eindrangen, *schlug Pretoria* am Vorabend der Angola-Debatte im Weltsicherheitsrat noch vor Weihnachten einen Waffenstillstand vor, der am 31. Januar 1984 mit einmonatiger Dauer beginnen sollte.

Über die Intervention wurde die Öffentlichkeit erst informiert, als sich die Südafrikaner nach erfolgreichem Abschluß bereits auf dem Rückzug befanden. Jetzt konnte es sich die Regierung auch leisten, zum ersten Male direkte Kontakte mit der Swapo vorzuschlagen.

Verhandlungstaktisch steht Südafrika also nun nicht mehr in der Defensive: Es hat eine Waffenruhe und Gespräche vorgeschlagen. Es stellt darüber hinaus die Befolgung des Unabhängigkeitsplanes der UNO für Namibia in Aussicht, sobald die Kubaner aus Angola abgezogen werden. Wenn es in Windhuk vorangehen soll, muß der erste Schritt zur Entspannung in Luanda unternommen werden. Das Gegen-Junktim „Abzug nach Unabhängigkeit" sticht nicht.

Signal auf Rosarot

Von Hans-Jürgen Mahnke

Auf den ersten Blick steht die Deutsche Bundesbahn plötzlich zum Jahresbeginn in einem ganz neuen Licht. Es ist nicht mehr von Defiziten, von der Fahrt in die Verschuldung, von Rückzug oder Kahlschlag-Sanierung die Rede: Jetzt macht das Wort des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesverkehrsministerium, Dieter Schulte, die Runde, wonach die Bahn bis 1990 rund 40 Milliarden Mark investieren wolle.

Propagiert werden eine zukunftsgerichtete Investitionspolitik, Optimismus, Ausbau, neue Angebotsformen im Personen- und Güterverkehr, kurz alles, was sich positiv, was sich rosarot darstellen läßt.

Um die Zukunftsvorsorge der Bahn besonders herauszustreichen, hat Schulte die Investitionserträge über mehrere Jahre aufsummiert. Was dabei herauskommt, hat natürlich eine ganze andere Dimension, kann sich sehen lassen, obwohl es eigentlich ein alter Hut ist.

Verständlich ist dieser Versuch schon. Zum einen hat es auch ein Bundesunternehmen schwer, wenn es in der Öffentlichkeit stets nur mit negativen Attributen bedacht wird. Damit wird selbst das Vertrauen in den lebensfähigen Teil der Bahn untergraben. Zum anderen müssen auch die verantwortlichen Politiker im eigenen Interesse für einen gewissen Optimismus sorgen, nachdem ihre kürzlich verabschiedeten bahnpolitischen Leitlinien eher skeptisch, zumindest zurückhaltend aufgenommen worden sind, da die Finanzierungsseite noch offen ist.

Es müssen also doch schon beide Seiten der Medaille gesehen werden. *Denn gelöst sind die immensen Probleme der* Bahn noch lange nicht. Für die Zukunft kommt es dabei nicht nur darauf an, ob und in welchem Maße der Bund die Investitionsmittel für die Bahn aufstockt, sondern auch – wahrscheinlich noch entscheidender – daß die Politiker dem Bahn-Vorstand den Rücken für die notwendigen Entscheidungen freihalten, selbst wenn diese unbequem sind.

Hammonias Leiden

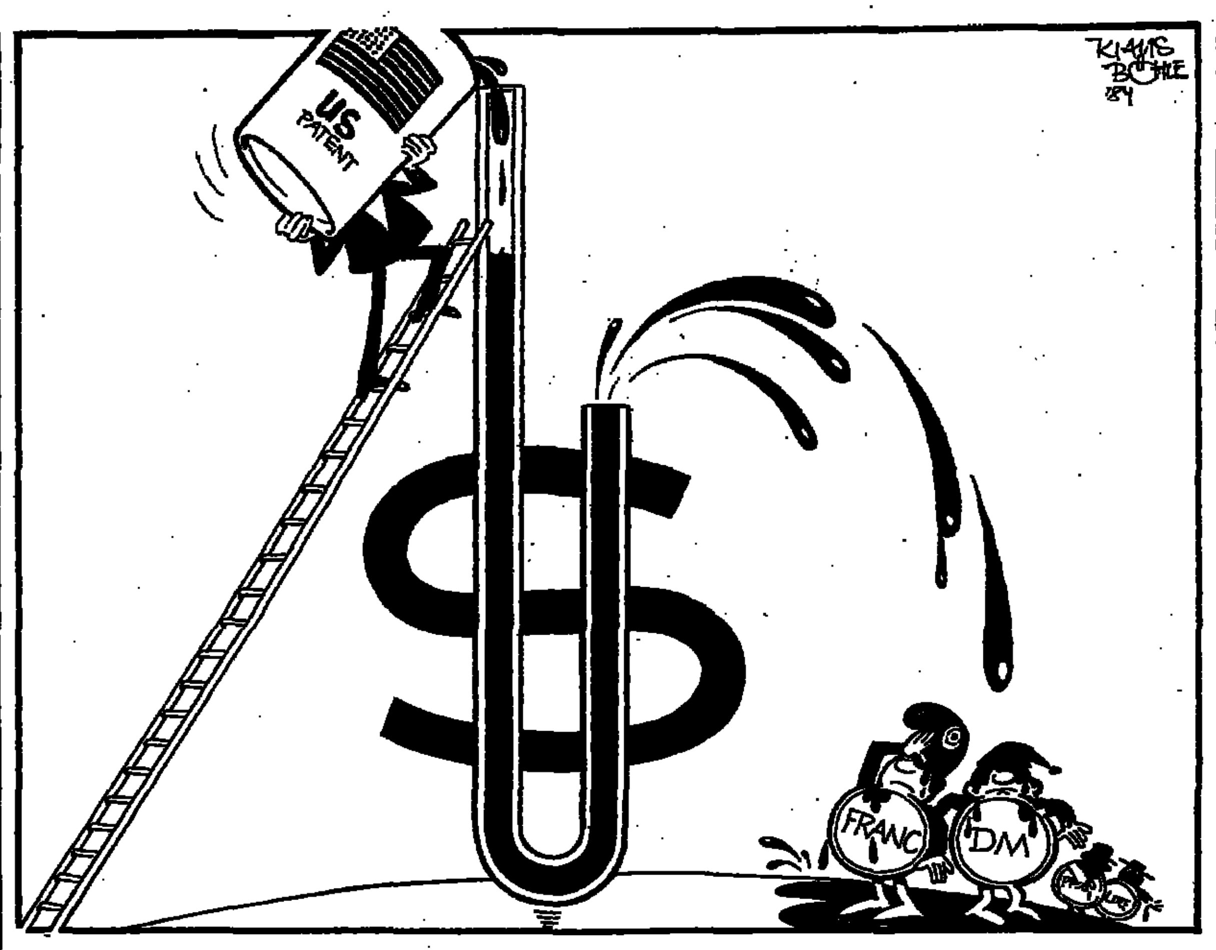
Von Uwe Bahnsen

Kein politischer Vorwurf treffe ihn persönlich mehr, so bekannte jüngst ein prominenter Sozialdemokrat in Hamburg im vertraulichen Gespräch, als die belegbare Behauptung, seine Partei könne nicht mit Geld umgehen. Seit dem Anfang dieser Woche muß mit besagtem Spitzengenossen die gesamte Führungsriege der hanseatischen Regierungspartei ernstlich befürchten, daß diese von der oppositionellen CDU seit Monaten vorgetragene These demnächst vom höchsten Gericht des Stadtstaates juristisch untermauert wird.

Denn bei dem brisanten Rechtsstreit, der jetzt vor dem Hamburgischen Verfassungsgericht anhängig ist, geht es im Kern um die Frage, ob die Verfassung der Hansestadt jene ausufernde Schuldenpolitik erlaubt, die der Senat und die absolute SPD-Mehrheit im Landesparlament durchsetzen möchten: 20 Millionen Mark neue langfristige Kredite an jedem Tag dieses Jahres 1984. Nun hat die CDU, auch zur klammheimlichen Befriedigung einsichtiger SPD-Politiker, die Notbremse gezogen und die sozialdemokratische Schuldenpolitik vor das Verfassungsgericht gebracht.

Es ist ein langer Weg der finanzpolitischen Taschenspielereien, der den Senat und die von ihm regierte Stadt in diese Lage gebracht hat – daß nämlich ein Richterspruch das mühsam zusammengezimmerte Etatgebäude für 1984 zum Einsturz bringen kann. Da gibt es ein äußerst interessantes Papier des SPD-Haushaltsexperten Gerd Weiland, der seinen Fraktionsgenossen in schonungsloser Deutlichkeit die Finanzierungstricks der vergangenen Jahre aufgelistet hat – jene Mittelchen, mit denen die Regierungspartei sich immer wieder an der Sanierung des Haushalts vorbeimogelte.

Nun geht nichts mehr; die Tage der Wahrheit sind gekommen. Die Dame Hammonia bedarf strenger Diät zum Abspekken und eines energischen Bewegungstrainings, damit sie wieder zu Kräften kommt. Doch Chefarzt Dohnanyi und sein Team sind uneins über die Therapie. Das ist das eigentliche Leiden.



Währungs-Physik ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Das ungarische Modell

Von Carl Gustaf Ströhm

Wer die kommunistischen Länder Europas betrachtet - von den Staaten des „realen Sozialismus" sowjetischer Prägung bis zum blockfreien, von Moskau unabhängigen Jugoslawien - wird zu Beginn des Jahres 1984 wenig erfreuliches bemerken. Überall knirscht das überkommene kommunistische Wirtschaftssystem in seinen Fugen. Die sowjetische Version kommunistischer Volkswirtschaft ist ebenso in die Krise geraten, wie das als Gegenbild konzipierte titoistische Modell mit seiner „Arbeiterselbstverwaltung". In der Sowjetunion beklagen sich führende Funktionäre über mangelnde Qualität der Produktion, in Polen sind ohnedies Staat und Wirtschaft in einem heillosen Zustand, die Tschechoslowakei stagniert, Rumänien versinkt *in der tiefen Nacht* von Stromsperren, die „DDR" schließlich ist dringend auf Bonner Kredite angewiesen, um wirtschaftlich zu überleben.

Nur ein einziges Land des Ostblocks scheint von diesen Schwierigkeiten nicht betroffen: Ungarn. Hier gibt es keine Schlangen vor den Lebensmittelgeschäften, der Strom wird nicht abgeschaltet. Budapest macht den Eindruck einer normalen Großstadt, und die allgemeine Atmosphäre ist nicht so verkrampft und angespannt wie die in Prag oder so chaotisch wie in Warschau und hoffnungslos wie in Bukarest. Was also ist das Geheimnis des ungarischen Erfolges? Zunächst: Auslandsschulden *haben die Ungarn ebenso wie die* anderen Ostblockstaaten. Auch an Absatzsorgen für die Produktion fehlt es nicht. Der Lebensstandard stagniert. Dennoch hat man den Eindruck, daß die Entwicklung vorwärts geht, daß die Ungarn nicht - wie die meisten ihrer sozialistischen Brüder - ökonomisch nur auf der Stelle treten.

Das Geheimnis des ungarischen Weges liegt sicher in einer gewissen pragmatischen Begabung dieses Volkes, das es stets verstanden hat, sich auch in schwierigen Situationen zurecht zu finden. Es hat in der ungarischen Geschichte an schweren Irrtümern und Katastrophen nicht gefehlt - aber zugleich gab es doch immer auch einen praktischen Hausverstand. Diesen Verstand ließ etwa Parteichef Janos Kadar walten, als er einige Jahre nach der Niederwerfung des Volksaufstandes von 1956 die Parole ausgab: „Wer nicht gegen uns ist, ist für uns". Damit wurden die totalitären Regeln des Stalinismus außer Kraft gesetzt: Auch Nichtkommunisten konnten in Ruhe ihrer Arbeit nachgehen; die Zeit der irrationalen Säuberungen und der krampfhaften „revolutionären" Aktionen war vorbei.

Bereits früh erkannten maßgebliche Funktionäre in der ungarischen KP, daß es ohne grundlegende Wirtschaftsreformen nicht gehen würde. Aber es dauerte von 1968 bis zum Beginn der achtziger Jahre, ehe es den Reformern in der ungarischen Partei gelang, die Widerstände der eigenen Dogmatiker zu überwinden und die Sowjets davon zu überzeugen, *daß der pragmatische ungarische* Weg einer verstärkten Privatinitiative, größerer Kooperation mit dem Westen und einer gewissen ökonomischen Öffnung das System nicht schwächt sondern es im Gegenteil stabilisiert. Dazwischen gab es Rückschläge in den siebziger Jahren, als Kadar - offenbar auf Intervention gewisser Kreise in Moskau - gezwungen wurde, einige Exponenten des Reformflügels, etwa den bekannten Wirtschaftsfachmann Reszö Nyers - „aus der Schußlinie" zu ziehen.

Den Ungarn kamen einige unvorhersehbare Entwicklungen oder Zufälle zu Hilfe: Vor allem das polnische Debakel zeigte der Kreml-Führung mit aller Deutlichkeit, daß es einen engen Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Politik auch im realen Sozialismus gibt. Wo die Wirtschaft versagt, sind Unruhen fast unvermeidlich. Die ungarischen Pragmatiker verwandelten ihr Land in eine Art Schaufenster gegenüber der westlichen Welt. Schließlich scheint Budapest auch vom Machtzuwachs Andropows profitiert zu haben, der den Ungarn - zumindest den ungarischen Kommunisten - persönlich gewogen sein soll.



Neider im eigenen Lager: Janos Kadar FOTO: DPA

Der ungarische „Kadarismus" gewann mit den ersten sichtbaren Erfolgen im Laufe der Jahre auch an Selbstvertrauen. Es scheint auch, als habe *Kadar und seine Gruppe in* Moskau an Gewicht gewonnen - jedenfalls äußert sich der ungarische Parteichef auch zu internationalen Fragen nuanciert und differenzierter als das früher der Fall war.

Die ungarische Führung muß natürlich mit Neidern im eigenen Lager rechnen. Es ist manchen anderen Partei- und Staatschefs in Ost- und Südosteuropa höchst unwillkommen, daß ausgerechnet Budapest in Moskau *wie in Washington Gehör findet*, daß es seine eigene Bevölkerung relativ versorgen kann, daß es dabei noch West-Reisen seiner Bürger großzügig gestattet und auch gegenüber den eigenen Dissidenten „repressive Toleranz" übt (wenn es hier natürlich auch Verfolgung gibt - allerdings längst nicht in dem Maße, wie in anderen Bruderländern).

Alles in allem ist der „Kadarismus" ein kommunistischer Versuch, bei Wahrung der eigenen Machtposition einen gewissen Konsens zwischen Regierenden und Regierten herzustellen. Das geht nicht ohne Konzessionen sowohl materieller wie auch geistiger, kultureller und politischer *Natur ab. Die ungarische Regierung* geht heute nicht nur auf den Wunsch breiter Bevölkerungskreise nach Privatbesitz und Privatinitiative ein. Sie vertritt auch - weitaus offener als noch vor wenigen Jahren - nationale Interessen der Ungarn. Wäre der Begriff nicht gar so schillernd, könnte man von einem ungarischen Nationalkommunismus sprechen.

Ob diese Budapester Linie auf lange Sicht Erfolg haben kann, hängt vor allem von einer ungestörten Entwicklung des Landes ab: ohne Eingriffe oder Hindernisse von außen. Der Westen sollte dem „Kadarismus" behutsam unterstützen, ohne ihn zu überfordern und ohne sich etwa der Illusion *hinzugeben, Ungarn in eine* westliche Demokratie verwandeln zu können. Kadar ist inzwischen 72 Jahre alt - und in Ungarn hofft man, daß er noch lange im Amt bleiben wird. Wenn er geht, wird sich zeigen, ob der Kadarismus über ihn hinaus Bestand haben kann.

IM GESPRÄCH Sultan Qabus

Notfalls mit dem Westen

Von Günther Deschner

Im Südosten der Arabischen Halbinsel regiert er über ein Land aus Sand und Strand, Öl und Bergen. Nichts würde ihn für eine Rolle in der Weltpolitik prädestinieren, gehörte zu seinem Sultanat nicht noch eine nördliche Exklave direkt an der Straße von Hormuz. Dort, wo der persisch-arabische Golf sich nach einer kaum 40 Kilometer breiten Meerenge zum Indischen Ozean weitet, steht der Sultan von Oman an einer der strategischen Schlüsselpositionen der heutigen Welt.

Fünfzig Tanker passieren zur Zeit täglich dieses Nadelöhr. Sie liefern 60 Prozent der westeuropäischen, 75 Prozent der japanischen Öleinfuhr. Und mehrfach im vergangenen Jahr hat Khomeinis Iran im Krieg mit Irak gedroht, diese Lebensader der westlichen Ölversorgung zu verminen.

Sultan Qabus Bin Said al-Said ließ in den letzten Jahren vor allem die vorgelagerte Ziegeninsel zu einem modernen Stützpunkt als Wachtposten am Golf ausbauen – stellvertretend für die anderen fünf Mitgliedsstaaten des arabischen Golfrats, deren Reichtum von der ungestörten Ölausfuhr durch die Straße von Hormuz abhängt.

Der jetzt 43jährige Herrscher ist aber Realist genug, um zu wissen, daß Oman allein die Offenhaltung der Seeverbindung nicht garantieren kann. „Für den Fall einer Blockade", so formulierte er im vergangenen November in einem Interview, „ist Omans Auffassung, daß dies nicht ein Land allein betrifft, sondern die ganze Golfregion und letztlich unter internationale Verantwortung fällt".

Wiewohl der Sultan an der Blockfreiheit Omans festhalten möchte, macht er dennoch sehr deutlich, daß sein Land im Krisenfall mit dem Westen zusammenarbeiten wird. Mehrfach in den letzten beiden Jahren ließ er seine von Briten aufgebaute Armee



Wächter an der Straße von Hormuz: Sultan Qabus Bin Said al-Said FOTO: DIE WELT

gemeinsam mit US-Streitkräften die Verteidigung der Hormuz-Straße üben.

Für seine Wächter-Rolle prädestiniert ihn auch eine militärische Erziehung: Kadett in Sandhurst, anschließend Dienst im I. Bataillon der „Scottish Rifles" in der Bundesrepublik.

1964 kehrte er nach Oman zurück, studierte dort mehrere Jahre den Islam und klassisches Arabisch, bis er 1970 als achter Herrscher der Al-Busaiden-Dynastie die Würde und Bürde eines Sultans von Oman übernahm – eines Landes, damals ohne Elektrizität, ohne Krankenhäuser, aber mit einem kommunistischen Aufruhr in der Südprovinz Dhofar. Heute bietet Oman seinen Bürgern ein kostenloses Erziehungs- und Gesundheitssystem. Die völlige Abhängigkeit vom Öl wurde durch den Ausbau von Landwirtschaft und Fischfang und eine moderne Verarbeitungsindustrie gemildert. 1985 wird die erste Hochschule des Landes ihre Pforten öffnen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Der Fall Kießling und seine Behandlung durch die Hardthöhe schlagen noch immer hohe Wellen:

SAARBRÜCKER ZEITUNG

Der ranghöchste deutsche NATO-Offizier, Vier-Sterne-General Günther Kießling, wurde vorzeitig in den Ruhestand versetzt. Soviel ist amtlicherseits klar. Mehr aber auch nicht. Er war ein Risiko für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, sagt Bundesverteidigungsminister Wörner. Doch über das Warum und Weshalb schweigt man sich auf der Bonner Hardthöhe weiter aus und leistet somit den wildesten Spekulationen und Gerüchten Vorschub. Was da so alles in der Gerüchteküche brodelt, liest sich wie ein Schundroman aus dem Hinterhof- und Spelunken-Milieu ... Da gibt es Ehrenerklärungen hoher und höchster deutscher *Offiziere für Kießling, doch keine aus* dem NATO-Hauptquartier. Im Gegenteil. Aus Brüssel ist vielmehr zu hören, daß NATO-Oberbefehlshaber General Bernard Rogers angeblich dreimal in Bonn um die Entlassung Kießlings angesucht haben soll und daß er, Rogers, gesagt haben soll: „Einem Gay gebe ich nicht die Hand." Was ist wahr, was ist falsch oder vielleicht nur vorgeschobener Grund für eine Entlassung wegen politischer Meinungsverschiedenheiten?

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Irgend jemand macht im Fall Kießling einen Fehler. Die Hartnäckigkeit, mit der der entlassene General dienstliche oder außerdienstliche Verfehlungen leugnet, insbesondere Erpreßbarkeit, macht stutzig. Stutzig macht aber auch das Vorgehen des Verteidigungsministers. Wörner hat aus der Hüfte geschossen, obwohl die Angelegenheit sich durch Pensionierung *ohnehin binnen kurzer Frist* geräuschlos erledigt hätte, also gar nicht erst zum Spektakel geworden wäre ... Irgendwer wird aus dieser Sache noch Schrammen davontragen, entweder Kießling oder der Minister – oder ganze Dienstzweige.

General-Anzeiger

Immer vorausgesetzt, Wörner tat recht daran, den General in die Wüste zu schicken: Wie muß es um die Sicherheit der Bundeswehr, um den Sicherheitsbescheid für ihr höheres Führungskorps insgesamt bestellt sein, wenn es dem MAD und anderen Behörden, wie im Fall Kießling, offenkundig wie Schuppen von den Augen fallen konnte? ... Wenn das Ansehen der Bundeswehr keinen nachhaltigen Schaden nehmen soll, muß der Minister die Hülle der amtlichen *Diskretion verlassen. Er ist* es, unter anderem, einem General schuldig, der allen beteiligten Verteidigungsministern, und Wörner selbst vor wenigen Wochen noch, die Karriere wert war. **(Bonn)**

Eßlinger Zeitung

Wenn ... der Betroffene nun den Verdacht erhebt, er sei einer Verleumdung zum Opfer gefallen, so gerät der Verteidigungsminister in Zugzwang: Er muß die Hintergründe enthüllen, um sich selbst gegen den Verdacht der Intrige zu schützen, weil die Grenze zwischen Privatsphäre und dem öffentlichen Interesse überschritten ist und Aufklärung dringend geboten: nicht um Sensationsbedürfnis zu befriedigen, sondern um das Vertrauen in die politische und militärische Führung zu festigen und um zu verhindern, daß ein Schatten *auf die im Rampenlicht stehende* Sicherheitspolitik fällt.

Wer exportieren will, darf nicht von Abkoppeln reden

Die unaufgeräumten Gedanken des SPD-Politikers Ehrenberg / Von Claus Dertinger

Es gibt Ideen, die an Absurdität kaum zu übertreffen sind. Aber das ist für Politiker kein Hinderungsgrund, sie trotzdem immer wieder aufzuwärmen. In diese Kategorie gehört auch die Vorstellung, Europa könnte sich vom Dollar und von den hohen amerikanischen Zinsen abkoppeln – ein Vorschlag, den jetzt der wirtschaftspolitische Sprecher des SPD-Vorstands, Herbert Ehrenberg, zur Forderung seiner Partei erhoben hat. Die Bundesregierung sollte umgehend die Initiative für ein Treffen der Wirtschafts- und Finanzminister ergreifen, um eine „europäische Abwehrfront" gegen die US-Geldpolitik zu schaffen. Notfalls, so Ehrenberg weiter, sollte die EG Kapitalexporte steuerlich belasten.

Gewiß, die hohen amerikanischen Zinsen und der überhöhte Dollarkurs, von dem niemand weiß, wie weit er noch steigt, sind ein Ärgernis. Der Sog der US-Zinsen hält die Zinsen bei uns und in anderen Ländern auf einem Hochplateau, das nicht in die konjunkturelle Landschaft paßt. Und die Sorge, daß der hohe Dollarkurs die Importe verteuert und damit das Preisklima in der Bundesrepublik anheizt, ist nicht unberechtigt. Sie wird auch von anderen geteilt. Richtig ist auch, daß wir dies alles nicht zu befürchten brauchten, wenn es die Freiheit des Kapitalexports nicht gäbe.

Aber der SPD-Wirtschaftsexperte hat offensichtlich nicht darüber nachgedacht, was geschähe, wenn man seine Abkoppelungsvorstellungen realisierte und den Kapitalexport steuerlich bestrafte. Das wäre ein gefundenes Fressen für amerikanische Protektionisten und Anlaß, die Grenzen dichtzumachen für europäische Waren, die wegen der hohen Dollarkaufkraft billig sind und amerikanischen Wettbewerbern Kopfschmerzen bereiten. Da sich Protektionismus bekanntlich ausbreitet wie ein Ölfleck auf Wasser, darf man fragen, was aus den Arbeitsplätzen und aus der deutschen Konjunktur würde, die von dem sich jetzt belebenden Export mitgetragen werden.

Gerade die Bundesrepublik als weltwirtschaftlich außerordentlich stark verflochtenes Land verdankt einen Teil ihres Wohlstandes auch dem ungehinderten Hin- und Herfließen von Kapitalströmen über ihre Grenzen. Sie kann hier nicht einfach aussteigen und sich abkapseln, nicht einmal zusammen mit EG-Partnern.

Statt nach untauglichen Patentrezepten *zu rufen, die eine hochgiftige* Medizin verschreiben, sollte sich der in der Gewerkschaft fest verankerte Ehrenberg lieber einmal im Ausland umhören, was man da so über die von seinen Freunden geforderte 35-Stunden-Woche denkt. Derartige soziale Wohltaten passen nämlich haargenau zum neuen Bild des Deutschen, der sich auf die faule Haut legt, statt die Ärmel aufzukrempeln, der den technologischen Fortschritt verschläft, der vom Schlaraffenland träumt, sich ansonsten dem Defaitismus hingibt und seine Kräfte bei Demonstrationen vergeudet. Solange im Ausland solche Vorstellungen über die Bundesbürger genährt werden, und damit auch Zweifel an ihrer Kraft, den Aufschwung zu schaffen – solange braucht man sich nicht zu wundern, daß die Bundesrepublik kein Magnet für internationales Kapital wird, daß die D-Mark der Stärke des Dollars nicht trotzen kann.

Denn es sind ja nicht allein die *hohen amerikanischen Zinsen*, die Geld aus aller Welt in die USA lokken und den Dollarkurs deshalb steigen lassen. Auch die Wirtschaftskraft und der Optimismus, mit dem die Amerikaner Probleme anpacken, machen die USA als Anlageland und damit auch ihre Währung attraktiv. Das darf man bei aller berechtigten Kritik am hohen amerikanischen Haushaltsdefizit, das nach allgemeiner Auffassung die Hauptursache der Zins- und Dollarhausse ist, nicht vergessen.

Selbstverständlich wäre es notwendig, daß die USA endlich darangingen, ihr Superdefizit zu reduzieren, und zwar nicht nur aus Verantwortung für die übrige Welt, die nun einmal auf der größten politischen und wirtschaftlichen Macht des Westens lastet, sondern auch aus eigenem Interesse. Denn der *hohe Zins und der überbewertete* Dollarkurs bescheren auch den USA selbst zunehmende Schwierigkeiten. Doch vor der Novemberwahl ist eine neue Weichenstellung wohl nicht zu erwarten. Es wäre eine Illusion anzunehmen, Europa könnte die USA mit Gegenmaßnahmen, wie sie Ehrenberg und wohl auch dem französischen Wirtschafts- und Finanzminister Delors vorschweben, zum Einlenken zwingen. Das einzige, was die Bundesrepublik tun kann, damit ihre Währung an Ansehen und Wert gewinnt, ist eine überzeugende Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik, die den Kräften des Marktes zum Durchbruch verhilft.

Bei SHAPE gab es seit langem einen Fall General Kießling

Zur Versetzung des Generals Günter Kießling in den einstweiligen Ruhestand führt der Bundesverteidigungsminister ausschließlich Gründe der Sicherheit an. Es ist jedoch kein Geheimnis, daß im NATO-Hauptquartier der deutsche General als „Fehlbesetzung" galt. Kießling nennt das „interne Dinge der NATO", über die öffentlich zu reden er ablehnt. Unser ständiger NATO-Korrespondent schildert den Fall aus der Sicht des alliierten Hauptquartiers.

Von C. GRAF BROCKDORFF

Als der Stellvertretende Oberste Alliierte Befehlshaber in Europa, so der offizielle Titel des Generals Günter Kießling, zum Grünkohlessen der schleswig-holsteinischen Wirtschaftsverbände erschien, fragte man sich, was er dort wohl wolle. Ob es nicht, so begehrte man in Kiel zu wissen, für einen der höchsten Generäle der atlantischen Allianz Wichtigeres zu tun gebe, als einem Kohlessen mit Bundesbankpräsident Pöhl beizuwohnen oder bei anderer Gelegenheit wieder nach Norden zu reisen, um dem schleswig-holsteinischen Bauerntag die Ehre zu geben.

In der Tat, kein anderer Vier-Sterne-General des Obersten Alliierten Hauptquartiers SHAPE war mehr auf Reisen als er, der deutsche Vertreter des amerikanischen Oberbefehlshabers General Bernard Rogers. Er tauchte auch bei Truppenteilen der Bundeswehr auf, die zu besuchen nicht zu seinen direkten Aufgaben gehörte. Manchmal, in Zivil und unerkannt, flog er nach Berlin, um dort das Grab seiner Eltern zu besuchen.

Der Fall Kießling war längst einer, noch ehe Verteidigungsminister Manfred Wörner den General nach Paragraph 50 des Soldatengesetzes ohne Verlautbarung von Gründen entließ – ein Verfahren, zu dem der Minister nach dem Gesetz bevollmächtigt ist. Wörner hat erklärt, Sicherheitsgründe hätten ihm keine andere Wahl gelassen. Es war der betroffene General selbst, der in der Öffentlichkeit aufgetauchte Berichte bestätigte, gegen ihn sei der Verdacht der Homosexualität vorgebracht worden.

Bei SHAPE, dem unweit der französischen Grenze beim belgischen Städtchen Mons gelegenen Hauptquartier der NATO für die Verteidigung Europas vom Nordkap bis zur persischen Grenze, galt der deutsche General als „Fehlbesetzung". General Rogers, das sprach sich herum, war von ihm enttäuscht. Vielleicht war es das Schicksal des Generals Kießling, auf einen derart hervorgehobenen Posten versetzt zu werden. Dort wurde er an anderen Maßstäben gemessen als ein General für Bildung und Erziehung, der er einmal war.

Kießling kam im Frühjahr 1982 zu SHAPE. Der damalige Bundesverteidigungsminister Hans Apel hatte ihn mit der ausdrücklichen Billigung von Bundeskanzler Helmut Schmidt für diesen Posten nominiert. Nachteiliges war über den damaligen Generalleutnant nicht bekannt. Man wußte nur, daß er unter sozialdemokratischen Verteidigungsministern in rascher Folge vom Oberstleutnant bis zum Vier-Sterne-General befördert worden war.

Schnell wandte sich Rogers von Kießling ab

Rogers empfing Kießling mit allen Ehren und übertrug ihm jene Aufgaben, die schon der erste deutsche General auf dieser Stelle, Gerd Schmückle, ohne Umschweife gelöst hatte. Aber etwa nach einem halben Jahr wandte sich Rogers von Kießling ab. Er hatte festgestellt, daß der Deutsche zur Stabsarbeit, die von morgens bis abends, vielfach bis lange in die Nacht, einen ganzen Mann erfordert, wenig beizutragen hatte.

Rogers behielt seine Meinung höflich für sich, beteiligte seinen deutschen Stellvertreter jedoch nicht mehr, wenn er ihn umgehen konnte. Mit anderen Worten: Rogers ließ Kießling fallen, nicht mehr und nicht weniger. Meldungen, er habe die Bundesregierung um die Ablösung Kießlings gebeten, sind falsch. Ihre Urheber verkennen, wie Amerikaner in solch heiklen internationalen Situationen verfahren: Sie warten ab, in der Hoffnung, die Betroffenen würden von sich aus die Konsequenzen ziehen.

Es war ein schwieriger Posten, den Kießling ausfüllen sollte. Daß die Personalabteilung der Bundeswehr sich über die Erfordernisse der Arbeit in hohen alliierten Stäben ganz im klaren ist, muß bezweifelt werden. Kießling hatte auf diesem Feld wenig Erfahrung und wurde dennoch – die Verantwortung dafür trug der Minister – zu SHAPE geschickt. Seit der Einrichtung des deutschen Stellvertreterpostens – die Briten verfügen über einen solchen traditionsgemäß seit der Ernennung des Feldmarschalls Montgomery unter General Eisenhower – ist die Stellung nach außen wenig attraktiv. Keiner der beiden Stellvertreter des amerikanischen Oberbefehlshabers hat eine Machtstruktur hinter sich. Die eigentliche Stabsarbeit läuft über den amerikanischen Chef des Stabes, der wie sie Vier-Sterne-General ist.

Es kommt also auf die Persönlichkeit an, nicht unbedingt auf den hohen Rang. Sir Peter Terry, der britische Air Chief Marshal, ist ohne Machtstruktur eine der einflußreichsten Persönlichkeiten bei SHAPE. Nichts Entscheidendes geht an ihm vorbei. Wer ihm widersprechen will, muß sehr gut vorbereitet sein. Das weiß sogar General Rogers. Wenn ein anderer Stellvertreter solches Gewicht haben will, muß er mindestens so gut sein wie der Luftmarschall, der trotz seines hohen Ranges heute noch als Pilot moderne Jagdbomber fliegt, um in Übung zu bleiben. Die Offiziere des Stabes kommen freiwillig zu ihm, um ihm vorzutragen. Über Kießling berichten alliierte Offiziere hingegen: „Er hinterließ meistens nur Ratlosigkeit."

In vornehmer Zurückhaltung hat Rogers nie ein Wort über General Kießling verloren. Wie er wirklich dachte, erfuhr man nur, als die Bundesregierung ihm im September mitteilte, als Nachfolger von Kießling sei Generalleutnant Hans-Joachim Mack vorgesehen, der Kommandierende General des III. Korps in Koblenz. Den General Mack kennt Rogers seit Jahren, hatte dieser doch unter ihm die Operationsabteilung von SHAPE geleitet. Rogers lud General Mack spontan zu einem privaten Abendessen auf sein Schloß ein – eine Auszeichnung von besonderer Qualität, die von allen Wissenden sofort erkannt wurde.

Nur drei Stellen für Vier-Sterne-General

General Kießling bemühte sich, von SHAPE wegzukommen. Das ist bei einem Vier-Sterne-General nicht so leicht; denn die Bundeswehr verfügt nur über drei Stellen dieses Ranges: Generalinspekteur, Oberbefehlshaber der alliierten Land- und Luftstreitkräfte in Mitteleuropa, Stellvertreterposten bei SHAPE. Kießling wurde vorstellig, um Generalinspekteur zu werden. Er meldete auch Interesse an, als Nachfolger in der Position des Oberbefehlshabers Mitteleuropa nominiert zu werden.

Dem Vernehmen nach ist General Kießling manchmal auch nach Bonn gefahren, um sich beim jeweils amtierenden Verteidigungsminister über den Mangel an Zusammenarbeit mit General Rogers zu beklagen. Nach altem Soldatenbrauch hätte er dem Verteidigungsminister seinen Auftrag zurückgeben können. Als ihn die Mitteilung erreichte, er werde schon zum 31. Dezember in Pension geschickt, hatte er noch damit gerechnet, am 31. März 1984 auszuscheiden. Seinen Schreibtisch im alliierten Oberkommando hatte er schon Ende September aufgegeben und sich krank gemeldet.



Protest gegen die Stationierung der Pershing 2 in Mutlangen seit dem 1. September 1983 FOTO: DPA

In Mutlangen ruft man nach demonstrationsfreien Zonen

Seit über vier Monaten lebt die Bevölkerung von Mutlangen mit den Demonstranten der „Friedensbewegung" und einem großen Aufgebot von Polizei. Die Sympathie den Demonstranten gegenüber schlägt seit kurzem in Ärger um.

Von XING-HU KUO

In Mutlangen geht bei einem Teil der Bevölkerung der Langmut zu Ende. Denn der einst friedliche, fast verschlafene Ort, acht Kilometer nördlich von Schwäbisch Gmünd am Rande der Schwäbischen Alb gelegen, ist durch die ununterbrochenen Aktionen von Raketengegnern fast zu einem Heerlager geworden. Ständig sind etwa 800 Polizisten in Uniform und Zivil auf der Straße und in der US-Kaserne, in der jetzt Pershing-2-Raketen stationiert sind, im Einsatz.

Schaulustige und Demonstranten, teilweise von weither gekommen, stören die Einwohner des Dorfes nicht nur beim üblichen gemächlichen Sonntagsspaziergang. Die Demonstranten, die Anfang September mit einer zunächst dreitägigen „Blockade" vor dem US-Airfield Mutlangen begannen, waren in dem Ort zunächst auf Verständnis, ja oft auch auf Sympathie gestoßen. Das hat sich bei vielen geändert; geändert haben sich aber auch die Demonstranten. Frust und Aggressivität sind nicht mehr zu übersehen. Diese Aggressivität hat die schwäbische Bevölkerung mit einem besonders innigen Verhältnis zu Ruhe und Ordnung („Für die Schwäbin ist die Kehrwoche wichtiger als die Flitterwochen", lautet ein Sprichwort im Ländle) in hohem Grade aufgebracht.

Organisierter Widerstand gegen Demonstranten

Seit etwa zehn Tagen organisiert sich Widerstand gegen die Demonstranten. Eine Bürgerinitiative wurde von dem Wirt des „Sportheims" – in unmittelbarer Nähe der US-Einrichtungen – ins Leben gerufen. Gastwirt Ludwig Brachmann, Initiator der Gegenbewegung, erläutert, warum die Bürger Mutlangens einen so grundlegenden Sinneswandel durchgemacht haben: „Zu Anfang waren 80 Prozent der Mutlanger eher für die Demonstranten, heute sind 80 Prozent dagegen. Diese Leute benehmen sich ungebührlich und sind renitent. Wenn sieben bis acht Leute auf der Treppe sitzen und meine Gäste nicht zur Toilette durchlassen, ihre nassen Schuhe am Händetrockner trocknen, dann ist dies für die Sportsfreunde und Mutlanger unzumutbar." Brachmann berichtet empört von unhygienischen Verhaltensweisen der Demonstranten, Belästigungen gegenüber anderen Gästen. Einer habe sogar versucht, „sich an meiner Frau zu vergreifen". Deshalb sei das Sportheim seit einigen Tagen nur noch für Vereinsmitglieder geöffnet.

Er organisierte eine Unterschriftenaktion und die Bildung von „Demonstrationsfreien Zonen" in Mutlangen, mit dem Ziel, das ganze Dorf alsbald „demonstrationsfrei" zu machen. Der Erfolg blieb nicht aus. Brachmann: „In kurzer Zeit haben 500 Bürger Mutlangens unsere Aktion mitunterschrieben", zehn Prozent der Gesamtbevölkerung. Und zehn Geschäfte haben sich zu einer „demonstrationsfreien Zone" erklärt.

So auch der Edeka-Supermarkt in der Mozartstraße. Inmitten von Sonderangeboten heißt es auf einem gelben Spruchband: „Demonstrantenfreie Zone Mutlangen. Wir wollen keine Dauerdemonstration in Mutlangen. Es soll wieder Frieden einkehren. Die politische Entscheidung wird respektiert. Die Unterzeichner wollen Frieden in der ganzen Welt."

Die Leiterin des Marktes, Frau Pappert, zur WELT: „Die demonstrationsfreie Zone ist natürlich nur symbolisch gemeint. Nach wie vor kann auch jeder Demonstrant bei uns einkaufen."

Gleichwohl teilt sie die Empörung der Bevölkerung: „Möchten Sie nachts wegen des Lärms und Krachs der Demonstranten auf Ihren Schlaf verzichten, vielleicht gar als Rentner?"

Geklagt wird auch über grölende Betrunkene, die in den Gärten der Anlieger ihre Notdurft verrichten; und dann auch ganz allgemein von Dreck aller Art, der einfach auf die Straße oder in die Gärten geworfen werde: „Viele der Demonstranten sind doch Grüne, wieso verschmutzen sie die Umwelt derart?", ist eine häufig zu hörende Frage.

In einem zu einer „Pressehütte" verwandelten ehemaligen Hühnerkäfig wenige hundert Meter vom US-Airfield Mutlangen entfernt arbeitet einer der Vertreter der „anderen Seite", Peter Becker. Er gibt zu, daß zumindest einige der Beschwerden begründet sind: „Vor allem die Anwohner haben zu Recht sich darüber beklagt, daß es ab und zu Leute gibt, die über das normale Maß Krach machen". Die Demo-Leitung könne eben nicht immer ihren Einfluß geltend machen.

Becker bestätigte, daß den Demonstranten jetzt ein kalter Wind ins Gesicht bläst, der nicht nur vom Winter komme: „Offener Haß" sei zu spüren. „Es sind vor allem ältere Leute, die so konservativ sind, daß mir dabei das Wort faschistoid einfällt."

Initiator der Demo-Gegner, Brachmann, macht keinen Altersunterschied: Die Empörung gegen die zunehmenden Belästigungen und Störungen sei allgemein und gehe „quer durch alle Bevölkerungsschichten". Im übrigen hätten bereits zehn von etwa 60 Geschäften im Ort sich zu einer „demonstrantenfreien Zone" erklärt.

Eine Lösung und Entkrampfung der verhärteten Fronten in Mutlangen ist nicht in Sicht. Im Gegenteil: Nach Angaben von Demo-Vertreter Becker wird die „Aktion weitergeführt, bis die Raketen verschwinden". Schon jetzt werde Geld gesammelt für Decken und Zelte, damit zu Ostern ein „Friedenscamp" aufgeschlagen werden könne.

Tag und Nacht wechselnde Mahnwachen

Tag und Nacht gibt es vor der US-Basis nach wie vor „Mahnwachen" und andere Aktionen. Becker: „Derzeit gibt es Mahnwachen von 30 bis 35 Personen, die täglich abgewechselt werden."

Massive Kritik üben die Demonstranten an der Polizei, die – so Bekker – immer rabiater wird. „Die Polizei versucht uns zu provozieren." So seien ihnen trotz der Kälte Teekannen weggenommen worden mit der Begründung, die Gefäße könnten als Wurfgeschosse mißbraucht werden. Auch Tische und Stühle seien ihnen weggenommen worden. Niemand bestreitet jedoch, daß zumindest ein Teil der Demonstranten und Blockierer radikaler und handgreiflicher geworden ist. 500 vorübergehende Festnahmen gab es in den letzten Wochen.

Mutlangens Bürgermeister Heinz Hartmann gestern zu Besprechungen über die Lage im Ort, ins Stuttgarter Innenministerium gekommen, wollte sich zu der Stimmung unter der Bevölkerung nicht konkret äußern: „Wir sind eine freie Gesellschaft." Er hoffe lediglich, „daß ich mit den Leuten mittelfristig zu einer Lösung komme. Mehr kann ich dazu nicht sagen", erklärte der Bürgermeister zugeknöpft.

Texaco verdrängt Du Pont als Nr. 1

Firmenfusionen auch im großen Stil hat es in den USA vor allem in den letzten Jahren häufig gegeben. Den größten Deal machte bisher Du Pont, als es 1981 Conoco übernahm. Die Fusion Texaco mit Getty würde Du Pont von Platz 1 verdrängen.

Von HORST-A. SIEBERT

Die größte Unternehmensfusion in der US-amerikanischen Geschichte ist nun perfekt, nachdem Texaco 52 Prozent der Aktien im Sack hat und damit die Getty Oil Company, Los Angeles, kontrolliert. Geschlichtet ist der Streit in der Familie des legendären J. Paul Getty; der Mitbewerber Pennzoil will auf die angedrohte Klage verzichten. Einspruch kann nur noch die Antitrust-Abteilung des Bundesjustizministeriums in Washington erheben. Texaco, deren Umsatzpotential um zwölf auf 59 Milliarden Dollar (etwa 165 Milliarden Mark) steigt, zahlt insgesamt 9,9 Milliarden Dollar, davon 9,5 Milliarden Dollar in bar, also nicht in eigenen Wertpapieren.

In den USA vergeht kaum ein Tag, an dem nicht Firmen aufgekauft werden. Das Ziel ist meistens die vertikale oder horizontale Expansion. Häufig dient der Zusammenschluß aber der Diversifizierung: Durch neue Erzeugnisse auf neuen Märkten soll die Zukunft des Unternehmens gesichert werden. Auf diese Weise sind in Amerika in den vergangenen Jahren Dutzende von riesigen Mischkonzernen entstanden. Nicht immer haben sich die Fusionsstrategien ausgezahlt. Des öfteren kommt es jedoch auch vor, daß durch nicht ernst gemeinte Fusionsofferten die Aktienkurse hochgeschaukelt werden. Anschließend wird abkassiert. Deswegen steckt Gulf Oil zur Zeit in einer Krise; Pennzoil, die schon Getty-Papiere erworben hatte, verdient am Texaco-Zugriff rund 120 Millionen Dollar.

Beobachtet wird die amerikanische Fusionsszene sorgfältig von der Consultingfirma W. T. Grimm in Chicago. Sie hat in den Vereinigten Staaten in den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres 1812 Zusammenschlüsse registriert, verglichen mit 2346 und 2395 in den Gesamtjahren 1982 und 1981. Für das Gesamtjahr 1983 rechnet Grimm mit einem zahlenmäßigen Plus von fünf bis acht Prozent gegenüber dem Vorjahr – im vierten Quartal hat also eine regelrechte „Explosion" stattgefunden. Allerdings zeigt die Kurve der zusammengefaßten Kaufpreise steil nach unten: Von Januar bis September 1983 schlugen sie mit 15,3, 1982 mit 50,4 und 1981 mit 82,6 Milliarden Dollar zu Buch. Als Bremse wirkte hauptsächlich die lange Rezession, die alle Unternehmensgewinne drückte.

Bis Texaco von Washington das „O. K." erhält, steht an der Spitze der Rekordliste, die von Grimm geführt wird, weiterhin der Aufkauf der Mineralölgesellschaft Conoco durch den Chemiekonzern Du Pont. Er wurde wie die meisten anderen 1981 abgewickelt und kostete acht Milliarden Dollar. Es folgen die Zusammenschlüsse United States Steel mit Marathon Oil (6,6 Milliarden), Santa Fe Industries mit Southern Pacific (5,1), Société National Aquitaine mit Texasgulf (4,3), Connecticut General Corp. mit der Insurance Company of North America (4,2), Occidental Petroleum mit Cities Service Co. (4,1) Shell Oil mit Beldrige Oil (3 7), Fluor Corp. mit St. Joe Minerals (2,7), Kuwait Petroleum mit Santa Fe International (2,5) und Kraft mit der Supermarktkette Dart Industries (2,4 Milliarden Dollar).

Bezeichnend sind die beiden bisher größten Fusionen: Du Pont, die Nummer eins in der US-Chemieindustrie, verschaffte sich mit dem Conoco-Kauf eine eigene Rohstoffbasis. Conoco (früher Continental Oil) förderte Öl in der Nordsee und in Libyen, besaß große Kohlevorkommen und war auch im Chemie- und Plastikbereich tätig. U. S. Steel wiederum wollte diversifizieren, um die Stahllasten abzuschütteln. Heute besteht die Produktionspalette des größten amerikanischen Stahlkonzerns zu 50 Prozent aus Öl und Erdgas, zu 33 Prozent aus Stahl und zu 17 Prozent aus anderen Erzeugnissen. Ein Opfer der Fusionen wurden große Namen wie Kennecott oder Bendix.





Gordon T. Getty (links) und der Texaco-Vorstandsvorsitzende John McKinley (rechts) machten die Fusion perfekt. FOTO: DPA

CSU stützt die Politik Stoltenbergs

HEINZ HECK, Bonn

Bei der Erörterung finanz- und haushaltspolitischer Fragen zeichnet sich auf der Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Wildbad Kreuth eine Unterstützung des Stoltenberg-Kurses ab. So steht der Abbau der staatlichen Neuverschuldung als Ziel obenan. Dieser Kurs müsse zur Wiederherstellung der finanziellen Handlungsfähigkeit des Staates und zur Wiedergesundung der Wirtschaft über eine weitere Beschränkung der öffentlichen Ausgaben fortgesetzt werden, argumentiert die CSU. Ausgaben der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung müßten in ihrem Zuwachs deutlich hinter der Steigerung des Bruttosozialprodukts zurückbleiben.

Die Bundesregierung soll ermuntert werden, den Subventionsabbau mit größerem Nachdruck fortzusetzen, denn Subventionen behinderten in vielen Fällen den marktwirtschaftlichen Steuerungsprozeß. Stoltenberg kann auch bei der geplanten Privatisierung von Bundesbeteiligungen, die nicht zur Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben erforderlich sind, auf CSU-Unterstützung rechnen.

Breiten Raum dürfte die Erörterungen der Reform des Lohn- und Einkommensteuertarifs einnehmen. Während Stoltenberg sich mit Äußerungen zum Termin des Inkrafttretens zurückhält und die FDP für 1986 plädiert, spricht die CSU von einem Wirksamwerden in dieser Legislaturperiode (das würde heißen: spätestens 1987), zumindest in einer ersten Stufe.

Die Familienpolitik soll nach Meinung der CSU bei allen gesellschaftspolitischen Entscheidungen wieder größeres Gewicht erhalten. Dies soll sich bereits in steuerlichen Entlastungen für Familien mit Kindern in der Tarifreform niederschlagen. Der Hinweis, daß die Minderung der steuerlichen Leistungsfähigkeit im Steuerrecht wieder ausreichend zu berücksichtigen sei, bedeutet keine Festlegung auf eines der diskutierten Modelle Steuerfreibeträge oder Familiensplitting (WELT vom 6. Januar).

„DDR“: Carlos ist nicht in Ost-Berlin

dpa/AP, Paris

Die „DDR“ ist Berichten entgegengetreten, der international gesuchte Terrorist „Carlos“ halte sich in Ost-Berlin auf. Nachdem das Außenministerium der „DDR“ bereits von „Erfindungen“ gesprochen hatte, erklärte nun auch die Botschaft in Paris, derartige Meldungen entbehrten „jeder Grundlage“.

Die Gerüchte waren in Zusammenhang mit einem bei der französischen Nachrichtenagentur AFP in West-Berlin eingegangenen Bekennerbrief von „Carlos“ aufgetaucht. Französische und deutsche Sicherheitsbehörden hatten „Carlos“ als Verfasser des Schreibens identifiziert. Der 34 Jahre alte Terrorist, der mit richtigem Namen Ilich Ramirez Sanchez heißt, hatte sich in dem Brief zu den Anschlägen auf die französische Eisenbahn an Silvester bekannt.

Flogen „Tornados“ zu langsam?

rmc/rtr/dpa, Bonn/München

Zwei „Tornados“ der Bundeswehr sind möglicherweise deshalb abgestürzt, weil sie zu langsam geflogen wurden. In diese Richtung konzentrieren sich die von Luftwaffe und Marine eingeleiteten Untersuchungen. Bei zu langsamem Flug kann die Luftströmung an den Tragflächen nicht mehr genügend Auftrieb erzeugen – die Maschinen geraten dann in einen instabilen Flugzustand.

Nach Ansicht des Kommandeurs der Luftflotten-Einsatzverbände der Bundeswehr, Generalleutnant Hans-Jörg Kübbart, wird es beim „Tornado“ keine Absturzserie wie beim „Starfighter“ geben. Im Bayerischen Rundfunk sagte Kübbart gestern zu dem zweiten Absturz einer solchen Maschine innerhalb weniger Tage, die Bundeswehr halte das neuentwickelte Mehrzweckkampfflugzeug für eine absolut sichere Maschine, an der technisch nichts zu bemängeln sei.

Die bisherigen Untersuchungen hätten keinerlei Konstruktionsfehler ergeben. Die Schwachstelle sei vielmehr der Mensch, meinte Kübbart. Er fügte hinzu: „Solche Unfälle geben uns Anlaß, darüber nachzudenken, ob und wie wir die Ausbildung der Piloten verbessern müssen.“

Beim Absturz des ersten „Tornado“ am vergangenen Donnerstag im Wattenmeer vor der niederländischen Insel Vlieland kamen beide Besatzungsmitglieder ums Leben. Die zweite Maschine stürzte am Montag nahe der dänischen Insel Samsö (Kattegatt) in die Ostsee. Beide Besatzungsmitglieder konnten sich mit dem Fallschirm retten.

Kanzleramt weiß nichts von neuem Kreditwunsch

Widersprüchliche Äußerungen zur Deutschlandpolitik

MANFRED SCHELL, Bonn

In der Deutschlandpolitik der Bundesregierung fehlt zur Zeit die ordnende Hand. Vor allem widersprüchliche, zumindest aber Spekulationen anheizende Erklärungen von Regierungsseite und einzelner Parlamentarier zu der Frage, ob Ost-Berlin einen zweiten Kredit erhalten soll, haben in den zurückliegenden Wochen ein diffuses Bild entstehen lassen. Das Bundeskanzleramt hat gestern noch einmal versichert, ihm sei von einem neuen Kreditwunsch der „DDR“ nichts bekannt, gleichwohl es Mutmaßungen darüber seit November gibt. Andererseits gebe es auch bislang keine Anzeichen dafür, daß die „DDR“ den bisherigen Reise- und Besucherverkehr einschränken wolle. Im Kanzleramt hieß es, solche Meldungen seien möglicherweise von Ost-Berlin lanciert worden, um – von den elektronischen Medien transportiert – der eigenen Bevölkerung zu signalisieren, es habe wenig Sinn, entsprechende Anträge zu stellen.

Die „DDR“, so hieß es, kenne auch aus dem Brief von Bundeskanzler Helmut Kohl an SED-Generalsekretär Erich Honecker das Angebot Bonns zur weiteren, wenn möglich noch breiter angelegten Zusammenarbeit. Diese schließe den wirtschaftlichen Aspekt mit ein. Der Kanzler habe jedoch in dem Brief Kreditfragen mit keinem Wort angesprochen. Eine Antwort Honeckers gebe es bislang nicht. Im Bundeskanzleramt gibt es die Einschätzung, daß bei dem kürzlichen Treffen zwischen „DDR“-Außenminister Fischer und dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Moskau auch die weitere Marschroute der „DDR“ gegenüber der Bundesrepublik Deutschland erörtert worden sei.

Vermerkt wurde in Bonn die Aussage Honeckers, irgendwann würden die Abrüstungsverhandlungen zwischen Washington und Moskau weitergehen. Damit sei er über bisherige Einlassungen der Sowjetunion hinausgegangen und habe damit die Grenzen seines engen Spielraumes erreicht. Im innerdeutschen Verhältnis, so heißt es im Kanzleramt, gebe es keine negative Veränderung der Beziehungen. Die bescheidenen Verbesserungen im Reise- und Besucherverkehr seien nicht zurückgenommen worden. Auf knapp 50 der insgesamt 440 Kilometer langen Demarkationslinie habe die „DDR“ jetzt die Selbstschußanlagen abgebaut.

Staatsminister Jenninger vom Kanzleramt hatte bereits am 5. Januar Berichte über neue Kreditwünsche der „DDR“ zurückgewiesen. Am 6. Januar hatte Bundesminister Heinrich Windelen in einem Interview erklärt: „Ob wir der DDR einen neuen Milliardenkredit gewähren, hängt davon ab, ob uns Ost-Berlin den ersten Milliardenkredit durch politisches Entgegenkommen angemessen honoriert.“ Damit hatte Windelen zwar nicht gesagt, daß es eine solche Forderung der „DDR“ gibt, aber er hat zumindest theoretisch einen neuen Kredit in Aussicht gestellt, wenn die Bonner Erwartungen erfüllt werden sollten. Am 8. Januar hatte dann der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen, Gerhard Reddemann (CDU), erklärt, mit einem neuen Kreditwunsch Ost-Berlins sei bald zu rechnen. Er erwarte, daß sich Ost-Berlin deshalb zunächst an die Banken wenden werde, die wiederum die Bundesregierung nach Sicherheit fragen würden. Reddemann ist dabei so weit gegangen, zu sagen, Vorgespräche hätten schon stattgefunden. Gleichzeitig sagte er jedoch auch, die nach dem ersten Milliardenkredit erreichten Verbesserungen seien ungenügend.

Gestern hat sich nun der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Theo Waigel, erneut zu dieser Thematik geäußert. Er sagte, es gebe hinsichtlich eines weiteren Kredits „keinen offiziellen Entscheidungsbedarf der Bundesregierung“, was zumindest offenläßt, daß die „DDR“ inoffiziell nach Kreditmöglichkeiten sondiert, also auch Vorgespräche mit Banken führt. Außerdem gibt es Informationen über nach wie vor gute Kontakte der SED-Führung mit dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß. Auch über diese Schiene könnten Anfragen erfolgt sein. Waigel sagte: „Wir erwarten auch in Verlängerung der Diskussion um den ersten Kredit zuerst noch weiteres Entgegenkommen der anderen Seite.“ Eine Entscheidung über einen zweiten Kredit „steht im Moment nicht an“.

Gegen Mittel für die Swapo

Die „Evangelische Sammlung“ im Rheinland warnt Synode

epd, Bad Neuenahr

Die konservative „Evangelische Sammlung im Rheinland“ hat sich dagegen ausgesprochen, den Sonderfonds des Programms zur Bekämpfung des Rassismus beim Ökumenischen Rat der Kirchen in Genf mit Kirchensteuern zu unterstützen. In einem Brief an die in Bad Neuenahr tagende Landessynode heißt es, Mitglieder der Volkskirche fühlten bei einem Votum für den Sonderfonds ihr Gewissen belastet.

Der Sonderfonds ist umstritten, weil er auch solchen Unabhängigkeitsbewegungen humanitäre Hilfe gewährt, die Gewalt anwenden. Unterstützung erhält unter anderem die Südwestafrikanische Organisation zur Befreiung Namibias (Swapo). Nach Auffassung der „Evangelischen Sammlung“ ist es schwierig zu beurteilen, welche Ziele die Swapo wirklich verfolgt und ob sie einen pluralen Staat anstrebt.

Die Synode der rheinischen Kirche hatte 1982 die Zuwendung von Kirchensteuermitteln zum Sonderfonds des Antirassismus-Programms untersagt, gleichzeitig aber zu Spenden und Kollekten aufgerufen. Ferner wurde ein „Namibia“-Fonds“ geschaffen, der den Rat der Kirchen in Namibia bei seiner Hilfe für diejenigen unterstützen soll, „die am schwersten unter der jetzigen politischen und sozialen Lage Namibias leiden“. Der namibische Kirchenrat hat die Annahme von 300 000 Mark aus diesem Fonds ebenso abgelehnt wie die Evangelisch-Lutherische Kirche in Südwestafrika/Namibia, die mit der rheinischen Kirche eine Partnerschaft unterhält.

Die „Evangelische Sammlung“ schreibt in ihrem Brief, es gebe Anzeichen dafür, daß die Kirchen in Namibia den „Namibia-Fonds“ auch unter „rheinischem Einfluß“ abgelehnt haben.

Beamte sorgen sich um Zukunft

Krause warnt in Bad Kissingen: Unsere Kompromißfähigkeit nicht überfordern

G. BADING, Bad Kissingen

Die zum 25. Mal vom Deutschen Beamtenbund (DBB) veranstaltete beamtenpolitische Tagung geriet nicht zur erhofften Jubelfeier, sondern zum Sorgentribunal. Seit 1959 versucht der DBB mit der tradtionsreichen Veranstaltung, die früher auf der Bühler Höhe im Schwarzwald und seit 1977 in Bad Kissingen stattfindet, Impulse für die berufspolitische Entwicklung der Beamtenschaft zu geben. In diesem Jahr wurden die Aussprachen zum Thema „Zukunftssicherung als Staatsaufgabe“ allerdings überschattet von den Sorgen um die eigene Zukunft der Berufsbeamten.

Warnung vor Sonderopfern

Nicht alleine die materiellen Belastungen durch die von der Regierung den Staatsdienern verordnete „Nullrunde“ bei der Besoldungsanpassung 1984 stand im Vordergrund der teilweise ausgesprochen pessimistischen Redebeiträge. Spürbar war die Sorge, der Dienstherr könne sich von den „elementaren Belangen“ seiner Untergebenen abwenden, wie es der DBB-Vorsitzende Alfred Krause formulierte. Trotz der Zusicherung des Bundesinnenministers, daß es mit ihm keine weiteren Sonderopfer für den öffentlichen Dienst geben werde, warnte der DBB-Vorsitzende in seinem Schlußwort nach zweitägiger Debatte erneut davor, daß bei Fortsetzung der aus seiner Sicht wenig beamtenfreundlichen Politik Entwicklungen denkbar seien, „die unsere Kompromißfähigkeit überfordern und unsere Konfliktbereitschaft herausfordern“.

Im Gespräch mit Journalisten zeigte Krause sich besorgt, wie wenig Verständnis auch die neue Regierung – von der sich die Beamten eigentlich eine positivere Haltung gegenüber den Staatsdienern erhofft hatten – Verständnis für die im wahren Wortsinn tragende Rolle des öffentlichen Dienstes zeige. Eine Schwächung dieses Dienstes, der ja die politische Struktur unseres Staates ohne Ansehen der jeweils demokratisch gewählten Regierung „abstützt“, könne sich „unter Umständen als Schwächung unseres politischen Systems auswirken“. Vor allem bei jüngeren Beamten seien „krisenhafte Erscheinungen“ spürbar, die diese Befürchtung rechtfertigten.

In den Redebeiträgen zum eigentlichen Diskussionsthema der staatlichen Zukunftsaufgaben verdient die Betrachtung des Staatssekretärs im Innenministerium Franz Kroppenstedt besondere Beachtung. Er führte vor Augen, wie stark der öffentliche Dienst sich in bestimmten Bereichen aufgebläht hat. Im Vergleich mit dem Deutschen Reich 1928 – mit 64 Millionen Einwohnern eine vergleichbare Zahl zur Bundesrepublik Deutschland – habe sich im Bildungsbereich die Beschäftigtenzahl vervierfacht, in der sozialen Sicherung sogar verfünffacht.

Zweifellos sei es auch Aufgabe des öffentlichen Dienstes, die mit zunehmender Kommunikation, neuen Technologien und dem Zwang zu immer mehr Verarbeitung von Daten rasch wachsende neue Aufgaben zu übernehmen. Aber: „Eine Steigerung der Lebensfähigkeit der öffentlichen Verwaltung wird angesichts der begrenzten Ressourcen weniger durch Personalvermehrung als durch Rationalisierungsmaßnahmen zu verwirklichen sein.“

Eine „deutsche Krankheit“

Zukunftssorgen standen auch im Vordergrund eines Diskussionsforums unter Leitung von ZDF-Chefredakteur Reinhard Appel am gestrigen zweiten Diskussionstag. Die Leiterin des Allensbach-Instituts, Frau Noelle-Neumann, belegte mit Zahlenbeispielen aus Langzeitbefragungen den „Zusammenbruch des Fortschrittsglaubens“, ja, eine Umkehr des in den sechziger Jahren noch positiven allgemeinen Lebensgefühls in eine generelle Verzagtheit. EG-Kommissar Karl Heinz Narjes nannte diesen Mangel an „Selbstbehauptungswillen“ der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland eine eigentlich „deutsche Krankheit“. Auch in vergleichbaren europäischen Ländern, etwa Dänemark und Holland mit ähnlichen Problemstellungen wie bei uns, sei eine derartige Verzagtheit nicht zu spüren. Wege aus dieser Situation konnten auch die anderen Gesprächsteilnehmer, der ehemalige Forschungsminister Hauff, Professor Lohmar aus Bonn und der Staatssekretär im Forschungsministerium, Probst, nicht anbieten.

Baum fordert von Bonn Offensive beim Umweltschutz

hey, Bonn

Die Koalition soll nach einer Forderung des stellvertretenden Vorsitzenden der Freien Demokraten und umweltpolitischen Sprechers der FDP-Bundestagsfraktion, Gerhart Baum, beim Natur- und Umweltschutz eine neue Offensive starten. Sie soll auf der gemeinsamen Umweltentschließung beider Fraktionen basieren, die der Bundestag im November beschlossen hatte. CDU/CSU und FDP sollten jetzt nach Meinung Baums den Durchbruch des Umweltschutzes in der öffentlichen Meinung nutzen.

Dabei sollen auch Probleme angepackt werden, über die zwischen den Regierungsparteien bisher keine Einigung besteht: Baum nannte einen Forderungskatalog der FDP mit fünf Punkten, die teilweise schon 1972 erhoben worden waren.

So soll der Umweltschutz künftig im Grundgesetz verankert und verstärkte Anstrengungen zur Luftreinhaltung unternommen werden. Dazu soll die Großfeuerungsanlagenverordnung erneut verschärft und das Bundesimmissionsschutzgesetz so novelliert erwerden, daß verbindliche Luftreinhaltepläne aufgestellt werden und die wirtschaftliche Vertretbarkeit nicht länger ein Hemmnis bei der Umsetzung sein darf. Weiter fordern die Freien Demokraten halbjährliche Abgaskontrollen bei Autos sowie Anreize für industrielle Abgasverringerungen. Sie treten für ein neues Bundesnaturschutzgesetz, für die Einführung der Verbandsklage und ein Gesetz über die Fortentwicklung der Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Vorhaben ein.

Einblick in die Arbeit des „DDR“-Geheimdienstes

Ehemaliger Spion legt umfangreiches Geständnis ab

WERNER KAHL, Stuttgart

Am ersten Tag des Prozesses gegen den ehemaligen Spion im Kernforschungszentrum Karlsruhe, Reiner Paul Fülle, bot sich ein intimer Einblick in erpresserische Agentenplanungen des Ostberliner Geheimdienstes. Schneller als die schnellen Brüter der Reaktoren ihre Arbeit aufnehmen konnten, saßen schon Perspektivagenten in den noch mörtelfrischen Büros und Labors. Das machten die Aussagen des 45jährigen Angeklagten, der nach seiner Enttarnung 1979 zunächst in den Osten flüchten konnte, aber sich 1981 reumütig vom Verfassungsschutz wieder in den Westen schmuggeln ließ, deutlich.

Der wendige Sachse war als 17jähriger in den fünfziger Jahren nach Baden gekommen. Vom Zeitpunkt seines Eintrittes 1960 in die Kernreaktor Bau- und Betriebsgesellschaft stand er unter Beobachtung des Staatssicherheitsdienstes der „DDR“. Als er der Großmutter in Sachsen 1964 die vierjährige in Karlsruhe geborene Enkeltochter vorstellte, wurde er erpreßt. Stasi-Oberleutnant „Karl“ stellte ihn vor die Wahl, entweder das Forschungs- und Entwicklungsprogramm des Reaktorzentrums zu beschaffen oder es würden Fotos von Fülle aus Clubs, in denen Männer ihre Ehefrau nicht mitnehmen, im Westen verbreitet.

Die Geheimdienstler hatten den Richtigen unter Druck gesetzt. Denn Fülle arbeitete sich in Studienlehrgängen und Abendkursen vom Betriebskalkulator zum Betriebsbuchhalter der Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen in Eggenstein-Leopoldshafen bei Karlsruhe hoch. „Ich kam überall hin.“ Was er an Forschungsberichten und Personalstudien in die Hände bekam, nahm er zum Fotokopieren mit nach Hause.

Charlie Chaplin hätte den hochkarätigen Verratsfall nach der Verhaftungs Fülles durch einen Tip des 1979 übergelaufenen Stasi-Leutnants Werner Stiller nicht besser in Szene setzen können; auf dem Glatteis des 20. Januar 1979 war der im Institut festgenommene Agent auf dem Weg zum Haftrichter rutschfester als sein Bewächer. Er entkam – in einer Kiste mit Holzlöchern schleuste die sowjetische Militärmission in Baden-Baden den dorthin geflüchteten Spion dann in die „DDR“.

Vor Ostblock-Diplomaten referierte er über das „Leben eines Kundschafters an der unsichtbaren Front“. Ost-Berlins Ständiger Beauftragter in Bonn, Ewaldt Moll, gratulierte Fülle damals: „Das war ungeheuer interessant, sehr lehrreich.“ Ein Jahr später signalisierte der Ex-Spion den Wunsch nach Rückkehr aus dem „psychischen Elend, in das die meisten westlichen Mitarbeiter trotz aller Ehrungen und Privilegien geraten, wenn sie sich vor ihren Verfolgern in den Osten retten“, zu seiner im Westen gebliebenen unbescholtenen Frau und Tochter.

Trotz seines umfangreichen Geständnisses richtete sich das Oberlandesgericht auf einen monatelangen Prozeß ein, denn die Generalbundesanwaltschaft hat 83 Zeugen und Sachverständige aufgeboten. Ein aufwendiger Zeugenchor zur Untermalung der Aussagen des auf freien Fuß gesetzten und bereits wieder als Kaufmann tätigen Angeklagten – Prozeßökonomie '84.

Bonn läßt umstrittenen Polen einreisen

ms. Bonn

Das zu einer hohen Haftstrafe in Polen verurteilte Mitglied der Gewerkschaft „Solidarität“, Wieslaw Rozyk, kann jetzt doch mit seiner Familie in die Bundesrepublik Deutschland einreisen. Nach Informationen der WELT hat das Bundesverwaltungsamt die Genehmigung dafür erteilt, nachdem über die deutsche Botschaft in Warschau der Nachweis geführt worden ist, daß Frau Rozyk deutscher Abstammung ist. Zunächst war ein Antrag auf Übernahme der Familie Rozyk beim Bundesinnenministerium gestellt worden (WELT vom 14. 12. 1983). Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann hatte eine solche Erklärung jedoch abgelehnt und die Entscheidung damit begründet, Rozyk habe bei seinem Widerstand gegen das polnische Militärregime den Tod anderer Menschen bewußt in Kauf genommen.

Rozyk hatte im Dezember 1981 in einem Bergwerk in Kattowitz Minen gelegt und gedroht, wenn Sicherheitskräfte gegen die streikenden Arbeiter vorgehen sollten, werde er die Sprengkörper zünden. Als Zimmermann entschied, war ihm nicht bekannt, daß Frau Rozyk deutscher Abstammung ist.

Zwangsernährung für Jüdin in Leningrad

AP, Moskau

Eine 37jährige jüdische Sowjetbürgerin, die in Leningrad mit einem Hungerstreik die Genehmigung zur Ausreise nach Israel erzwingen möchte, wird nach Mitteilung sowjetischer Dissidentenkreise zur Zeit zwangsweise ernährt. Die Frau, Nadja Fradkowa, weigere sich seit dem 23. Dezember, Nahrung zu sich zu nehmen. Sie sei in der vergangenen Woche zunächst in eine psychiatrische Klinik, dann am Sonntag in ein allgemeines Krankenhaus gebracht worden, wo sie zwangsernährt werde, hieß es gestern. Nadja Fradkowa bemüht sich dem Vernehmen nach seit sechs Jahren um die Ausreisegenehmigung. Im Frühjahr hatte sie schon einmal 43 Tage lang aus Protest gehungert.

Wieder US-Botschaft beim Heiligen Stuhl

AFP/AP, Vatikanstadt

Nach einer Unterbrechung von 115 Jahren haben der Vatikan und die Vereinigten Staaten gestern die diplomatischen Beziehungen wiederaufgenommen. Als Voraussetzung für diesen Schritt hatte der amerikanische Kongreß im September 1983 ein Gesetz aus dem Jahre 1869 aufgehoben, das die Bereitstellung öffentlicher Gelder für die Unterhaltung einer Botschaft beim Heiligen Stuhl verbot.

Wie aus diplomatischen Kreisen verlautete, soll der jetzige persönliche Vertreter von Präsident Reagan beim Vatikan, William A. Wilson, auch zum Botschafter ernannt werden. Seine Ernennung muß allerdings erst vom Senat gebilligt werden. Im Vatikan rechnet man damit, daß der jetzige Delegierte des Heiligen Stuhls in Washington, Pio Laghi, in den Rang eines Apostolischen Nuntius erhoben wird.

Bhuttos Tochter verläßt Pakistan

dpa, Islamabad

Die gesamte Familie des früheren pakistanischen Ministerpräsidenten Zulfikar Ali Bhutto hat dem Land mittlerweile den Rücken gekehrt. Als letzte verließ gestern Benazir Bhutto, die Tochter des 1979 wegen Hochverrats zum Tode verurteilten und gehenkten Staatsmannes, Pakistan und reiste nach Paris.

In der französischen Hauptstadt lebt auch die Witwe Bhuttos, Begum Nusrat Bhutto. Sie wird dort wegen Lungenkrebs behandelt. Zwei Söhne Bhuttos leben ebenfalls im Ausland.

Als Grund für ihre Ausreise gab Benazir Bhutto ihre angegriffene Gesundheit an. Sie stand seit März 1981 unter Hausarrest. Nach dem Weggang ihrer Mutter hatte sie die vom Vater gegründete oppositionelle Volkspartei geleitet.

ÖTV kämpft gegen die Privatisierung

dpa, Lübeck

Einen scharfen Kampf gegen die Privatisierung öffentlicher Dienste kündigte die ÖTV-Vorsitzende Wulf-Mathies auf der Bezirkskonferenz Nordwest ihrer Organisation in Lübeck an. Derartige Privatisierungen beeinträchtigten die Qualität öffentlicher Dienstleistungen, förderten den Abbau des Sozialstaates und vergrößerten zudem die Arbeitslosigkeit, meinte sie.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Die Liberalen möchten gern mit Späth regieren

Von XING-HU KUO

Das herausragende politische Ereignis in Baden-Württemberg in diesem Jahr ist die Landtagswahl am 25. März. Bei dieser einzigen Landtagswahl im Jahre 1984 geht es vor allem um die Frage, ob es Lothar Späth gelingen wird, die absolute Mehrheit der CDU, die sie seit nunmehr 12 Jahren innehat, zu verteidigen. Zwar haben letzte Umfragen ergeben, daß die CDU im Südwesten bei einer Wahl 54 Prozent aller Wählerstimmen bekommen würde, jedoch sind solche Aussagen bekanntlich nicht unbedingt zutreffend.

Vor allem die Südwest-Liberalen sind mit dem erklärten Ziel aufgetreten, diese absolute Mehrheit der CDU zu brechen. Denn für sie bedeutet dies nach 19 Jahren Opposition endlich wieder die Gelegenheit, gemeinsam mit der CDU, ähnlich wie in Bonn, eine Koalition zu bilden. Einem entsprechenden Antrag des Landesvorstandes ist auf dem traditionellen Dreikönigsparteitag mit großer Mehrheit zugestimmt worden. Das Liebeswerben der FDP wird jedoch seit Monaten von der Südwest-CDU mit Schärfe zurückgewiesen: eine solche „Ehe“ mit der FDP sei weder notwendig noch sachlich zu begründen, heißt es dazu.

Bereits 1983 hat die baden-württembergische SPD versucht, ebenfalls für den Wahlkampf 1984 „fit“ zu sein. Zu diesem Zweck hat die Partei sogar ein „Schattenkabinett“ gebildet, was angesichts der Wahlergebnisse um 30 Prozent in Stuttgart zu einer Verwunderung bis hin zur ironischen Heiterkeit geführt hat. Auch versucht die SPD im „Ländle“, sich besser als bisher mit den wirtschaftlichen, politischen und menschlichen Eigenarten dieser Region zu identifizieren.

Heimatverbundenheit („Unser Baden-Württemberg. Zu schön, um schwarz zu sein“, lautet ein Slogan der SPD), die Benutzung der (allerdings roten) Staufer-Löwen in den Partei-Wahl-Pamphleten, die Zuwendung zu einst vernachlässigten Schichten – Facharbeitern, Ingenieuren, Mittelstand, Handwerk – lassen auf eine Rückbesinnung auf die „Basis“ schließen. Erste Erfolge konnte die SPD vor allem in Großstädten erzielen: Bei OB-Wahlen, zuletzt in Mannheim und Lörrach, siegten Kandidaten der SPD, Gerhard Widder und Ex-Minister Rainer Offergeld.

Gleichzeitig gab es einige Austritte auch von bewährten Altgenossen: Denn der Geist Erhard Epplers schwebt immer noch kräftig über der Südwest-SPD: Als erster Landesverband entschied sich der Parteitag in Offenburg am 10. September 1983 mit einem klaren „Nein“ gegen die NATO-Nachrüstung. Damit stellte die baden-württembergische SPD die Weichen für das totale Nein auch der übrigen Parteigliederungen gegen die einst von Helmut Schmidt selber initiierte Nachrüstung.

Bei den Grünen geht es am 25. März ums parlamentarische Sein oder Nichtsein: Vor vier Jahren mit nur 5,2 Prozent in den Stuttgarter Landtag gekommen, hielten die Ökologen 1983 im Südwesten vor allem Nabelschau. Strukturdebatten (Rotation, Diäten, Professionalisierung) standen mehr im Mittelpunkt als die eigentlichen Themen der Ökologen. Auch befaßten sich die Südwest-Grünen mehr mit der „Friedensbewegung“ als mit Ökologie.

Einige auch bundesweit bekannte grüne „Stars“ warfen dann auch das Handtuch. Wolf-Dieter Hasenclever, einst bundesweit populärer Sprecher



der Landtagsgruppe, stellte sich nicht mehr zur Verfügung. Jetzt haben vor allem die radikalen „Fundamentalisten“ die Oberhand. Ob dies bei den Wählern honoriert wird, darf bezweifelt werden.

Gemeinsam mit der „Friedensbewegung“ haben die Grünen vor allem im Südwesten versucht, den sogenannten „heißen Herbst“ zu verwirklichen, der jedoch eher lau geblieben war. Baden-Württemberg wurde deshalb zum Schwerpunkt ausgesucht, weil hier die ersten Pershing-2-Raketen inzwischen stationiert worden sind.

Ein Höhepunkt der „Friedensbewegung“ war die Bildung der längsten Menschenkette zwischen Ulm und Stuttgart (108 Kilometer), die von rund 150 000 Personen gestaltet wurde. Im vergangenen Jahr wurde der „Friedenskampf“ dann mit einem schrillen Mißklang beendet: Die aggressive Forderung von Günter Grass und anderen „Prominenten“ in Heilbronn kurz vor Weihnachten, eine totale Wehrdienstverweigerung herbeizurufen, wurde bundesweit heftigst kritisiert und zurückgewiesen.

1983 war überhaupt ein „kämpferisches“ Jahr: Neben dem „Kampf“ gegen die Nachrüstung entfaltete die Landesregierung eine „ökologische Offensive“. Hier hat Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) die Grünen bei weitem überholt.

In Sachen Waldsterben, von dem der Südwesten unter allen Bundesländern am meisten betroffen ist (und hier wiederum in erster Linie der Schwarzwald), hat Baden-Württemberg wie kein anderes Bundesland versucht, sowohl im Bundesrat (durch entsprechende Initiativen) als auch im Lande selber Maßstäbe zu setzen.

Die von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen zur Verschärfung von Umweltbestimmungen werden deshalb in Stuttgart nur als „richtige Schritte in die Richtung, die von der baden-württembergischen Landesregierung seit Monaten vorgezeichnet worden ist“ (so Späth kurz vor Weihnachten 1983), bewertet.

In Baden-Württemberg selber ist in Sachen Umweltschutz einiges geschehen. Umweltminister Gerhard Weiser (CDU) verwies am Jahresende darauf, daß dieses Bundesland inzwischen im Bereich des Umweltschutzes eine „Spitzenposition“ erreicht habe. Er erinnerte an die Bildung eines europäischen Umweltforschungszentrums in Karlsruhe, an die kürzlich in Mannheim in Betrieb genommene modernste Entschwefelungsanlage Europas und an die kürzlich getroffene Entscheidung der Landesregierung, modernste japanische Entstickungstechnologie, wenn auch erst in einem Pilotprojekt, zu testen. Hier drängen jedoch CDU-Fraktion im Stuttgarter Landtag gemeinsam mit der Jungen Union – und der SPD-Opposition – auf eine sofortige Anwendung der japanischen Umwelttechnologie in Baden-Württemberg.

Durch die Diskussionen um Umwelt- und „Friedens“-Aktivitäten wurde die wirtschaftliche Entwicklung im Südwesten fast in den Hintergrund gedrängt. Dabei ist gerade hier nach Angaben von Wirtschaftsminister Rudolf Eberle und Ministerpräsident Späth ein „mehr begründeter Optimismus“ für 1984 angebracht. Mit der bundesweit niedrigsten Arbeitslosenquote von 5,8 Prozent liegt das Land drei Prozent unter der Bundesquote von 8,8 Prozent. Deshalb rechnet die Landesregierung sogar mit einem möglichen Wirtschaftswachstum von drei Prozent für dieses Jahr.

Die drei wichtigsten Erfolgsfaktoren nach Späth: die Einhaltung der Haushaltseckdaten, die Neuordnung und Intensivierung der Forschungslandschaft sowie das „massive Eintreten“ für den Umweltschutz.

Pressepolemik um Zaren-Kritiker

Moskau spricht von Verfälschung der Geschichte durch Polen / Mißtrauen wird deutlich

C. GUSTAF STRÖHM, Wien

Wie prekär die Beziehungen zwischen der sowjetischen Führung und dem Regime Jaruzelski in Warschau sind, und mit welchem Mißtrauen Moskau alles beobachtet, was in Polen geschieht, hat sich in diesen Tagen an einer Pressepolemik erneut deutlich gezeigt. Die Moskauer Literaturzeitung „Literaturnaja Gaseta" warf der polnischen Wochenzeitung „Tu i teraz" vor, sie verfälsche die russische Geschichte. Die Redakteure wurden mit „bürgerlichen Sowjetologen" des Westens auf eine Stufe *gestellt, die nichts anderes* im Sinn hätten, als die „sowjetische Literatur böswillig zu verdrehen".

Der Moskauer Angriff entbehrt nicht einer gewissen Pikanterie, weil „Tu i teraz" ein absolut jaruzelskitreues Organ ist, bekannt für seine heftigen Angriffe gegen Walesa, gegen die Gewerkschaft „Solidarität" und gegen die polnischen Intellektuellen.

Eine umstrittene Gestalt

„Tu i teraz" brachte unter der Überschrift „Ein Konservativer im Dienst der Revolution" einen Beitrag, der sich mit dem russischen Philosophen Pjotr Jakowljewitsch Tschaadajew (1794 bis 1856) auseinandersetzte. Nun ist Tschaadajew eine ebenso interessante wie umstrittene Gestalt. Er beteiligte sich am Dekabristenaufstand gegen Zar Alexander I., floh 1823 in den Westen, kehrte dann zurück und gehörte zum linken Flügel der „Westler" – also jener russischen Intellektuellen der damaligen Zeit, die im Gegensatz zu den „Slawophilen" für eine möglichst weitgehende Annäherung und Angleichung Rußlands an Westeuropa eintraten.

Vor allem war Tschaadajew ein scharfer, unbarmherziger Kritiker der zaristischen Autokratie, der orthodoxen Kirche und des Systems der Leibeigenschaft in Rußland. Er vertrat die Auffassung, daß Rußland katholisch werden solle und daß sich nur mit Hilfe der katholischen Kirche die Herrschaft Gottes über die Welt verwirklichen lasse – eine für einen Russen damals wie heute ungeheuerliche Behauptung. Die ganze russische Geschichte *betrachtete* Tschaadajew mit tiefem Pessimismus. Rußland könne, so meinte er, in Europa keine fortschrittliche Rolle spielen.

Für solche Auffassungen, die Tschaadajew in seinen berühmt gewordenen „Philosophischen Briefen" publizierte, ereilte ihn ein bis heute typisch gebliebenes russisches Schicksal: Er wurde amtlicherseits für verrückt erklärt – und schrieb daraufhin 1837 die „Apologie eines Verrückten".

Die Moskauer „Literaturzeitung" warf dem polnischen Blatt vor, es führe seine Leser in die Irre, weil es behaupte, Tschaadajew sei der Meinung gewesen, „daß Rußland keine Chance hat, seinen richtigen Platz in der weltweiten Völkerfamilie einzunehmen". Besonders scharf wurden die Feststellungen über die „sektiererische Natur" und die „isolierte Existenz" des damaligen russischen Staates zurückgewiesen.

Natürlich stellt sich die Frage: Was bewog eine der wichtigsten Publikationen des Jaruzelski-Regimes dazu, ausgerechnet zum jetzigen Zeitpunkt einen Artikel zu drucken, in dem die These zumindest zitiert wird, daß Rußland keinerlei Zukunft habe? Was hat es zu bedeuten, wenn die polnischen Kommunisten einer historischen Persönlichkeit wie Tschaadajew Publizität geben – also einem Manne, der Rußland zum Katholizismus konvertieren wollte? War hier schlichte Unkenntnis im Spiel – oder steckt mehr dahinter: Vielleicht ein Versuch, Anschluß an gewisse nationale Strömungen im polnischen *Volk zu finden und damit zu zeigen,* daß das Warschauer Regime nicht so ganz prosowjetisch ist, wie man immer behauptet?

Beziehungen belastet

Auffallend ist, daß die „Literaturzeitung" nicht davor zurückscheut, sich den Stiefel anzuziehen, der von polnischer kommunistischer Seite präsentiert wurde. Man hätte in Moskau erklären – und sich elegant aus der Affäre ziehen – können, daß alle Äußerungen Tschaadajews sich auf das Rußland des vorigen Jahrhunderts beziehen und keinerlei Aktualität mehr besitzen. Statt dessen schrie die „Literaturzeitung" auf – offenbar, weil sich die Sowjetunion oder doch gewisse Persönlichkeiten ihrer Führungsschichten insgeheim mehr mit dem alten Zarenreich gleichsetzt, als man offen zugeben möchte. Jedenfalls hat sich hier wieder einmal gezeigt, mit welchen schweren geschichtlichen Hypotheken die sowjetisch-polnischen – oder soll man sagen: die russisch-polnischen – Beziehungen belastet sind.

Hatte Kreml Plan für Abzug aus Afghanistan?

DW. Bonn

Die Sowjetunion soll, wie die „International Herald Tribune" gestern *berichtete,* im April vergangenen Jahres Pakistan einen auf 18 Monate angelegten Zeitplan für den Rückzug ihrer Truppen aus Afghanistan vorgeschlagen haben. Von Pakistan sei dieses Angebot mit einem eigenen sechsmonatigen Zeitplan für den Rückzug beantwortet worden.

In dem Bericht, der sich auf „sowjetische Quellen stützt, die offenbar *ohne amtliche Genehmigung* sprachen", hieß es weiter, daß pakistanische Beamte die Existenz eines solchen Zeitplanes bestätigt hätten. Moskau hätte den Plan aber weder in direkten Gesprächen noch durch Vermittlung der Vereinten Nationen offiziell vorgeschlagen.

In dem Zeitplan wurde als Gegenleistung von Pakistan erwartet, daß es seine Grenzen abriegelt, um die Freiheitskämpfer in Afghanistan vom Nachschub an Menschen und Waffenmaterial abzuschneiden. Sowjetische Quellen, so die „Herald Tribune", bezeichneten das Angebot als „ernst gemeint". Es habe dem Eingeständnis des Kreml Rechnung getragen, daß nach vierjährigem Kampf ein militärischer Sieg über die Widerstandskämpfer unwahrscheinlich und eine politische Lösung, die Afghanistans Neutralisierung garantiere, die beste Lösung sei.

Pakistanische Beamte hätten den sowjetischen Plan als Ausgangspunkt für detaillierte Verhandlungen betrachtet, seien aber von Anfang an skeptisch gewesen.

Dschumblatt träumt von Drusistan

Von JÜRGEN LIMINSKI

In Beirut kursieren derzeit viele Pläne über eine politische Neuordnung Libanons. Von den Amerikanern weiß man, daß sie eine Aufteilung des Landes in Kantone anstreben, *die ethnisch und religiös einigermaßen homogen sein sollen.* Die Syrer trachten nach einer Teil- oder Totalannektion des Nachbarlandes. Die israelische Führung sähe am liebsten eine wiedererstarkte Zentralgewalt in einem einigen Libanon, frei von allen Besatzungstruppen einschließlich der israelischen. Für einen pluralistischen, freiheitlichen Einheitsstaat nach westlichem Muster plädieren auch die libanesischen Christen. Sie würden aber auch eine bundesstaatliche Ordnung akzeptieren, sollte diese ein Weg zum Frieden und zum Abzug aller ausländischen Truppen sein.

Die Kanton-Lösung hatte schon der ehemalige US-Außenminister Kissinger nach einer Nahost-Tournee im Sommer 1979 vorgeschlagen. Sie wird heute teilweise von den Drusen in die Tat umgesetzt. Im mittellibanesischen Bergland Schuf und Aley, ein Gebiet, in dem die Christen bis zum Ausbruch des Krieges im vergangenen September demographisch eine knappe Mehrheit bildeten und das als das angestammte Kernland der Drusen-Minderheit gilt, werden seit einigen Wochen Steuern erhoben und eingezogen. Im Bereich der eigenen Zivilverwaltung bereitet vor allem die über das Gebiet herrschende sozialistische Fortschrittspartei des Drusenchefs Walid Dschumblatt die Entwicklung der beiden Provinzen in ein Land „Drusistan" vor. Die Bildungsprogramme und Bücher der Schule sollen demnach besonders im Fach Geschichte mit den Vorstellungen der Partei in Einklang gebracht werden. Öffentliche Vorträge und Unterrichtsstunden von Parteifunktionären geben die Orientierung an.

Auch die libanesische Nationalhymne soll in den Schulen durch die *Hymne der Partei ersetzt werden.* Man denkt auch schon an die Einführung eines allgemeinen Militärdienstes in dieser Region mit Wehrpflicht ab 16 Jahren. Federführend ist hierbei die Miliz der Partei, die besonders enge Kontakte zur syrischen Besatzungsarmee unterhält.

Während des Krieges im September und Oktober waren die Christen größtenteils aus diesen Gebieten vertrieben worden. Das „Katholische Informationszentrum in Beirut" hatte

 LIBANON

Mitte Oktober einen statistischen Überblick über diese jüngste Christenverfolgung veröffentlicht. Demnach *sind in den beiden Provinzen* 1220 Zivilisten getötet worden, meist Greise, Kinder und Frauen. Sie seien mit Messern und Beilen massakriert worden. Der Präsident von Caritas-Libanon, Samir Mazloum, sprach in Beirut in diesen Tagen von 2000 Ermordeten, meistenteils ältere Menschen und Kinder, die nicht fliehen konnten. Die Gesamtzahl der christlichen Flüchtlinge wird übereinstimmend auf wenigstens 185 000 geschätzt.

Diese Flüchtlinge sollen nach der erklärten Absicht Dschumblatts nicht mehr zurückkehren. Die beiden Provinzen sollen zum alleinigen Heimatland aller Drusen werden. Nach zuverlässigen Berichten hat Dschumblatt mit der „Banque de Beyrouth et des Pays Arabes" eine Übereinkunft getroffen, wonach die Bank den Drusen die nötigen Kredite zum Ankauf der christlichen Grundstücke im Schuf beschaffen würde. Darüber hinaus wurde die Partei Dschumblatts nach einer Sitzung von drusischen Würdenträgern mit der Mission beauftragt, eine Delegation in das syrische Drusengebiet zu entsenden, um deren Bewohner zur Umsiedlung in die Provinzen Schuf und Aley zu ermuntern und schon vorab die Staatsbürgerschaft zu übertragen. Auch mit den Israelis sei, wie der in Bonn erscheinende Dienst „Libanon aktuell" berichtet, „bereits Verbindung aufgenommen worden, um zunächst drei Prozent der im Golan ansässigen Drusen die Ausreise und die Ansiedlung im libanesischen Gebirge zu ermöglichen".

Walid Dschumblatt ist einer der größten Feudalherren in der Levante. Als „Emir von Drusistan" hätte er einen Traum seiner Väter erfüllt. Die territoriale Ausdehnung seines auto*nomen Gebiets* entspräche jedoch in keinster Weise dem Gewicht dieser Minderheit, deren Zahl in Libanon auf maximal 180 000 Köpfe geschätzt wird.

Andere, schon vor dem Krieg ethnisch und religiös ziemlich homogene Gebiete, besonders das christliche Kernland nördlich von Beirut, würden sich für eine Kantonslösung eignen. Keiner dieser Kantone jedoch wäre *allein lebensfähig. Daß Koexistenz nach wie vor möglich ist,* zeigt das Ergebnis einer nach wissenschaftlichen Kriterien in jüngster Zeit durchgeführten Umfrage im Lande. Danach sprechen sich mehr als 80 Prozent aller Libanesen für diese Koexistenz aus.

Kampagne gegen Zimbabwes Frauen

Im Kampf gegen die Prostitution nehmen Polizei und Armee wahllos Verhaftungen vor

MONIKA GERMANI, Johannesburg

Mit eisernem Besen werden die Städte Zimbabwes seit einiger Zeit in der Operation „Großreinemachen" von sogenannten unerwünschten Elementen befreit. Die Regierung Mugabe will mit der sich seit dem Verfall des Lebensstandards immer weiter ausbreitenden Prostitution im Lande aufräumen.

Dabei gingen Polizei und Armee mit geradezu unafrikanischer Gründlichkeit vor: Jede Frau, derer sie bei der Aktion habhaft werden konnten, wurde sicherheitshalber verhaftet. Dabei wurde kein Unterschied gemacht zwischen den Frauen aus den Vergnügungsvierteln, ahnungslosen Müttern oder jungen Frauen. Bald standen verzweifelte und protestierende Ehemänner, Freunde und Verwandte vor den Gefängnistoren Schlange. Konnten die Ehemänner eine Heiratsurkunde vorweisen, wurden ihre Frauen entlassen. Wer allerdings nach Stammestradition geheiratet hatte und somit keinen Trauschein besaß, blieb im Gefängnis. Selbst weiße Frauen sind nicht im*mer sicher. In Gewru* wurden fünf englische Lehrerinnen nach einem Kinobesuch ins Gefängnis gesteckt.

In Mutare, Ost-Zimbabwe, wurden praktisch alle Frauen in der Innenstadt eingesperrt, teilweise sogar aus ihren Wohnungen geholt. Als ein Soldat in einem Lastwagen mit angeblichen Prostituierten leise seinen Namen rufen hörte, sah er seine eigene Frau unter den Verhafteten. „Scheinbar *sind in Zimbabwe* alle Frauen Huren, bis die Polizei nicht vom Gegenteil überzeugt ist", klagte ein Ladenbesitzer.

Beobachter in Harare sehen die Kampagne der Regierung aber auch im Zusammenhang mit dem Ansteigen unerwünschter Schwangerschaften im Land. Seit der Übernahme der Familienplanung durch den damaligen Gesundheitsminister Herbert Ushewokunze wurde die „Dreimonatsspritze" mit dem empfängnisverhütenden Mittel Depo-Provera verboten, weil sie angeblich gesundheitsschädlich sei. Ushewokunze, der als Weißenhasser bekannt ist, meint, daß die Verabreichung von Depo-Provera rassistisch sei und deshalb nur an schwarze Frauen abgegeben worden wäre. Während der weißen Regierung in Rhodesien war beispielsweise die Pille für schwarze Frauen frei. Zimbabwe hat mit jährlich 4,3 Prozent eine der höchsten Geburtenraten in Afrika. Experten erwarten, daß die Bevölkerung bis zum Jahre 2000 von gegenwärtig 7,5 auf 17 Millionen ansteigen wird.

Seit Monaten berichten Zeitungen in Zimbabwe über durchschnittlich 30 Fälle monatlich, wo neugeborene Babys von ihren Müttern vor Kirchen und Krankenhäusern ausgesetzt oder umgebracht werden. Eine der Ursachen für die kinderfeindliche Haltung der modernen Frauen in Zimbabwe ist sicherlich die zunehmende wirtschaftliche Unsicherheit, Arbeitslosigkeit und Hungersnot in den ländlichen Gebieten.

Die soziale Stellung der Frauen hat sich seit der Unabhängigkeit sehr verändert. Bereits 1980 setzte sich die Frau des Premierministers, die gebürtige Ghanaerin Sally Mugabe, für die Erweiterung der Rechte und Bildung der Frauen ein.

Nach einem neuen Gesetz kann sich eine Frau künftig ihren Ehemann selbst aussuchen, sie kann sich scheiden lassen und als Witwe ihren Mann beerben. Die „Lobola", der traditionelle Brautpreis, aber bleibt selbst gegen den erbitterten Protest der Frauen im Parlament erhalten.

Doch viele Frauen in Zimbabwe sehen das neue Gesetz als ihr gutes Recht an, haben sie doch die Männer während des Guerrillakrieges unterstützt, ihnen beim Nachschub geholfen und die Gefahren im Busch mit ihnen geteilt. Zimbabwes Ministerin für Frauenfragen, Teurai Ropa Nhongo, bisher Ehefrau des Armeekommandeurs Rex Nhongo, ist stolz auf ihre Vergangenheit im Busch; ihr Name bedeutet „Bluttrinken". Allerdings ist sie inzwischen – nach vertraulichen Berichten aus Harare – in einen erbitterten Machtkampf mit y Sally Mugabe verwickelt, die das Ministerium für sich selbst erobern will. Die Analphabetin „Genossin Bluttrinken" hat sich in ihrem Amt nicht bewährt und lebt inzwischen von ihrem Mann getrennt.

Von der Blitzaktion der Regierung wurde auch das Frauenministerium überrascht. In einer Stellungnahme wurde allerdings die Verhaftung der Prostituierten unterstützt, gleichzeitig aber auch gefordert, daß die Mitschuldigen, die Zuhälter, ins Gefängnis müßten. Inzwischen wurden mehr als 1200 Frauen in dem entlegenen ehemaligen Militärlager Mashumbi Pools im glühendheißen Sambesital untergebracht. Dort werden sie im Kochen, Nähen, Garten- und in Haushaltsführung unterrichtet, um damit wieder auf „den Pfad der Tugend" zurückzukehren. Der frauenfeindliche Premier Mugabe hat unter dem Druck der öffentlichen Empörung von der Commonwealth-Konferenz in Neu-Delhi die Entlassung von 500 Frauen angeordnet.

General Mejia verdrängte die Generäle

Vorerst ein Sieg für Guatemalas Präsidenten / Offiziere dürfen politisch nicht aktiv sein

GÜNTER FRIEDLÄNDER, Miami

Generäle haben in Lateinamerika keinen Seltenheitswert, aber Guatemala bildet in diesem Augenblick die große Ausnahme: Dort gibt es nur noch drei im aktiven Dienst, von denen der Divisionsgeneral Oscar Humberto Mejia Victores Präsident des Landes ist.

Im März 1982 annullierte eine „Gruppe junger Offiziere", deren Mitglieder niemals identifiziert wurden, die zwei Wochen vorher abgehaltenen Wahlen und ernannte General Efrain Rios Montt zum Präsidenten. Im August 1983 setzte eine „Junta der Commandantes" Rios Montt wieder ab, nachdem seine aktive Rolle als Mitglied einer protestantischen Sekte in katholischen Kreisen wachsenden Widerstand fand, und setzte an seiner Stelle Mejia Victores als Präsidenten ein. Diese Junta bestand aus den Obersten, die in die unbesetzten Plätze der gefeuerten Generäle rücken wollten.

Rückwirkend entlassen

Im Dezember 1983 verkündeten Mejia Victores und seine Minister *überraschend* ein neues Gesetz des Heeres, das offenbar von den Obersten gewünscht worden war. Es setzt dem Heer die Aufgabe, „die Unabhängigkeit, die Souveränität und die Ehre der Nation, die Unversehrtheit ihres Gebietes und den Frieden der Republik zu schützen und zu bewahren". Das Heer soll apolitisch und gehorsam sein und darf sich an politischen Entscheidungen nicht beteiligen. Aus diesem Grund sollen in Zukunft automatisch alle Offiziere aus dem Heer ausscheiden, die sich parteipolitisch betätigen. Andere Gründe der Beendigung einer Offizierslaufbahn sind die Erreichung eines Dienstalters von 33 Jahren als Offizier oder eine vom Generalstab festgestellte „schlechte Führung". Generäle, die zwei Jahre hindurch keine spezielle militärische Aufgabe erfüllt haben, gelten als automatisch entlassen.

Auch das bisherige Gesetz des Heeres verbot den Offizieren, parteipolitisch aktiv *zu* sein. Doch hielten sie sich nicht daran, und niemand verwehrte ihnen diese Tätigkeit. Sie galten als „unantastbar". Das neue Gesetz fand die Zustimmung aller aktiven Generäle.

Überrascht wurden *sie jetzt durch* eine Erklärung eines Sprechers des Heeres, daß alle Artikel, die von der Absetzung der Offiziere sprechen, rückwirkend gültig seien. Über Nacht sahen sich die aktiven Generäle und ehemaligen Präsidenten Carlos Arana Osorio, Kjell Laugerud, Romeo Lucas Garcia und Efrain Rios Montt sowie der ehemalige Chef des *Generalstabes, Benedicto Lucas Garcia,* entlassen. Entlassen wurden auch eine nicht bekannte Zahl von Generälen, die politisch an früheren Regierungen beteiligt waren.

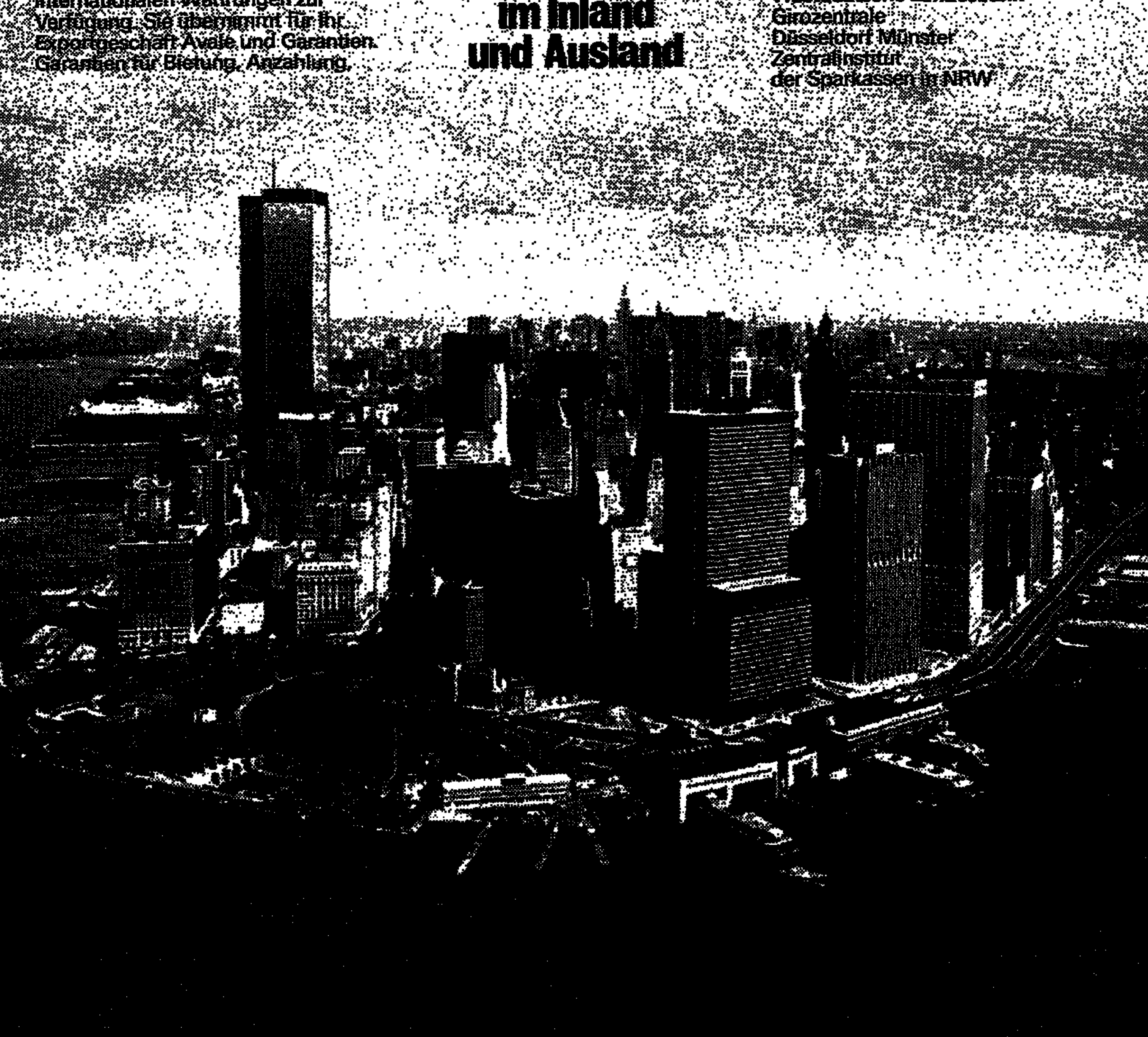
Der eigentliche Sieger in diesem Prozeß ist im Augenblick General Mejia Victores: Er hat den Einfluß der von ihm verdrängten Generäle im Heer nicht mehr zu fürchten, und weder *„Gruppen junger Offiziere"* noch eine „Junta der Commandantes" können sich in Zukunft das Recht anmaßen, im Namen des Heeres zu sprechen und Präsidenten ab- oder einzusetzen. Andererseits ist Mejia Victores nun nicht nur Oberbefehlshaber des Heeres, sondern auch der Rangälteste der drei verbleibenden Generäle. Seine nächste Aufgabe wird sein, unter den Obersten diejenigen auszuwählen, die er zu Generälen machen will, wobei er den Vorteil hat, sich mit Generälen umgeben zu können, die sein volles Vertrauen genießen.

Machtvakuum im Heer

Diese Entwicklung kam so plötzlich, daß sich viele Beobachter in Guatemala fragen, ob Mejia Victores bereits wirklich das Heer im Griff hat.

Wenn Mejia Victores schnell genug das Machtvakuum im Heer mit ihm ergebenen Männern ausfüllen kann, haben die abgesetzten Generäle das Spiel verloren, und der Weg zu demokratischen Wahlen ist frei.

Dann aber muß der Präsident energisch diesen Weg der Rückkehr zum demokratischen Prozeß beschreiten, um Guatemala die Hilfe der Vereinigten Staaten zu sichern, für die ein Regime der Obersten ebenso unannehmbar ist wie das der sich ablösenden Generäle. Man wird in kurzer Zeit sehen, ob Mejia Victores an der für 1984 geplanten Wahl einer Verfassungsgebenden Versammlung festhalten wird, der ein Jahr später die Wahl eines Landespräsidenten folgen soll.



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Kritik am Schneider-Bericht

„Mieten- und Wohngeldbericht": WELT vom 5. Januar

Wenn Minister Schneider in seinem Jahresbericht von Mieterhöhungen im Bereich des kostenmietgebundenen Wohnungsbaus von 6,5 Prozent spricht, so muß mit Deutlichkeit darauf verwiesen werden, daß diese Beträge ausschließlich über Zinserhöhungen bzw. Fehlbelegerabgaben der Staatskasse zuflossen!

Den „Preis" für diese „Mieterhöhungen" mußte aber die gesamte gewerbliche und private Wohnungswirtschaft bezahlen, die bisher vergeblich auf die – auch von Minister Schneider – zugesagte längst überfällige Erhöhung der Instandhaltungskosten-Pauschalen warten mußte und somit weiterhin in dem sich seit Jahren aufstauenden Kostendruck verblieb.

Leider ist zu bemerken, daß die Union in der Regierung von ihrer seit Jahren propagierten Auffassung der allmählichen Auflockerung der Mietpreisbindungen und Einführen marktwirtschaftlicher Elemente in diesen Marktbereich offensichtlich Abstand genommen hat.

Dies ist um so unverständlicher, weil sie nunmehr aufgrund der Wohnungsmarktverhältnisse und politischen Mehrheiten hier Initiativen entwickeln könnte, die bisher aus ideologischer Beschränktheit der Verantwortlichen *unterblieben sind.*

S. Caillaut
Düsseldorf

Jagd mit Vernunft

„Prinzen-Pläsier": WELT vom 2. Januar

Die Überschrift riecht nach abfälliger Kritik der nachfolgenden Äußerung des Prinzen Philipp. Er hat aber trotzdem recht und der Ton liegt auf dem Wort „vernünftig".

Denn wer vernünftig die Jagd ausübt, also oben die alten, reifen Tiere erlegt und unten die geringen, kranken dezimiert und kurzhält, der trägt zur Gesunderhaltung der Tierwelt bei und sorgt dafür, daß das jagdbare Wild in unserer zerstörerischen Zeit weiterhin bestehen kann und nicht überhand nimmt. Der vernünftige Jäger darf dabei schließlich auch eine Freude, sprich Pläsier ohne negative Hintergedanken, haben!

Franz Fürst zu Waldburg
Bad Waldsee

Arbeitsplätze

„Ungenutztes Potential": WELT vom 30. Dezember

In Deutschland kommt immer mehr die Auffassung auf, ein Unternehmen habe die Aufgabe, Arbeitskräfte zu beschäftigen, um Produkte erstellen zu können.

Tatsächlich liegt die Zwecksetzung eines *Wirtschaftsunternehmens* jedoch in Produktion und Angebot von Sachgütern und Dienstleistungen, wofür selbstverständlich auch Arbeitskräfte benötigt werden.

Die Erhebung der Beschäftigung von Arbeitskräften zum Selbstzweck, wie etwa in der Schwer*industrie*, trägt aber wohl kaum zur Erhöhung der Produktivität und damit zur Sicherung, geschweige denn Verbesserung der internationalen Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft bei.

Die vor allem durch die uneinsichtige Sturheit der deutschen Gewerkschaften bewirkte Verkrustung der Wirtschaftsstruktur verhindert notwendige Evolutionsprozesse und Strukturanpassungen in der Wirtschaft.

Es macht keinen Sinn, wenn in Deutschland viele ökonomisch überflüssige Arbeitsplätze zwar kurzfristig eine gute Absicherung der Arbeitsnehmer ermöglichen, wenn aber diese Arbeitsplätze in absterbenden *Branchen langfristig nicht* gegen die moderne ausländische Konkurrenz gehalten werden können.

Eine Abkoppelung von der internationalen Wirtschaft, wie von einigen wirtschaftspolitischen Grünschnäbeln in Bonn gefordert, ist bei der heutigen Wirtschaftsverflechtung nicht realisierbar.

H. Hertel
Nürnberg 1

*

So gedankenlos, wie wir früher scharenweise Gastarbeiter in das Land geholt haben, weil uns plötzlich *auffiel, daß es zuwenig* deutsche Arbeitskraft gab – so hektisch und unüberlegt wird automatisiert. Sogar ein simpler Bürolocher wird zu einem elektronischen Wunderwerk. *Als wären rationelle Fertigungsme*thoden der einzig passende Schlüssel zum Wachstum.

Ungenutztes Potential – das sind die vielen Mitarbeiter in bundesdeutschen Unternehmen, denen jegliche Motivation fehlt. Durch Spezialisierung auf ein kleines Aufgabengebiet konzentriert, sind sie jederzeit austauschbar. Der Arbeitnehmer der Zukunft muß im Rahmen seiner Möglichkeiten unternehmensintern aktiver und flexibler ausgebildet werden. Da lohnt sich ein Blick nach Japan.

C. Wojcik
Hamburg 50

Wort des Tages

„Gott unser Herz öffnen, das heißt unter allen Umständen darauf ver*zichten, Ansprüche* an ihn zu stellen und Rechnungen aufzumachen. Das Herz rechnet nicht. Denn wo es sich öffnet, da gibt es sich immer ganz, ohne jeden Vorbehalt."

Friedrich Gogarten, dt. Theologe (1887–1967)

Personalien

EHRUNGEN

Der gemeinsam von der Katholischen Akademie Trier und der Christlichen *Erwachsenenbildung* Merzing-Wadern gestiftete Peter-Wust-Preis ist dem luxemburgischen Historiker und Theologen Prof. Dr. **Georges Kiesel** (72) für seine grundlegenden Forschungen über den Friedensapostel und Erbauer *der Abtei Echternach*, St. Willbrod (658–739) zugesprochen worden.

*

Ernst von Khuon, Hörfunk- und Fernsehjournalist, ist vom baden-württembergischen Ministerpräsidenten **Lothar Späth** für seine Verdienste um die Wissenschaftspublizistik mit dem Ehrentitel „Professor" ausgezeichnet worden.

JUBILÄUM

Bischof **Friedrich Maria Rintelen**, von 1952 bis 1970 Erzbischöflicher Kommissar in Magdeburg, begeht am 13. Januar in Paderborn den 60. Jahrestag der Priesterweihe.

EISKUNSTLAUF

Norbert Schramm verfing sich im Schlangenbogen

DW. Budapest

Norbert Schramm kann nicht mehr aus eigener Kraft Europameister im Eiskunstlauf werden, er ist auf die Fehler seiner Konkurrenten angewiesen. Bei den Titelkämpfen von Budapest verfing er sich in der Pflicht bei einer Figur, die „Schlangenbogenschlinge" genannt wird, und fiel auf den sechsten Platz zurück. Der 23 Jahre alte Oberstdorfer war 1982 und 1983 Europameister.

Diese Enttäuschung wurde etwas gemildert durch die gute Leistung von Rudi Cerne. Der mit 25 Jahren älteste Teilnehmer der Konkurrenz liegt hinter dem Franzosen Jean-Christoph Simond und Jozef Sabovcik aus der CSSR auf Platz drei. Heiko Fischer aus Stuttgart ist Fünfter. Als Favorit auf den Titel gilt jetzt Sabovcik, der 1983 hinter Schramm den zweiten Platz belegt hatte.

Bei den Damen ist Manuela Ruben nach der Pflicht Vierte und hat noch die Chance, *bei der Kür morgen eine* Medaille zu erreichen. Dagegen müssen Claudia Massari/Leonardo Azzola (Stuttgart) bei den Paaren um die Olympia-Qualifikation bangen. Sie liegen hinter den drei Paaren aus der UdSSR und der „DDR" nur auf dem siebten Platz nach dem Kurzprogramm (Entscheidung heute). Als Norm für die Teilnahme an den Olympischen Spielen in Sarajevo wird von ihnen ein sechster Platz verlangt. Die deutschen Meister erhielten für ihren Vortrag lediglich Noten zwischen 4,9 und 5,4 Punkten.

SKI ALPIN

Ein Jubiläum für Ingemar Stenmark: 75. Weltcup-Sieg

sid, Adelboden

Der Schwede Ingmar Stenmark hat einen neuen Meilenstein im alpinen Skisport gesetzt. Beim Weltcup-Riesenslalom in Adelboden (Schweiz) gewann er zum 75. Mal. Nachdem Stenmark bereits im ersten Durchgang vorne lag, widerlegte er mit einem unwiderstehlichen zweiten Lauf endgültig die Kritiker, die den 27jährigen schon am Ende seiner Karriere wähnten. Erstmals nach seinem Erfolg in Todtnau (Schwarzwald) im Februar vergangenen Jahres dominierte der bei den olympischen Winterspielen in Sarajewo nicht startberechtigte Doppel-Olympiasieger von 1980 wieder im Riesentorlauf.

Bei seinem fünften Sieg in Adelboden lag Stenmark klar vor dem Österreicher Hubert Strolz und dem Vorjahrssieger Pirmin Zurbriggen (Schweiz). Durch diesen dritten Platz eroberte sich der Schweizer erneut die Führung im Gesamtweltcup. Zurbriggen führt mit 112 Punkten vor seinem Landsmann, den Abfahrtsspezialisten Franz Heinzer (98).

„Wer glaubt, daß ich nach dem Olympia-Startverbot ohne Motivation in diese Saison gegangen bin, dem habe ich wohl heute endgültig das Gegenteil bewiesen", erklärte Stenmark nach dem Rennen.

Stenmark *hat es also* mittlerweile auf 75 Weltcup-Siege gebracht, ihm folgten der Amerikaner Phil Mahre (27) und der Österreicher Franz Klammer mit 25 Erfolgen.

MOTORSPORT

Porsche und BMW beherrschen die Wüstenrallye

dpa/sid, Agades

Die Motorrad-Fahrer von BMW und die Auto-Teams von Porsche bestimmen das Geschehen bei der 6. Rallye Paris–Dakar. So gab es für die beiden deutschen Fabrikate bei der 617 km langen Sonderprüfung durch die Tenerewüste von Dircou nach Agades (Niger) jeweils einen dreifachen Erfolg.

Die Vorjahressieger Jacky Ickx/Claude Brasseur (Belgien/Frankreich) gewannen auf ihrem Porsche 911 ihre vierte Sonderprüfung in Folge vor ihren französischen Teamgefährten René Metge/Dominique Lemoyne, die die Führung im Gesamtklassement verteidigten, und den Stuttgarter Porsche-Technikern Roland Kußmaul/Erich Lerner. Bei den Motorrädern gewann der französische Vorjahressieger Hubert Auriol vor dem belgischen Gesamt-Spitzenreiter Gaston Rahier und dem Franzosen Raymond Loizeaux.

Auch auf der Etappe von Dircou nach Agades im Zentral-Niger blieben in diesem Sahara-Abschnitt (Tuareg-Dialekt: „Wüste der Wüste") die gefürchteten Sandstürme aus. Für den früheren französischen Formel-1-Rennfahrer Jean-Pierre Jabouille bedeutete sie trotzdem das Aus. Sein Lada, den er gemeinsam mit dem Chansonsänger Michel Sardou *auf den vierten Platz steuerte*, blieb mit Motorschaden schon 100 Kilometer vor der Oase Arbre du Tenere, noch weit vor dem Ziel entfernt, stehen.

FUSSBALL / Portugal, Rumänien, Spanien sind die deutschen EM-Gegner

Derwall lächelte vor Glück: Stärkste Teams spielen in der anderen Gruppe

DW. Paris

Bundestrainer Jupp Derwall lächelte in die Fernsehkameras. Doch was er im überfüllten „Salon d'Orfay" im Pariser Hilton-Hotel sagte, paßte nicht ganz zum fröhlichen Gesicht. Derwall bemühte sich, allzu spontane Freude hinter – bei derartigen Anlässen üblichen – Allgemeinplätzen zu verbergen: „Nach dieser Auslosung haben wir alle eine Chance." Was denn sonst.

Aber was sonst hätte der Trainer der deutschen Fußball-Nationalmannschaft auch sagen sollen angesichts des unverhofften Glücks, das ihm bei der Zuteilung der Gruppengegner für die Endrunde der Europameisterschaft in Frankreich einmal mehr zur Seite stand. Die im letzten Jahr von Krise zu Krise eilende deutsche Mannschaft hat es vom 14. bis 20. Juni in Straßburg, Lens und Paris mit Portugal, Rumänien und Spanien zu tun. Hätte Derwall gejubelt, wäre ihm das wohl wieder als Überheblichkeit ausgelegt worden. Besonders nach der mühsamen Qualifikation mit zwei Niederlagen gegen Nordirland und einem mageren 2:1 über Albanien. Also warnte der Bundestrainer: „Wenn man bedenkt, welche Teams unsere Gegner in den Qualifikationsspielen besiegt haben, dann will das schon etwas heißen."

*Nun ja: Portugal hat die Sowjetuni*on ausgeschaltet, Rumänien den Weltmeister Italien, der aber selbst gegen Zypern nur 1:1 gespielt hatte, und Spanien hat gegen Malta mehr Tore geschossen als Holland gegen denselben Gegner – und ist deshalb dabei. Das alles lenkt etwas ab von der Tatsache, daß in der Gruppe eins die stärkeren Mannschaften spielen. Hermann Neuberger, Präsident des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) über das, was an der deutschen Mannschaft vorüberging: „Die Favoriten spielen eindeutig in der Gruppe eins." Es sind: Frankreich, Dänemark, Belgien und Jugoslawien.

Diese Einschätzung herrscht auch bei allen Nationalspielern vor. Kapitän Karl-Heinz Rummenigge sagt es so: „Es ist keine leichtzunehmende Gruppe, dennoch haben wir das leichtere Los erwischt. Wenn wir gut und konzentriert spielen, haben wir durchaus eine Chance, das Halbfinale zu erreichen."

Welcher Gegner auf diesem Wege aber der schwerste sein wird, darüber gibt es unterschiedliche Auffassungen. Rummenigge und Libero Gerd Strack glauben, Spanien sei der härteste Kontrahent. Jupp Derwall fürchtete eher die Rumänen: „Sie haben uns oft nicht gelegen. Sie sind am wenigsten berechenbar und spielen den defensivsten Fußball." So denkt auch der ehemalige deutsche Nationalspieler Sepp Piontek, heute Nationaltrainer von Dänemark, der Überraschungsmannschaft in Frank*reich: „Die Rumänen stehen nur hin*tendrin, kontern selten und erzielen damit noch Tore. Da kann jeder schlecht aussehen." Pionteks Mannschaft bestreitet am 12. Juni in Paris das Eröffnungsspiel gegen Frankreich, das sich als Veranstalter nicht zu qualifizieren brauchte.

Die Euphorie der Franzosen ist bereits etwas gedämpft. Mit ihren (teilweise) erfolgreichen Versuchen, die Auslosung vollends zu einer Zuteilung von Gruppen-Gegnern zu machen, haben sie sich ins eigene Fleisch geschnitten. Belgien wurde auf Wunsch der Franzosen nicht gesetzt, jetzt haben sie den zweiten der Titelkämpfe von 1980 in ihrer Gruppe . . .

Das ist der Spielplan der Europameisterschaft, Vorrunde:

12. Juni (20.30 Uhr) in Paris: Frankreich – Dänemark.

13. Juni (20.30 Uhr) in Lens: Belgien – Jugoslawien.

14. Juni (17.15 Uhr) in Straßburg: Deutschland – Portugal, 20.30 Uhr in St. Etienne: Rumänien – Spanien.

16. Juni (17.15 Uhr) in Nantes: Frankreich – Belgien, 20.30 Uhr in Lyon: Dänemark – Jugoslawien.

17. Juni (17.15 Uhr) in Lens: Deutschland – Rumänien, 20.30 Uhr in Marseille: Portugal – Spanien.

19. Juni (20.30 Uhr) in St. Etienne: Frankreich – Jugoslawien, 20.30 Uhr in Straßburg: Dänemark – Belgien.

20. Juni (20.30 Uhr) in Paris: Deutschland – Spanien, 20.30 Uhr in Nantes: Portugal – Rumänien.

Halbfinale: *23. Juni (20.30 Uhr) in* Marseille: Sieger Gruppe 1 – Zweiter Gruppe 2, 20.30 in Lyon: Sieger Gruppe 2 – Zweiter Gruppe 1

Finale: 27. Juni (20.30) in Paris.

PORTUGAL

Eine Blamage als Doping

Die Erinnerung an einen der schlimmsten Tage der deutschen Fußball-Nationalmannschaft sitzt tief. Dafür spricht die spontane Reaktion von Torwart Harald Schumacher: „Gegen Portugal haben wir uns vor einem Jahr blamiert. Gegen die müssen wir etwas gut machen." Eine Blamage als Doping? Mit einer 0:1-Niederlage in Lissabon begann am 23. Februar 1983 das kaum erfolgreiche Jahr der Mannschaft von Jupp Derwall. Weniger noch als die Niederlage war damals interessant, daß fast alle A-Nationalspieler Portugals von ihren Klubs nicht freigegeben wurden, die deutsche Mannschaft also gegen die zweite Wahl des Landes unterlag. Dieser interne Streit hat in Portugal offensichtlich zu einem neuen Höhenflug geführt. Mit einem neuen Trainer, Fernando Cabrita für Otto Gloria, wurde überraschend die Qualifikation für die Endrunde der Europameisterschaft geschafft. Die Entscheidung fiel beim 1:0-Sieg über die weitaus höher eingeschätzten Sowjetrussen in Lissabon. Zur Zeit ist Mittelstürmer Gomes vom FC Porto der absolute Star. Er wurde im letzten Jahr als Europas erfolgreichster Torschütze ausgezeichnet (36 Treffer in der Saison 1982/83).

Die deutsche Bilanz gegen Portugal: Sechs Spiele, vier Siege, ein Unentschieden, eine Niederlage, 12:5 Tore.

RUMÄNIEN

Weltmeister besiegt

Kein Zweifel, Rumäniens Fußball hat zur Zeit ein Leistungshoch erreicht. Das gilt nicht nur für Vereinsmannschaften wie Craiova (Europacup-Sieger über Kaiserslautern) und Dinamo Bukarest (Triumph über den Hamburger SV). Die Nationalmannschaft hat sich in einer der stärksten Gruppen für die Endrunde der Europameisterschaft qualifiziert – gegen Weltmeister Italien, gegen die CSSR und Schweden. In Rumänien wird ein Fußball gepflegt, der schon manchen Gegner straucheln ließ: unorthodox, oft überhart mit der Betonung der Defensive und abgestellt auf die individuellen Fähigkeiten einer Reihe von großen Technikern. Trainer Mircea Lucescu hatte vor der Auslosung gesagt: „Wir werden in Frankreich mehr als bisher auf Angriff spielen und keine Angst vor großen Namen haben. Denn Namen bedeuten im heutigen Fußball nichts mehr." Besonders die Niederlage des HSV gegen Bukarest hat den Rumänen die Angst vor den Deutschen genommen. Lucescu: „Wenn sich Derwalls Team nicht noch fängt, wenn die Krise andauert, haben wir auch gegen den Titelverteidiger eine Chance."

Die deutsche Bilanz gegen Rumänien: Acht Spiele, sechs Siege, ein Unentschieden, eine Niederlage, 30:9 Tore.

SPANIEN

Die Torflut gegen Malta

Was kurz vor Weihnachten in Sevilla geschah, kam den Holländern spanisch vor: Beim 12:1-Sieg über Malta schossen die Spanier genau so viele Tore, wie sie brauchten, um das Nationalteam der Niederlande in der Qualifikation noch auszuschalten. Der Jubel über das unverhoffte Ergebnis im Lande der Weltmeisterschaft von 1982 kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Nationalmannschaft bei der Konkurrenz wenig Kredit hat. Deutschland hat zuletzt vor zehn Jahren (0:1 in Barcelona) gegen Spanien verloren und war bei der WM mit 2:1 erfolgreich. Deshalb wohl auch die Wertung von Nationalspieler Uli Stielike, der bei Real Madrid spielt: „Spanien besitzt im Vergleich zu 1982 etwa die gleiche Stärke. Wer eine Mannschaft im eigenen Land bei einer WM geschlagen hat, muß sich in Frankreich vor ihr nicht fürchten." Spaniens Trainer *Miguel Mun_oz* sagt: „Einen Favoriten gibt es nicht. Aber Deutschland ist bei Turnieren immer stark." Muñoz, Nachfolger des bei der WM gescheiterten Santamaria, setzt noch immer auf ältere Spieler: Mittelstürmer Santillana (31) und Verteidiger Camacho (30).

Die deutsche Bilanz gegen Spanien: *Zwölf Spiele, sechs Siege,* drei Unentschieden, drei Niederlagen, 17:13 Tore.

STAND PUNKT

Schwimmschule – das stille Ende eines Modells . . .

Als die „Max-Ritter-Schule" im September 1969 in Saarbrücken eröffnet wurde, galt das Internat des Deutschen Schwimm-Verbandes (DSV) als Modellfall für den Versuch, Hochleistungssport und Schule gleichrangig zu fördern. Bundestrainer Horst Planert als sportlicher Leiter der Schule brauchte nicht einmal ein Jahr, um mit Rolf Klees bei den Europameisterschaften 1970 in Barcelona (Bronze über 100 m Brust) einen ersten Erfolg vorzuweisen. Es folgte die große Ära der Max-Ritter-Schüler Klaus und Angela Steinbach, Gudrun Beckmann, Silke Pielen, Karin Bormann oder Jürgen Könnekker.

Dann aber änderten sich die Voraussetzungen. In der Bundesrepublik brach ein regelrechter Bau-Boom von Hallenbädern aus. Das bundesweite Stützpunktsystem wurde manifestiert, die Trainerausbildung stark verbessert. Die Notwendigkeit, mit Talenten zentral in Saarbrücken zu arbeiten, nahm schon Mitte der 70er Jahre mehr und mehr ab. Die Erfolge wurden spärlicher. Nur noch Claudia Thielemann gehört derzeit dem C-Nationalkader an, und der letzte Absolvent der Max-Ritter-Schule, der eine deutsche Meisterschaft gewann, war 1980 Klaus Steinbach über 100 Meter Rücken. Die Konsequenz: Die DSV-Schule in Saarbrücken wird spätestens im Sommer 1984 geschlossen.

Acht von elf Präsidiumsmitgliedern des DSV stimmten jetzt in Warendorf für die Schließung, nur Jugendwartin Marli Bantz legte ihr Veto ein. Die Hamburgerin übt harte Kritik an ihren Präsidiums-Kollegen, denen sie das Recht abspricht, die Schule aufzugeben, „nachdem man sich noch 1982 mit Vehemenz dagegen entschieden hat".

Aber bereits 1982 hatte der frühere Schwimmwart Rainer Wittmann einen seiner Anträge im DSV-Präsidium eingebracht, in denen er die Schließung des Internats forderte. Damals aber erhielt der DSV seitens des Bundesinnenministeriums noch die Zustimmung zum Bau der seit langem gewünschten 50-Meter-Schwimmhalle.

Heute sagt Verbandspräsident Harm Beyer: „Mich persönlich erfüllt tiefe Trauer, aber ich kann mich nicht hinstellen, zwei Millionen Mark für ein neues Hallenbad mit 50-m-Bahn fordern und in fünf, sechs Jahren ohne alles dastehen." Genau diese Verantwortung wollte der Präsident jetzt nicht mehr tragen, nicht das Risiko einer Fehlinvestition gegenüber den finanziellen Trägern der Schule eingehen. Denn auch verbesserte sportliche Bedingungen bieten *keine Garantie für ein neues Aufblü*hen der Max-Ritter-Schule. Es gibt keine zwingende Notwendigkeit mehr, Schwimmtalente nach Saarbrücken zu schicken.

Ministerialdirektor Erich Schaible, Abteilungsleiter Sport im Bundesinnenministerium, bezeichnete die Entscheidung des DSV-Präsidiums als *„honorig". Sie ist mehr als das, sie ist* eine zwingende Notwendigkeit, weil sich der Modellfall Saarbrücken erledigt hat.

DW.

ZAHLEN

EISKUNSTLAUF

Europameisterschaften in Budapest, Paare, Stand nach dem Kurzprogramm: 1. Walowa/Wasiliew (UdSSR) 0,4 Punkte, 2. Baeß/Thierbach („DDR") 0,8, 3. Lorenz/Schubert („DDR") 1,2, 4. Selezněwa/Makarow (UdSSR) 1,6, 5. Awstrijskaja/Kwaschnin (UdSSR) 2,0, 6. Preussler/Schröter („DDR") 2,4, 7. Massari/Azzola (Bundesrepublik Deutschland) 2,8.

Herren, Stand nach der Pflicht: 1. Simond (Frankreich) 0,6 Punkte, 2. Sabovzik (CSSR) 1,2, 3. Cerne (Deutschland) 1,8, 4. Fadejew (UdSSR) 2,4, 5. Fischer 3,0, 6. Schramm (beide Deutschland) 3,6.

TENNIS

Damenturnier in Oakland, erste Runde: Shriver (USA) – Cecchini (Italien) 6:1, 6:2, Rinaldi (USA) – Cummings (USA) 6:3, 6:0, Gadusek (USA) – Kohde (Deutschland) 7:5, 6:4, Maleeva (Bulgarien) – Shaefer (USA) 7:6, 6:2, Smith (USA) – Hanika (Deutschland) 7:5, Hanika aufgegeben.

SKI ALPIN

Weltcup-Riesenslalom der Herren in Adelboden: 1. Stenmark (Schweden) 2:27,36 Min., 2. Strolz (Österreich) 2:28,04, 3. Zurbriggen (Schweiz) 2:28,16, 4. Giradelli (Luxemburg) 2:28,61, 5. Franko (Jugoslawien) 2:29,05.

SEGELN

Weltmeisterschaft der olympischen Tornado-Klasse vor Melbourne/Australien, erste Wettfahrt: 1. Cairns (Australien), 2. van Bladel (Holland), 3. Elvström (Dänemark), 4. Smith (USA), 5. Sellers (Neuseeland), 6. Booth (Australien).

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 2 851 350,80 Mark, 2: 129 606,80, 3: 7529,90, 4: 128,50, 5: 9,50. – **Toto**, Elferwette: 1: 163 397,40, 2: 4538,80, 3: 311,20. – **6 aus 45:** 1: unbesetzt, 2: unbesetzt, 3: 7016,50, 4: 115,10, 5: 8,60. – **Rennquintett**, Rennen A: 1: 71,40, 2: 10,60, – Rennen B: 1: 800,30, 2: 137,30. – Kombinationsgewinn: 34 419,20 Mark. (Ohne Gewähr)

NACHRICHTEN

Hanika gab auf

Oakland (sid) – Sylvia Hanika gab in der ersten Runde des Tennisturniers von Oakland auf, nachdem sie den ersten Satz gegen die Amerikanerin Anne Smith 5:7 verloren hatte. Sylvia Hanika leidet unter den Auswirkungen einer Virusinfektion.

Bob: Sturz in Igls

Igls (dpa) – Die Österreicher Peter Kienast/Christian Mark verunglückten bei Testfahrten auf der Kunsteisbahn von Igls. Die beiden – sie blieben unverletzt – fuhren einen Nachbau der extrem schmalen sowjetischen Bobs, die in dieser Saison für Aufsehen sorgen. Lenkprobleme sollen Ursache des Sturzes gewesen sein, bei dem der Bob schwer beschädigt wurde.

Reinders bleibt

Bremen (sid) – Uwe Reinders, Angriffsspieler des Fußball-Bundesligaklubs Werder Bremen, hat seinen Vertrag um ein Jahr bis zum 30. Juni 1986 verlängert. Der neue Vertrag beinhaltet eine Klausel, nach der sich der Verein *bemühen werde, Reinders* beim Abbau seiner Spielschulden (etwa 500 000 Mark) zu unterstützen.

Strafe für Flaschenwurf?

Mannheim (dpa) – Die Staatsanwaltschaft Mannheim hat gegen den Düsseldorfer Eishockey-Spieler Georg Holzmann einen Strafbefehl in Höhe von 14 000 Mark beantragt. Die Staatsanwaltschaft wirft dem 22jährigen Stürmer vor, am 6. November 1983 beim Bundesligaspiel in Mannheim eine Flasche ins Publikum geworfen und damit eine Zuschauerin am Kopf verletzt zu haben.

Wieder Box-Todesopfer

Tokio (UPI) – Zwei Todesopfer gab es bereits im Jahr 1984 im Box-Sport. Der Japaner Kimura erlag in Akita den Verletzungen, die er sich im Kampf gegen seinen Landsmann Watanabe zugezogen hatte. Am 2. Januar war der Italiener La Serra gestorben.

Bob: Rückzug der UdSSR

Cervinia (sid) – Die UdSSR hat nach einem schweren Trainingssturz ihres Piloten Skrastynsch beim Bob-Weltcup in Cervinia (Italien) ihre Nennung zurückgezogen. Nach zwei Durchgängen im Zweierbob-Wettbewerb führt Detlef Richter („DDR") vor Michael Sperr aus Rießersee.

Viertes Spiel: Vierter Sieg

Leningrad (sid) – Im vierten Spiel beim Granatikin-Turnier in Leningrad gab es für die Junioren des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) den vierten Sieg. *Mit 1:0 bezwang die* DFB-Mannschaft durch ein Tor von Häuser (Frankfurt) die USA.

Kerstin Finke überragte

Las Palmas (dpa) – Eine überragende Kerstin Finke (Aachen) präsentierte sich beim internationalen Kunst- und Turmspringen in Las Palmas auf Gran Canaria. Sie siegte vom Drei-Meter-Brett, belegte beim Turmspringen den zweiten Platz und gewann die Kombinationswertung.

Washington erhofft Fortschritte

● Fortsetzung von Seite 1

In der amerikanischen Hauptstadt wurde besonders auf den Punkt verwiesen, daß der rege Austausch auf der höchsten Ebene zwischen Washington und Peking zu einem Zeitpunkt stattfindet, in dem außer dem bevorstehenden Treffen Shultz-Gromyko in Stockholm keine diplomatischen Spitzenbegegnungen zwischen beiden Supermächten in Aussicht stehen. Eine gute Portion der Verantwortung trage der Kreml dafür selber, weil er sich aus den laufenden Verhandlungen einfach ausblendete und gleichzeitig sein militärisches *Drohpotential nach allen Himmels*richtungen hin verstärkte. Dadurch werden Chinesen und Amerikaner auf einen wesentlichen Punkt ihrer Gemeinsamkeit – Abwehr sowjetischen Expansionismus – geradezu gestoßen. Doch erschöpfen sich ihre Beziehungen damit durchaus nicht. „Wir müssen erst wirtschaftliche Bande aufbauen, bevor wir zu einem engeren politischen Verhältnis gelangen", sagte *ein hoher US-Beamter* vor der Ankunft von Zhao.

Beiden Ländern ist bislang der Technologieaustausch zu langsam vorangegangen. Bei seiner Ankunft in Honolulu hatte der chinesische Ministerpräsident seinen Wunsch nach amerikanischem Kapital und Technologie für China noch einmal nachdrücklich betont.

Auschwitz-Lüge soll bestraft werden

hey, **Bonn**

Der Bundestag soll nach den Vorstellungen von *Bundesjustizminister* Hans Engelhard (FDP) möglichst noch im Frühjahr über ein Gesetz beraten, das das Verbreiten der „Auschwitz-Lüge", also die Verharmlosung von NS-Greueltaten an Juden, unter Strafe stellt. Nach dem von ihm geplanten 21. Strafrechtsänderungsgesetz soll ein Abstreiten dieser Verbrechen als Billigung von Straftaten mit bis zu drei Jahren Freiheitsentzug, deren schriftliche Verbreitung als Beleidigung mit bis zu einem Jahr *geahndet werden können.*

Um so bald wie möglich eine Verabschiedung dieses Gesetzes zu erreichen, verhandelt Engelhard gegenwärtig mit den Ländern. Er will dabei einen möglichst breiten Konsens erreichen, damit dem Parlament ein unumstrittener Lösungsvorschlag vorgelegt werden kann. Insbesondere die von CDU und CSU regierten Länder verlangen zur Zeit noch eine präzisere Ausgestaltung der vom Bundesjustizministerium ausgearbeiteten Vorlage.

Bonn setzt große Hoffnung in Stockholmer Konferenz

„Brüsseler Signal" an Moskau wird wichtige Rolle spielen

BERNT CONRAD, **Bonn**

Die Bundesregierung betrachtet *die am kommenden Dienstag in* Stockholm beginnende Konferenz über Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE) als Chance für eine Klimaverbesserung zwischen West und Ost. Die Konferenz, so wurde gestern in Bonner diplomatischen Kreisen betont, biete sich nach der Unterbrechung der Genfer INF- und START-Verhandlungen und der Wiener Verhandlungen über eine Truppenreduzierung in Mitteleuropa (MBFR) als einzig verbliebenes Ost-West-Forum für den Versuch an, die unruhig gewordene Welt nicht außer Kontrolle geraten zu lassen.

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, der sich im vergangenen Jahr sehr intensiv für das Zustandekommen der KVAE und eine Eröffnung auf Außenministerebene *eingesetzt hatte, ist* trotz seines schweren Autounfalls entschlossen, am Montag nach Stockholm zu fliegen. Bis dahin wird er sich noch zu Hause erholen.

In der schwedischen Hauptstadt werden sich am Montagabend *die* NATO-Außenminister und zusätzlich am Dienstagmorgen die EG-Außenminister zu vorbereitenden Beratungen treffen. Am Donnerstag, dem 12. Januar, wird Genscher morgens mit dem amerikanischen Außenminister George Shultz frühstücken, bevor dieser am Mittag zu dem mit Spannung *erwarteten, auf* drei Stunden angesetzten Gespräch mit dem sowjetischen *Außenminister* Andrej Gromyko zusammenkommt. Nach einer Informierung durch Shultz wird Genscher dann am Abend selbst Gromyko treffen. Daneben plant der Bundesaußenminister noch bilaterale Kontakte mit mindestens zehn weiteren Amtskollegen.

Durch Los an 23. Stelle

Die KVAE wird offiziell am Dienstagvormittag von dem schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme und seinem Außenminister Lennart Bodström eröffnet werden. Es folgen dann bis Freitag mittag jeweils täglich zwei Plenarsitzungen mit den Eröffnungsreden der Außenminister der 35 Teilnehmerstaaten. Genscher ist im Losverfahren an die 23. Stelle der Rednerliste gesetzt worden und *wird deshalb erst am Donnerstag zu* Worte kommen.

Das aktuelle Hauptinteresse Bonns richtet sich auf die bilateralen Gespräche, *vor allem mit Gromyko und* den anderen osteuropäischen Außenministern, *in denen auch die* Möglichkeiten einer Wiederanknüpfung der abgebrochenen atomaren Abrüstungsverhandlungen erörtert werden sollen. Dabei wird das von den NATO-Außenministern im Dezember beschlossene „Signal von Brüssel" eine wesentliche Rolle spielen, das den Sowjets die westliche Bereitschaft für eine politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit im Falle eines entsprechenden sowjetischen Verhaltens übermittelt hatte.

„Mut zu Neuanfang"

Die KVAE selbst sollte nach Bonner Ansicht in ihrer bis 1986 befristeten ersten Phase zu konkreten Schritten im Bereich der Vertrauensbildung führen und damit das militärische Verhalten aller Teilnehmerstaaten berechenbar machen. In der Frage der vom Osten geforderten nochmaligen vertraglichen Bekräftigung des *Gewaltverzichts will sich die* Bonner Delegation, entsprechend der Absprache unter den NATO-Partnern, bei grundsätzlich positiver Einstellung flexibel verhalten. Ein Gewaltverzicht von Bündnis zu Bündnis wäre nicht ausreichend, hieß es in Regierungskreisen. Vielmehr müsse der Verzicht auf Gewaltanwendung *zwischen allen Teilnehmerstaaten* wirksam sein.

Demgegenüber plädierte der außenpolitische Experte der SPD-Bun*destagsfraktion*, Karsten Voigt, in einer Pressekonferenz für ein Gewaltverzichtsab*kommen zwischen* den Staaten des Warschauer Paktes und der NATO. Der Westen sollte nach seiner Ansicht in den Stockholmer Eröffnungsreden auch seine Einwände gegen den Abschluß eines umfassenden Kernwaffenteststopp-Abkommens fallenlassen und sich zu Verhandlungen über eine 150 Kilometer breite kernwaffenfreie Zone beiderseits der Grenze von NATO *und* Warschauer Pakt bereit erklären.

Der SPD-Abgeordnete erkannte ausdrücklich den persönlichen Anteil Genschers am Zustandekommen der KVAE an, *kritisierte aber gleichzeitig* die „seit Monaten von Fehleinschätzungen und Ratlosigkeit geprägte Abrüstungspolitik der Bundesregierung". Jetzt komme es darauf an, daß Bonn und seine westlichen Partner mit einer neuen Gesamtkonzeption nach Stockholm gingen. Dazu gehören der „Mut zu einem Neuanfang bei den Verhandlungen über eine nukleare und konventionel*le Abrüstung in Europa*" sowie die Vorlage von kompromißfähigen Vorschlägen *zur Förderung* der Vertrauensbildung. Stockholm sei kein Ersatz für Genf.

SPD-Kampagne für kürzere Arbeitszeit

PETER PHILIPPS, **Bonn**

In einem Rundschreiben an die „lieben Genossinnen und Genossen" hat SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz zu einer großen Kampagne seiner Partei für eine Arbeitszeitverkürzung in der Bundesrepublik Deutschland aufgerufen. Sowohl die Öffentlichkeitsarbeit der Bonner SPD-Zentrale als auch die Veranstaltungen in den 240 Unterbezirken und 10 331 Ortsvereinen sollten bis zum Bundesparteitag im Mai in Essen diesem Thema schwerpunktmäßig gewidmet sein, das auch die Essener Veranstaltung prägen werde.

Als Glotz gestern der Öffentlichkeit die Einzelheiten dieser Kampagne präsentierte, machte er allerdings klar, daß sich die SPD nicht allein auf die Forderung nach der 35-Stunden-Woche festlegen lassen wolle, wie dies inzwischen überwiegend bei den DGB-Gewerkschaften geschehen ist. Denn, so Glotz, in „unterschiedlichen Branchen und Betriebsgrößenklassen" seien „unterschiedliche Formen der Arbeitszeitverkürzung sinnvoll". Ziel der sozialdemokratischen Bemü*hungen, die auch etwas mit der* „grundsätzlichen Solidarität" gegenüber den Gewerkschaften *zu* tun hätten, müsse es sein, den Bürgern klar zu machen, „daß die Strukturprobleme nur dann ohne drückende Massenarbeitslosigkeit bewältigt werden, wenn die Arbeitszeit weiter verkürzt wird".

Unstrittig sei dabei für die SPD, daß durch die tarifvertraglichen Vereinbarungen von Arbeitszeitverkürzungen zwar die Lohnsteigerungen *reduziert werden könnten. Aber kein* Arbeitnehmer dürfe mit weniger Lohn oder Gehalt nach einer Arbeitszeitverkürzung nach Hause gehen. Denn die Arbeitszeitverkürzung sei „der verdiente Anteil der Arbeitnehmer am Produktivitätsfortschritt". Man müsse, vor allem im internationalen Wettbewerb, natürlich auch auf die Lohnstückkosten achten. Doch, so Glotz, man könne in den Tarifverhandlungen ja auch über eine „bessere Kapitalnutzung" sprechen.

Es war bei den Glotz-Erklärungen spürbar, daß die SPD die Umfrageergebnisse der vergangenen *Monate* irritiert haben, nach denen bei Arbeitnehmern die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung nicht sehr weit oben in der Prioritäten-Skala rangiert. Vor allem hieraus ist offensichtlich die angekündigte Kampagne zu erklären, die nach den Worten des SPD-Geschäftsführers auch „die alten Ziele der Arbeiterbewegung" im Auge hat, daß eine aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben „mehr Freizeit für den einzelnen Menschen verlangt".

Immer mehr Arbeitnehmer gegen 35-Stunden-Woche

Umfrage-Ergebnis signalisiert Sinneswandel

GISELA REINERS, **Bonn**

Die deutschen Arbeitnehmer haben innerhalb von zehn Wochen ihre Meinung zum Thema Arbeitszeitverkürzung geändert. Bevorzugten sie Anfang Oktober noch eine kürzere Wochenarbeitszeit, wollten sie Mitte Dezember statt dessen lieber mehr Geld auf dem Konto haben. Eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden, wie sie vor allem von der IG *Metall* gefordert wird, erfreute sich Anfang Oktober noch großer Beliebtheit. *Mitte Dezember hatte das Inter*esse stark nachgelassen. Die meisten *der Befragten hielten die Forderung* für falsch, wobei sich der Anteil der Unentschiedenen zum Teil spürbar verringert hatte.

Nach einer Umfrage des Emnid-Instituts Bielefeld im Auftrag der Metallarbeitgeber bei 1400 berufstätigen Bundesbürgern über 14 Jahre, davon 1200 Arbeitnehmer, ergab sich zu drei *Terminen – Anfang Oktober,* Ende November und Mitte Dezember – dieser Meinungswandel gegenüber der 35-Stunden-Woche. Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall führt den Stimmungsumschwung auf die Pläne der Regierung zurück, einen Vorruhestand mit 59 Jahren zu ermöglichen, und ein entsprechendes Angebot der Metallarbeitgeber für ein früheres Ausscheiden.

Wie *Emnid berichtete, haben die* nach dem Zufallsprinzip ausgewählten Befragten auf die Frage, ob sie die Forderung nach der 35-Stunden-Woche für richtig oder nicht richtig hielten, Anfang Oktober noch zu 39 Prozent gesagt: richtig, und 32 Prozent: nicht richtig. Mitte Dezember hatte sich das Verhältnis umgekehrt: 32 Prozent fanden die Forderung noch richtig, aber 43 Prozent nicht richtig. Besonders bei den Facharbeitern machte sich der Sinneswandel bemerkbar. Sie hatten Anfang Oktober die Forderung nach der kürzeren Wochenarbeitszeit noch mit 46 Prozent befürwortet; Mitte Dezember waren es *nur noch 33 Prozent. Bei Un- und* Angelernten sowie bei Angestellten sank das Interesse *nur um* vier und fünf Prozentpunkte, von 44 auf 40 und von 34 auf 29 Prozent. Die Ablehnung stieg jedoch von 27 auf 43 Prozent (Facharbeiter), von 33 auf 40 Prozent (Un- und Angelernte) und von 34 auf 45 Prozent (Angestellte). *Die Zahl* derjenigen, die unentschieden waren oder keine Angaben *machten, ist zwar bei allen* Berufsgruppen gesunken, liegt jedoch mit rund 25 Prozent verhältnismäßig hoch.

Auf die Emnid-Frage, ob sie bei Wahlmöglichkeit eine kürzere Wochenarbeitszeit oder Lohnerhöhung lieber hätten, kehrte sich das Verhältnis ebenfalls um. Befürworteten im Oktober noch 38 Prozent eine kürzere Arbeitszeit und nur 29 Prozent die Lohnerhöhung, so waren *Mitte* Dezember nur noch 26 Prozent für weni*ger Arbeit, aber 43 Prozent für mehr* Geld.

Libanon: Kein Durchbruch

Einigung über Sicherheitsabkommen noch nicht in Sicht

dpa, **Beirut**

Ein Sicherheitsabkommen für Libanon, das die Kontrolle der libanesischen Armee und Gendarmerie auf alle nicht von Syrien und Israel besetzten Gebiete ausweiten soll, ist noch nicht in Sicht. Die Außenmini*ster Syriens, Libanons* und Saudi-Arabiens gingen in der saudischen Hauptstadt Riad mit der Vereinbarung auseinander, ihre Gespräche darüber fortzusetzen. Die nächste Gelegenheit dazu bietet sich Ende dieser Woche am Rande der Islamischen Gipfelkonferenz in Casablanca (Marokko).

Hoffnungen auf eine baldige Einigung wurden aber durch eine Stellungnahme gedämpft, die Drusenführer Walid Dschumblatt in Damas*kus* nach einer Sitzung des Nationalrats der oppositionellen „Nationalen *Rettungsfront" veröffentlichte.* Danach waren sich die Teilnehmer einig, daß alle Diskussionen über eine Fortsetzung der im November in Genf begonnenen libanesischen Versöhnungskonferenz und ein Sicherheitsabkommen illusorisch seien, solange nicht vier Punkte verwirklicht seien:

– Annullierung des libanesisch-israelisch-amerikanischen Abkommens vom 17. Mai 1983 über den Abzug fremder Truppen aus Libanon,

– Aufhebung aller Gesetze und Dekrete, die die falangistische Hegemonie in Libanon sicherstellen,

– ein Gesetz, das die libanesische Armee zu einer von allen Seiten akzeptierten nationalen Armee macht, und

– ein Programm für politische Reformen, das Hegemoniebestrebungen einer Seite ausschließt.

Am Widerstand Dschumblatts war schon in der vergangenen Woche das fast unterschriftsreife Sicherheitsab*kommen gescheitert.*

Zugang zu 59er-Regelung wird erschwert

GISELA REINERS, **Bonn**

Das Bundeskabinett wird sich heute mit dem Grundsatzbeschluß des Arbeitsministers befassen, den Zugang für Arbeitslose zur sogenannten 59er-Regelung zu versperren. Nach dieser Vorschrift der Reichsversicherungsordnung kann mit 60 Altersruhegeld beziehen, wer zuvor ein Jahr lang arbeitslos war.

Diese Regelung war meist einvernehmlich von Arbeitgebern, Betriebsräten und Mitarbeitern dazu genutzt worden, die Belegschaft abzubauen, zu verjüngen und den Beschäftigten einen frühen Ruhestand zu ermöglichen. Inzwischen hat das Kabinett jedoch die Einführung der *Vorruhestandsregelung* beschlossen, nach der Arbeitnehmer mit 59 und mehr Jahren ausscheiden können, unter Beibehaltung von rund 70 Prozent ihrer Nettobezüge. Die Inanspruchnahme der 59er-Regelung soll nun für Betriebe und Arbeitnehmer uninteressant, d. h. teuer werden.

Nach geltendem Recht müssen Betriebe, die Arbeitnehmer mit der 59er-Regelung entlassen (ein Jahr Arbeitslosengeld plus Aufstockung der Bezüge durch den Arbeitgeber auf die alte Höhe), ein Jahr lang die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung weiter zahlen. In Zukunft sollen sie zusätzlich der Rentenversicherung zwei Jahre lang die gezahlte Rente für den entlassenen Mitarbeiter erstatten. Als Ausnahmen sind vorgesehen, daß dem Betrieb die Zahlung erlassen wird, wenn er weniger als 20 *Mitarbeiter hat, öffentliche* Gelder bezieht oder sonst in Konkurs geraten würde.

Die Arbeitgeberseite hat grundsätzlich Verständnis dafür, daß die 59er-Regelung eingeschränkt werden muß, kritisiert jedoch, daß es den Betrieben fast unmöglich gemacht werde, Personal zu tragbaren Bedingungungen abzubauen. Nach Angaben der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) kostet die Neuregelung 70 000 Mark in drei Jahren, 27 000 für die Bundesanstalt für Arbeit und 44 000 für zwei Jahre Rentenversicherung. Es solle deshalb eine weitere Ausnahme zulässig sein. Wenn eine Entlassung aus wirtschaftlichen Gründen für den Betrieb unumgänglich ist, soll sie erstattungsfrei sein, wünschen die Arbeitgeber.

In Gewerkschaftskreisen wird begrüßt, daß Arbeitgeber ihre Zahlungsverpflichtungen nicht mehr auf die Solidargemeinschaft abwälzen können sollen. Allerdings lade die Vielzahl der Ausnahmen von der Erstattungspflicht geradezu zu einer Umgehung der Vorruhestandsregelung ein, heißt es bei der Deutschen *Angestellten-Gewerkschaft.*

Neue Zeichentrickserie

Hier lernt Schnuddel laufen



Er ist ein behäbiger, weiser und *zugleich etwas* vertrottelter Waldbär, der in einer Lotterwohnung *unter einem* Blätterdach haust. Und er ist eigens erfunden worden, die *13teilige* Zeichentrickserie „Janosch's Traumstunde" zu moderieren. FOTO: WDR

In einer kleinen umgebauten Werkstatthalle im Süden Kölns lernt der dicke Waldbär laufen, erwacht der winzige Schnuddel mit dem riesigen Hut zum Leben, hopst der gestreifte Tiger durch die Gegend. Kleine Leseratten wissen: Hier geht es um die phantastische Welt des Kinderbuchautors und -zeichners Janosch. Zum Leben erweckt wird diese Welt in der Trickfilmwerkstatt des Kölners Jürgen Egenolf, *der mit einem 20-Mann/* Frau-Team derzeit im Auftrag des Westdeutschen Rundfunks an der größten deutschen Zeichentrickserie arbeitet.

Fleiß und jede Menge Präzisionsarbeit sind nötig, bevor in etwa zweieinhalb Jahren die 13 Folgen von „Janoschs Traumstunde" jeweils 25 Minuten lang über den Bildschirm laufen können. Mehr als etwa neun Filmminuten kann nämlich auch ein eingespieltes Team im Monat nicht fertigstellen. Grafisches Können, Phantasie, Liebe zum Detail und sogar schauspielerisches Einfühlungsvermögen sind besonders vom „Animator" gefordert, der die Entwürfe Janoschs bereits in seinem Kopf in Bewegung setzen muß. Wie dick ist die Nase des Waldbären, wenn er den Kopf verdreht?

Mehr als 250 Bilder der verschiedenen Bewegungsphasen, von Zeichnerinnen präzise auf durchsichtige Folie übertragen, ergeben erst eine einzige Minute Handlung. Und das wuschelige Fell von Bär und Tiger, Hase und Pietzke, dem Siebenschläfer, muß schon stimmen, damit die Helden der „Traumstunde" nicht wie von Motten zerfressen aussehen. Gerade *diese Einfühlsamkeit* ist es, die die Arbeit der Kölner trotz des Massenangebots an „Hau-Ruck"-Zeichentrickserien aus koreanischen, japanischen oder amerikanischen Filmfabriken begehrt und beliebt macht. „Mit diesen Strichgesichtern wollen wir gar nicht erst konkurrieren", meint Jürgen Egenolf. Daß sein Konzept stimmt, beweist der Erfolg seines Janosch-Erstlings „Oh wie *schön ist Panama", der prompt mit* dem „Prix Jeunesse" ausgezeichnet worden ist.

GERD KORINTHENBERG (dpa)

Das gemeinsame 3. TV-Programm von SWF, SDR und SR ist gefährdet

Wären „Patentage" eine Möglichkeit?

Die Weiterführung eines gemeinsamen dritten Fernsehprogramms der südwestdeutschen Rundfunkanstalten Südwestfunk, Süddeutscher Rundfunk und Saarländischer Rundfunk über das Jahr 1984 hinaus scheint gefährdet. Die Fernsehdirektoren der drei Rundfunkanstalten konnten sich in einem Gespräch im Dezember nicht auf ein zukünftiges Programmkonzept für Südwest 3 einigen. In den Verhandlungen stehen sich unterschiedliche Vorstellungen von SWF und SDR über die Zukunft dieses dritten Fernsehprogramms gegenüber. Beide tragen zu je *40 Prozent* die Kosten und die Programmanteile.

Während der SDR an der bisher *praktizierten Kooperation* festhalten will, daß nämlich jeder Sender an „Patentagen" *das* Programm alleinverantwortlich gestaltet – einmal abgesehen von den Auseinanderschaltungen für die regionalen Sendungen – fordert der SWF für eine weitere Zusammenarbeit eine durchgehende Programmplanung durch eine Verwaltungsvereinbarung nach dem Vorbild der Nordkette (SFB, NDR, RBr). Dann stände jedem Sender jeder Sendeplatz zur Verfügung und könnte von einer Programmkonferenz im Detail gefüllt werden. Außerdem will der SWF die bisherige Moderation in Südwest 3 aufheben und Ansagerinnen einsetzen.

Ein neuer Gesprächstermin, diesmal auf der Ebene der Koordinatoren *für S 3 der* drei beteiligten Rundfunkanstalten, ist für den 26. und 27. Januar angesetzt. Der SDR tritt in die Verhandlungen mit dem Willen, das bisherige Kooperationsprinzip beizubehalten – Detailkritik wird jedoch auch hier nicht von der Hand gewiesen. Man ist bereit, über einzelne Punkte zu sprechen. Der Saarländische Rundfunk, der mit 20 Prozent der Kosten und des Programms an S 3 beteiligt ist, sieht seine Rolle in den Verhandlungen als „Anwalt von S 3". In der kleinen Landesrundfunkanstalt herrscht bisher Zuversicht, daß die Koordinatoren den Fernsehdirektoren ein konsensfähiges Papier vorlegen können.

Der SR *muß zuversichtlich sein, da* er ein eigenes drittes Fernsehprogramm nicht finanzieren kann – Angebote von SWF und SDR, sich ei*nem rheinland-pfälzischen oder* baden-württembergischen Landesprogramm anzuschließen, werden vor einem Scheitern der Verhandlungen nicht diskutiert. Eine Lösung sieht der SR in der Beibehaltung der organisatorischen Zuständigkeit einer Rundfunkanstalt für den Programmablauf aus praktischen Gründen, wobei man die Sendungen der einzelnen Rundfunkanstalten auch täglich neu kombinieren könnte. Der SR setzt auf S 3, das bisher „gut und erfolgreich" gewesen sei und von den Zuschauern, nach Bayern 3, von den dritten Programmen auch am meisten frequentiert würde. (FK)

KRITIK

Reichlich glatter Kumpel

Der Kumpel Aloys verlor seinen Arbeitsplatz und wanderte, ein moderner Ahasver, von Firma zu Fir*ma: Zeche Carolinenglück,* Bochumer Verein, Kruppstahl. Ein Schicksal, wie es Tausenden heutzutage beschieden ist, wo die Flaute und der Fortschritt ganze Industrien dahinraffen. Bernd Wiegmanns Ruhr-Reportage **„Carolinenglück"** (ZDF) hatte, so gesehen, alle Chancen zum Paradigma zu werden; doch die Saga von der Unbehaustheit des modernen Industriearbeiters wollte und wollte keinen Sog entwickeln. Woran lag's? Wahrscheinlich wohl am Prota*gonisten, dem Ex-Bergmann und* jetzigen Stahlkocher Aloys Dietrich, dem die Floskeln „von denen da oben", und „wir da unten" allzu gekonnt von der Lippe gingen.

Fertigware statt erinnernder Emotion, Klischee statt Kraft. Aufrichtiges Zürnen sogar hätte mehr bewirkt als die – wie sich in der 23. von 45 Minuten erwies – Glätte des IG-Metall-Funktionärs.

HORST STEIN

Versuchsballon mit Freud

Um es gleich vorwegzunehmen: Träume sind bekanntlich nicht nur Schäume. Der Dialog mit dem Innersten hat immer einen engen Bezug zum Handeln und Denken des wachen Menschen. Gerade im Schlaf befreien wir uns von allen äußeren Zwängen: Hier brauchen wir uns nicht anzupassen und nicht zu verteidigen.

Bereitwillig sprachen Besucher der letzten Berliner Funkausstellung vor der Kamera mit Experten über ihre Traumerlebnisse: **„Hilfe, ich träume"** (ZDF). Sigmund Freud ließ – *stellenweise* – schön grüßen. Doch traumhaft war auch dieser zweite Teil des Traumseminars nicht. Trocken und stocknüchtern verlief die Auseinandersetzung mit dem unbewußten Unterbewußten. Zwischen Mini-Show („Erzähl mir deinen Traum") und Volkshochschulniveau bewegte sich das *Frage-und-Antwort-Spiel.* Doch begrüßenswert war der Aufstieg des psychotherapeutischen Versuchsballons allemal. Im April geht's weiter.

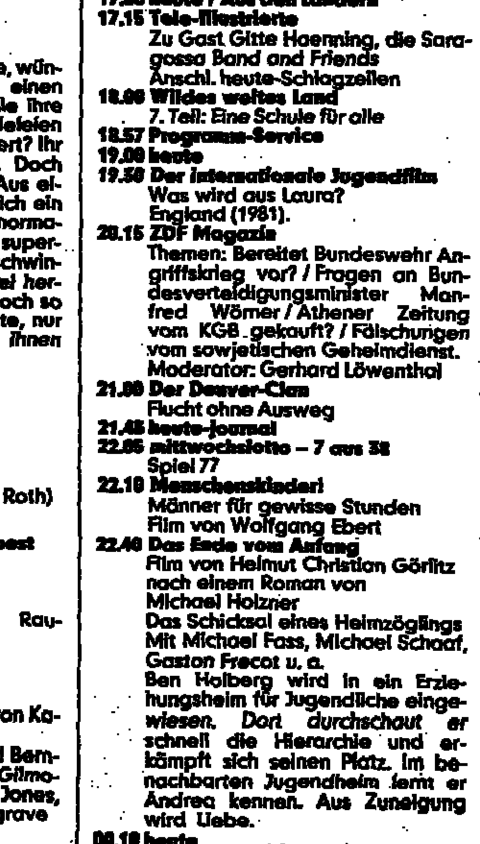
DIETER THIERBACH

ARD

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau
und Tagesthemen
10.23 Das schöne Ende dieser Welt
Film von Rainer Erler
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

15.30 Programmvorschau
16.00 Tagesschau
16.10 Unter dem Hammer
Schicksale um ein Auktionshaus
16.55 Eine vollkommen erlogene Geschichte
Fernsehfilm (Wh. von 1981)
Angeregt durch die Notlüge, wünschen sich zwei Kinder einen Wahrmacher: einen, der alle ihre großen und kleinen Schwindeleien wahr macht. Und was passiert? Ihr Wunsch geht in Erfüllung. Doch was dabei alles passiert: Aus einem schlechten wird plötzlich ein gutes Zeugnis, aus einem normalen Schwimmer plötzlich ein superschneller usw. Die Kinder schwin*deln das blaue vom Himmel her*unter. Sie gewinnen jede noch so merkwürdig klingende Wette, nur *will keiner mehr recht mit ihnen* spielen.
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Zu Dir oder zu mir
Komödie von Ryce Ryton
(Mit Susanne Uhlen u. Wolf Roth)
Regie: Wolfgang Spier
21.25 ARD-Sport-Extra aus Budapest
Eiskunstlauf-EM
Kurzprogramm der Herren
Kür der Paare (Ausschnitt)
Sprecher: Hans-Joachim Rauschenbach
22.30 Tagesthemen
23.00 Rock around Wagner
Ein Peter-Hofmann-Porträt von Karin Davison
Mit Debbie Sasson, Leonard Bernstein, *Richard Burton, Gail Gilmore,* Mick Jagger, Gwyneth Jones, James Levine, Vanessa Redgrave
24.00 Tagesschau



15.25 Enorm in Form
16.00 heute
16.04 Rappelkiste
16.35 Die Bären sind los
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast Gitte Haenning, die *Saragossa Band and Friends*
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.00 Wildes weites Land
7. Teil: Eine Schule für alle
18.57 Programm-Service
19.00 heute
19.30 Der internationale Jugendfilm
Was wird aus Laura?
England (1981).
20.15 ZDF Magazin
Themen: Bereitet Bundeswehr Angriffskrieg vor? / Fragen an Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner / Athener Zeitung vom KGB gekauft? / Fälschungen vom sowjetischen Geheimdienst.
Moderator: Gerhard Löwenthal
21.00 Der Denver-Clan
Flucht ohne Ausweg
21.45 heute-journal
22.05 mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77
22.10 Menschenskinder!
Männer für gewisse Stunden
Film von Wolfgang Ebert
22.40 Das Ende vom Anfang
Film von Helmut Christian Görlitz nach einem Roman von Michael Holzner
Das Schicksal eines Heimzöglings
Mit Michael Fass, Michael Schaaf, Gaston Frecot u. a.
Ben Holberg wird in ein Erziehungsheim für Jugendliche einge*wiesen. Dort durchschaut er* schnell die Hierarchie und erkämpft sich seinen Platz. Im be*nachbarten Jugendheim lernt er* Andrea kennen. Aus Zuneigung wird Liebe.
00.10 heute



Susanne Uhlen und Wolf Roth sind die Akteure des Zwei-Personen-Stücks „Zu Dir oder zu mir", um 20.15 Uhr in der ARD FOTO: MISERONY

III.

WEST
18.00 Telekolleg
Englisch (33)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Düren
21.45 eff-eff Freizeit und Fitness
22.15 *Schweigegeld für Liebesbriefe*
US-Spielfilm (1949)
23.35 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Manu – Wildnis aus Wasser und Wald
19.15 Alte Schätze aus der Neuen Welt
19.30 Unser Land
20.00 Tagesschau
20.15 *extra drei*
Anschließend: Nachrichtentelegramm
21.00 *Front in Eis und Fels (2)*
Der Alpenkrieg 1915–1917
21.45 Der Film-Club
The kids are alright
Englischer Film (1979)
23.20 Nachrichtentelegramm

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Marco
18.55 Ludwig
19.00 Hobbythek
19.45 Steinwild – Hoheit der Berge
20.15 Das aktuelle Thema
21.30 *Drei aktuell*
22.00 Einmal Moskau und zurück
Aufzeichnung einer Aufführung im Schloßpark-Theater Berlin
(Sendeschluß: 23.40)

SÜDWEST
18.30 Telekolleg I
Englisch
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Die Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten
19.30 Zeit genug
Spielfilmserie in sechs Teilen von Franz X. Bogner
20.15 Sammelsurium
21.00 Mit stahlharter Faust
US-Spielfilm (1955)
Mit Kirk Douglas, Jeanne Crain, Claire Trevor u. a.
Regie: King Vidor
22.25 Kolonialmacht Venedig
Sechsteilige Reihe
(Sendeschluß: 23.10)

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Unterhaltung am Mittwochabend
Bayern-Kini 84
20.00 Klimbim
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Der steinige Weg zur Downing Street 10
Winston Churchill
22.45 Z. E. N.
22.50 Wer ermordete das Lindbergh-Baby?
23.50 Rundschau
23.55 News of the Week

Video-Riesen

nl – Zwei Giganten haben sich zusammengetan, um in der Bildaufzeichnung und -wiedergabe neue Akzente zu setzen: Kodak, der Welt größter Fotokonzern, und Matsushita, einer der führenden Gerätehersteller auf dem Sektor der Unterhaltungselektronik, begeben sich gemeinsam auf das attraktive Feld der Videofilmerei. Der als „gelber Riese" bekannte amerikanische Fotomulti steuert zu dieser Zusammenarbeit seinen fototechnischen Erfahrungsschatz bei, der japanische Konzern ist mit seinem Elektronik-Know-how und seinen Produktionsmöglichkeiten zur Stelle.

Aus dieser Verbindung hervorgegangen ist ein neues integriertes 8-mm-Videokamera-Recorder-System, das mit seinen nur 2,2 kg Gewicht ähnlich handlich ist wie eine herkömmliche Super-8-Tonfilmkamera. Dem scheinbaren Handikap eines gegenüber der Super-8-Version wohl deutlich höheren Preises stehen nicht zuletzt eine Reihe anderer Vorzüge gegenüber: eine 90-Minuten-Bandkapazität oder auch beliebige Lösch- und Wiederaufzeichnungsmöglichkeiten.

Mit diesem Schritt in die Videotechnik – der „Kodavision Camcorder" gelangt ab Herbst 1984 auf den deutschen Markt – trägt man nunmehr auch bei Kodak der schon lange erkennbaren Entwicklung Rechnung, daß zumindest beim laufenden Bild das Magnetband dem Schmalfilm den Rang abläuft. Bei Kodak hat man zwar die eigenen Aktivitäten auf dem Felde der Elektronik ständig forciert. Um aber noch rechtzeitig präsent sein zu können, war wohl oder übel die Hilfestellung der Japaner notwendig. Ein derartig pragmatisches Vorgehen hat nicht nur in der Branche größte Aufmerksamkeit auf sich gezogen.

Leuchten

Stw. – Ein rundes Dutzend Institutionen sind an der Planung zu beteiligen, wenn es gilt, in einem öffentlichen Gebäude elektrische Leitungen zu verlegen. Das schreiben die neuen Elektroinstallations-Richtlinien für Bayern vor. Damit nicht genug: Weitere 64 Vorschriften müssen befolgt werden, bis in Verwaltungsgebäuden des Freistaates ein Licht angeht. Den Bayerischen Bauindustrieverband trifft angesichts solcher Regelungsflut „der Schlag". Dabei verdanken auch die Münchener Bauexperten den neuen Richtlinien wichtige Ratschläge. Leuchten sollten, heißt es beispielsweise, so montiert sein, daß sie für das Auswechseln der Glühbirnen leicht erreicht werden können. Auf derlei Wegweisendes wäre zu verzichten, sollte die öffentliche Bauplanung tatsächlich einmal vereinfacht werden. Eingespart werden könnten allerdings auch Zeit und Kosten. Für die Politiker, die sich den Bürokratieabbau auf ihre Fahnen geschrieben haben, geht es freilich um mehr: um ihre Glaubwürdigkeit.

DEVISEN / Die Hausse der amerikanischen Währung beunruhigt Frankreich

Paris will EG-Partnern Vorschläge zur Abkoppelung vom Dollar machen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Wiederbelebung der westeuropäischen Konjunktur wird nach Auffassung der französischen Regierung durch die Dollar-Hausse in Frage gestellt. Deshalb will sie als derzeitiger Inhaber des Präsidentenamtes der EG Maßnahmen zur Verminderung des Ungleichgewichts an den Devisenmärkten vorschlagen. Dies hat Wirtschafts- und Finanzminister Delors gestern in Paris angekündigt. Er hält Frankreich von dem Kursanstieg des Dollar für besonders stark betroffen.

Bevor er im EG-Ministerrat konkrete Vorschläge macht, will Delors mit den europäischen Partnern prüfen, in welchem Maße die Hausse des Dollar und der Zinssätze den Wiederaufschwung in der Bundesrepublik und in Großbritannien beeinträchtigt, erläuterte Delors in einem Interview mit der sozialistischen Tageszeitung „Le Matin". An der Erholung in der Bundesrepublik ist Frankreich deshalb besonders interessiert, weil Deutschland sein größter Auslandskunde ist.

Außerdem sprach sich Delors dafür aus, daß der Internationale Währungsfonds (IWF) eine außerordentliche Emission in Sonderziehungsrechten (SZR) durchführt, um den weltweiten Liquiditätsmangel, der zu einer extremen Nachfrage nach Dollars geführt habe, zu überwinden. Nicht zuletzt aber müsse das zentrale Problem der Verantwortung der USA als führender westlicher Macht gegenüber ihren (europäischen) Partnern gelöst werden.

Die jüngste Dollar-Hausse führt Delors vor allem auf das starke amerikanische Budgetdefizit und den Kapitalbedarf der stark expandierenden US-Unternehmen sowie darauf zurück, daß die Entwicklungsländer zur Finanzierung ihrer Zahlungsbilanzdefizite und ihrer Schuldenamortisierung in gewaltigem Maße Dollars nachfragen. Demgegenüber habe sich das Dollar-Angebot wegen der schwindenden Zahlungsbilanzüberschüsse der Opec-Staaten infolge zurückgehender Ölexporte vermindert.

Dazu kommt eine spekulative Dollar-Nachfrage, die sich auf die weitere US-Expansion und auf die pessimistische Einschätzung der weltpolitischen Lage stützt, sagte Delors. „Der Dollar ist ein Fluchtwert in dem gleichen Maße geworden, wie es früher das Gold war." Beim Auftreten der geringsten internationalen Spannungen würde jetzt der Dollar-Kurs anziehen. Dies sei eine für die Weltwirtschaft unerträgliche Konstellation.

Für Frankreich hat die Dollar-Hausse nach Delors die Wirkung eines neuen Ölpreisschocks, wenn „der vernünftige Kurs" der US-Währung, den der Minister auf 6,70 bis 7,60 Franc beziffert, „stark und permanent" übertroffen wird. Gestern wurde der Dollar in Paris (nach vorübergehend 8,68 Franc) mit 8,59 Franc notiert. Ein Kursanstieg des Dollar (gegenüber dem Franc) von 10 Prozent bedeutet ein Schrumpfen der Kaufkraft um 0,5 Prozentpunkte. Trotzdem beabsichtige die französische Regierung vorerst keine Verschärfung ihrer Austerity-Politik.

Nach Angaben des Nationalinstituts für Statistik (INSEE) führt in Frankreich jede Dollar-Hausse um zehn Prozent sogar zu einer zusätzlichen Inflation von 0,6 Prozentpunkten. Das ist mehr als in anderen Ländern. Denn Frankreich muß seine Importe zu 30 Prozent in Dollar bezahlen. Weitere 20 Prozent der Importe sind indirekt mehr oder weniger stark vom Dollar-Kurs abhängig. Am Bruttosozialprodukt gemessen, erreicht der Einfluß des Dollar-Kurses mehr als 20 Prozent.

Außerdem wirkt sich die Dollar-Hausse auf die französische Handelsbilanz besonders negativ aus. Steigt der Kurs um zehn Prozent, dann kostet das bei mengenmäßig unveränderten Einfuhren zehn bis 15 Milliarden Franc im Jahr mehr. Dieser Nachteil wird durch den Vorteil verbesserter Exportchancen nicht voll kompensiert.

Begünstigt wird nämlich im wesentlichen nur die Ausfuhr von Champagner, Cognac, Wein und Parfum. Bei fast allen anderen Exportartikeln steht Frankreich in starker Konkurrenz mit Ländern, deren Ausfuhr in die USA von der Dollar-Hausse im gleichen Maße profitiert. Das gilt insbesondere für die Bundesrepublik.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Kuhhandel um Agrarpolitik geht in die nächsten Runden

WILHELM HADLER, Brüssel

Auch die Sorge um den Fortbestand des gemeinsamen Agrarmarktes macht es den EG-Regierungen nicht leichter, ihren Landwirten finanzielle Opfer aufzubürden. Eine Beispiel lieferte gestern im Brüsseler Ministerrat die (ergebnislose) Debatte über die Verlängerung einiger agrarpolitischer Strukturrichtlinien der Gemeinschaft.

Trotz grundsätzlicher Bekenntnisse zur geplanten EG-Reform trat die Mehrheit der Delegationen dafür ein, die Ende 1983 ausgelaufenen Förderungsbestimmungen unverändert um sechs Monate zu verlängern, während die EG-Kommission mit deutscher, dänischer, holländischer und luxemburgischer Zustimmung forderte, von sofort an alle Mittel für die Aufstockung der Milchproduktion zu sperren.

Offenbar soll nach dem Willen der meisten EG-Partner für die Abschaffung dieser Beihilfen im Rahmen des allgemeinen „Kuhhandels" um eine neue Agrarstrukturpolitik entschieden werden. Vorschläge dafür hat die EG-Behörde bereits vorgelegt. Überrascht hat jedenfalls, daß sogar die Briten, die stets ein besonderes Interesse an der Reform der Landwirtschaftspolitik vorgeben, zu den „Bremsern" gehörten.

Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle bezeichnete es als eine Sache der Glaubwürdigkeit, daß der Rat nicht einerseits Geld für neue Kuhställe gewähre, während er sich auf der anderen Seite darum bemühe, die Preisgarantien für die Milcherzeugung von 104 auf 97 Millionen Tonnen einzuschränken.

Wie zu erwarten war, brachte die politische Aussprache der Minister über die Folgerungen aus dem gescheiterten Athener EG-Gipfel noch keine Festlegungen in der Sache. Allerdings einigten sich die Ressortchefs auf einen ehrgeizigen Zeitplan für die Wiederaufnahme der Reformverhandlungen. Die französische Präsidentschaft will bei den Beratungen so weit wie möglich auf den beim Europäischen Rat erreichten Stand der Diskussion aufbauen. Obwohl das Agrardossier wieder voll bei den Fachministern liegt, werden endgültig die Entscheidungen über die besonders umstrittenen Fragen wahrscheinlich nur im Zusammenhang mit den Finanz- und Beitragsproblemen der EG getroffen werden können.

Zunächst soll eine „High-level-Gruppe" von Staatssekretären über die Einsparungsmöglichkeiten bei Milch und einigen bisher noch nicht näher untersuchten Erzeugnissen nachdenken, während sich der Brüsseler Sonderausschuß Landwirtschaft mit den in der kommenden Woche erwarteten Preisvorschlägen der Kommission befassen soll. Als Termine für die nächste Ratssitzung wurden der 6./7. sowie der 26./27. Februar und der 12./13. März festgelegt. Schon die erste Zusammenkunft soll – wie Präsident Michel Rocard ankündigte – eine Nachtsitzung werden.

Das Milch-Risiko

Von HEINZ HECK

Nehmen wir einmal an, der EG-Ministerrat hätte zum 1. Januar 1984 eine Milchsubvention beschlossen, die die Steuerzahler der Gemeinschaft mit jährlich 25 Milliarden Mark belasten würde. Ein Aufschrei der Empörung über einen solchen Skandal ginge nicht nur durch deutsche Lande.

Zu diesem Skandal ist es nicht gekommen. Das war auch nicht mehr möglich. Denn wir haben ihn bereits seit Jahren: Jahr für Jahr fließen immer neue Rekordsummen in eine durch falsche Preissignale künstlich überhöhte Milchproduktion. Die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AgV) hat die Subventionen in der Milchwirtschaft für 1983 – bei einem Umsatz von rund 70 Milliarden Mark – jetzt auf „mindestens" 25 Milliarden beziffert, „die im Preis versteckten Summen" nicht gerechnet.

Wenn immer die AgV ihre Berechnungen vorlegt, gibt es Routinewiderspruch der grünen Front. Von noch größerem Interesse ist vielleicht, was ein so unverdächtiger Zeuge wie der Präsident der EG-Kommission, Gaston Thorn, dazu sagt: „Wenn die Europäische Gemeinschaft heute für 100 Ecu – das sind rund 225 DM – Milcherzeugnisse produziert, dann muß der europäische Steuerzahler dazu fast 20 Ecu – also rund 45 DM – beisteuern... Wenn die Milcherzeugung um ein Prozent steigt, wachsen die Überschüsse um elf Prozent, und eine Mehrausgabe von 250 Millionen Ecu (675 Millionen DM) zu Lasten des Steuerzahlers wird fällig. Diese Entwicklung muß gestoppt werden."

Dieser Meinung ist auch Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg. Er sieht vor allem die Gefahr, daß seine respektablen Anfangserfolge in der Haushaltskonsolidierung durch eine falsche und verschwenderische Agrarpolitik zunichte gemacht werden.

Unmißverständlich sagte er am Montag in Kiel: „Es ist nicht vertretbar, daß die Mitgliedstaaten ihren Bürgern hohe Konsolidierungsopfer zumuten, während gleichzeitig der Gemeinschaftshaushalt ungebremst expandiert." Zu den Forderungen nach Aufstockung der Gemeinschaftsmittel fügte er hinzu: „Erst im Zusammenhang mit den geplanten Beitritten von Spanien und Portugal, die zusätzliche Kosten verursachen werden, kann an eine begrenzte Erhöhung der Eigenmittel der Gemeinschaft gedacht werden." Für alle Beteiligten müsse „klar sein, daß es ohne eine geordnete Finanzwirtschaft keine gesunde Weiterentwicklung der EG geben kann". In einer Gemeinschaft sei auf Dauer „eine grob ungleichgewichtige Belastung von Mitgliedstaaten nicht hinnehmbar". Daher müßten wirksame Obergrenzen der Nettozahlungen (vor allem für London und Bonn) festgelegt werden.

Nach den Fehlschlägen der EG-Gipfel in Stuttgart und Athen fragt es sich, wie diese klaren Grundsätze in die Tat umzusetzen sind. Wenn die EG nicht die Kraft zu einer durchgreifenden Reform ihrer Agrarpolitik aufbringt, ist ihre Existenz in Frage gestellt. Denn die Kosten dieser Agrarpolitik zerrütten das Finanzsystem.

In einem lesenswerten Beitrag hat Professor Ulrich Koester, Kiel, diese Reform in einem Buch („Wie es zu schaffen ist", herausgegeben von Herbert Giersch) skizziert und die skandalösen Mißstände bloßgelegt. Die bisher verfolgte Politik der Preisstützung auf zu hohem Niveau in Verbindung mit Absatzgarantien führt nicht nur zu weiterer Ausgabenexplosion (in der Vergangenheit Verdoppelung alle fünf Jahre), sondern auch wachsenden Schwierigkeiten in der Handelspolitik und Fehlentwicklungen auf dem Arbeitsmarkt (falsche Preissignale locken Landwirte über die falsche Berufswahl in die „Falle" und zementieren zugleich wachsende Subventionsansprüche in die Zukunft).

Würde man sich zu direkten Einkommensübertragungen durchringen, die sich auf die sozial Bedürftigen beschränken (wie etwa beim Arbeitslosengeld) und nicht – wie bei der Preisstützung – die Großen stärker fördern als die Kleinen, wären die Kosten ungleich geringer. Doch das setzte, um eine klare Bonner Linie zu ermöglichen, auch beim Ernährungsminister Einsichten in volkswirtschaftliche Zusammenhänge voraus. Doch dieser zieht es vor, wie ein Bauernverbandspräsident zu argumentieren. Symptomatisch vielleicht, daß dieser einmal als Ministerkandidat im Gespräch war.

AUF EIN WORT

„Es ist höchste Zeit, den Wendekreis des Krebsens zu verlassen."

Edgar Georg, Vorsitzender der Landesvereinigung rheinland-pfälzischer Unternehmerverbände
FOTO: WOLFGANG EILMES/DPA

Benzinverbrauch nahm leicht zu

AP, Eschborn

Der Absatz von Mineralölprodukten in der Bundesrepublik ist von Januar bis Oktober 1983 im Vergleich zu 1982 insgesamt um 0,9 Prozent auf 86,9 Millionen Tonnen zurückgegangen. Das teilte das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft in Eschborn mit. Der größte Absatzrückgang ergab sich wiederum beim schweren Heizöl. Hier seien mit 9,3 Millionen Tonnen 21,2 Prozent weniger verbraucht worden. Die Nachfrage nach leichtem Heizöl habe sich im gleichen Zeitraum um 0,2 Prozent auf 27,6 Millionen Tonnen verringert; der Inlandsabsatz von Dieselkraftstoff sei dagegen um 2,7 Prozent auf 11,6 Millionen Tonnen gestiegen. Leicht auf 19,2 Millionen Tonnen zugenommen hat der Verbrauch von Motorenbenzin (plus 1,6 Prozent gegenüber den ersten zehn Monaten 1982).

STRUKTURBERICHT HWWA

Wichtige Branchen haben Weltmarktanteile verloren

rtr, Hamburg

Eine abnehmende wirtschaftliche Dynamik registriert das Hamburger HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung für die Bundesrepublik Deutschland. Bedenklich sei, daß mit Ausnahme des Automobilbaus gerade in den großen Exportbranchen Chemie, Elektrotechnik und insbesondere Maschinenbau überdurchschnittliche Marktanteilsverluste zu verzeichnen seien, heißt es im „Strukturbericht 1983", den das Institut im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums erstellte und am Dienstag veröffentlichte.

Dem stünden Branchen gegenüber, die relativ günstig abgeschnitten hätten. Sie zählten jedoch nicht zu den Zweigen, deren Erfolge im Hinblick auf die Entwicklungstendenzen der internationalen Arbeitsteilung von Dauer sein dürften. Die Bedeutung der Bundesrepublik als Anbieter habe deutlich abgenommen. Dies gilt nach Ansicht des Instituts sowohl für Güter der Spitzentechnologie als auch für Güter mit gehobener Technologie.

Bei Gütern von Spitzentechnologie, so das HWWA, sei die Bundesrepublik sogar zum Nettoimporteur geworden. Es bestehe die Gefahr, daß sie sich nun verstärkt auf jenen Märkten behaupten müsse, auf denen nicht Qualitäts-, sondern Preiskonkurrenz vorherrsche, die zudem durch Protektionismus und Subventionen verzerrt seien. Der Versuch, durch gezielte Subventionen stark technologie-intensive Projekte zu fördern, habe sich oft als Fehlschlag erwiesen.

MÖBELWIRTSCHAFT

Nach der Talfahrt Hoffnung auf langen Aufschwung

JOACHIM GEHLHOFF, Köln

Vier gute Jahre brauche die deutsche Möbelwirtschaft, um den in der langen Flaute von 1980 bis 1982 erlittenen Verlust an Geschäftsvolumen wieder aufzuholen. Übereinstimmende Hoffnung, daß dies auch gelingen könnte, zeigen die Vertreter von Industrie und Handel zum Auftakt der Internationalen Möbelmesse in Köln (17. bis 22. Januar), die mit 1401 Ausstellern, knapp 51 Prozent Ausländeranteil und einer erstmals über 100 000 erwarteten Zahl von Fachbesuchern eine „Rekordmesse" werden soll.

Die Wende aus der Flaute hat in dieser stark von der Konsumentenstimmung abhängigen Branche bereits mit dem Regierungswechsel im Herbst 1982 begonnen. In ersten Hochrechnungen für 1983 erwartet die Industrie (1441 Betriebe mit 136 850 Beschäftigten) ein Umsatzplus von nominal 4,3 und real zwei Prozent, der Handel (5000 Betriebe) nominal sechs und real drei Prozent.

Etwas deutlicher soll die Erholung 1984 ausfallen, wobei die erwarteten realen Plusraten zwischen drei und fünf Prozent schwanken.

In der Möbelindustrie, deren Gesamtumsatz 1983 gut 21 Milliarden Mark erreicht haben dürfte, ist nach Auskunft der Verbandssprecher der Abschmelzprozeß der Betriebs- und Beschäftigtenzahl seit einem Vierteljahr zum Stillstand gekommen, wenngleich die durchschnittliche Kapazitätsauslastung erst wieder bei 75 bis 80 Prozent liege. Besser als im letzten Jahr mit nur zwei Prozent nominalem Plus werden nun auch die Chancen im Export eingeschätzt.

Einen Strukturwandel im moderaten Aufschwung erwartet der Möbelhandel: Vormarsch der servicearmen Großanbieter und der beratungsintensiven „Einrichtungsspezialisten", Einbußen bei kleinen und mittleren Händlern, deren Sortiment sich nicht vom Großanbieter unterscheidet, aber teurer ist.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Dollarkurs wurde leicht zurückgenommen

Frankfurt (cd.) – Der Dollarkurs, der am Montagabend in New York trotz vorangegangener massiver Interventionen der Bundesbank bis auf 2,85 Mark gestiegen war, hat sich gestern erstmals wieder etwas deutlicher abgeschwächt. Der amtliche Frankfurter Kurs wurde mit 2,8235 Mark um fast einen Pfennig niedriger notiert als am Montag, und bei Geschäftsbeginn in New York am frühen Nachmittag verstärkte sich der Rückgang bis auf 2,8020 Mark. Die Bundesbank hat lediglich an der Börse einen mittelgroßen Betrag von 42 Millionen Dollar verkauft. Außerhalb der Börse wurden keine Interventionen beobachtet. Offensichtlich hatte das Eingreifen am Montag die Haussespekulationen verunsichert und zu Gewinnrealisation animiert. Für Spekulationen über eine Erhöhung des Lombardsatzes zum Abbremsen der Dollarhausse ließen sich in der Bundesbank keine Anhaltspunkte finden. Trotzdem tendierten Renten und Aktien schwächer.

Hoechst: Keine Aufkäufe

Frankfurt (VWD) – Weitere Aufkäufe von Hoechst-Aktien von kuwaitischer Seite werden von der Hoechst AG als „reine Spekulation" bezeichnet. Für solche Käufe gebe es „keinerlei Anhaltspunkte", erklärt das Unternehmen zur Veröffentlichung eines Frankfurter Börsenbriefes, nach der die Kuwaitis in Begriff seien, ihre Hoechst-Beteiligung von 24,9 Prozent allmählich auf über 50 Prozent aufzustocken. „Von allen Zukäufen über 25 Prozent hinaus müßten wir und auch das Bundeskartellamt wissen", betonte ein Hoechst-Sprecher. Im übrigen seien die festen Hoechst-Kurse angesichts der besseren Gewinnentwicklung bei dem Chemiekonzern in letzter Zeit keineswegs eine Überraschung.

NRW-Anleihe

Düsseldorf (dpa/VWD) – Das Land Nordrhein-Westfalen hat am Montag eine weitere Anleihe über 800 Millionen Mark begeben. Sie ist mit einem Nominalzins von 8,25 Prozent bei einer Laufzeit von acht Jahren ausgestattet und wird von einem Bankenkonsortium unter Führung der Westdeutschen Landesbank übernommen. Das teilte das Düsseldorfer Finanzministerium mit. 600 Millionen Mark des Anleihebetrages werden von dem Bankenkonsortium in der Zeit vom 11. Januar bis zum 13. Januar zum börsenumsatzsteuer- und spesenfreien Kauf angeboten. Der Rest wird zur Kurspflege zurückgehalten. Vom 16. Januar an wird die Anleihe an allen acht deutschen Wertpapierbörsen eingeführt. Bei einem Ausgabekurs von 99,5 Prozent ergibt sich eine Rendite von 8,34 Prozent.

Neue Amexco-Kreditkarte

Frankfurt (cd.) – Die American Express geht mit einer neuen Kreditkarte an den hart umkämpften Plastikkarten-Markt in der Bundesrepublik. Das zusätzliche Leistungsangebot der „Gold Card" (Jahresgebühr 300 Mark, Aufnahmegebühr 150 Mark), die für Bezieher von Bruttoeinkommen von über 120 000 Mark im Jahr gedacht ist, umfaßt u. a. Fluggastversicherung mit bis zu 500 000 Mark Deckungssumme, Auslandskrankenversicherung sowie Notfall- und Rückführversicherung und Kraftfahrzeugschutz bei Pannen und Unfällen.

Kreditregeln des IWF

Washington (dpa/VWD) – Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat die für 1984 gültigen, eingeschränkten Regeln für den Zugang zu seinen Krediten veröffentlicht. Nach den neuen Regeln können Kreditlinien zur Bewältigung von Zahlungsbilanzproblemen, die mit Sanierungsprogrammen verbunden sind, jetzt pro Jahr nur noch mit 102 Prozent oder in Härtefällen mit 125 Prozent und für drei Jahre mit 306 oder 375 Prozent der Quote (Kapitalanteil) in Anspruch genommen werden. Bisher waren es 150 für ein Jahr und 450 Prozent für drei Jahre. Für Kredite zum Ausgleich von plötzlichen Exporterlösausfällen gelten 83 Prozent der Quote statt bisher 100 Prozent.

SCHNELLER BRÜTER

Zusammenarbeit in Europa hilft Kosten senken

HEINZ HECK, Bonn

Die Bundesregierung begrüßt die gestern in Paris unterzeichnete Vereinbarung mit Belgien, Großbritannien, Frankreich und Italien über eine verstärkte Zusammenarbeit beim Bau des Schnellen Brüters. Denn eine nationale Entwicklung von Schnellen Brütern sei „nicht sinnvoll", erklärte Forschungsminister Riesenhuber. Für die Brüter-Entwicklung stehe mehr Zeit zur Verfügung, als man ursprünglich angenommen habe. Durch koordinierte Anstrengungen könne Geld gespart werden.

Auch am Schnellen Brüter in Kalkar, dessen Weiterbau jetzt gesichert ist, sind Belgien und Holland sowie britische Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU) beteiligt. Außerdem gab es schon bisher Vereinbarungen mit Frankreich und Italien über den Bau des größten Brüters der Welt, den Super-Phénix. Ziel der gestern getroffenen Vereinbarung sei es, eine breitere politische Basis für die gemeinsame Weiterentwicklung der Brüter-Technologie in Europa zu schaffen.

Die Vereinbarung sieht nicht nur eine enge Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Regierungen vor. Sie bildet vielmehr auch den Rahmen für Abmachungen zur Reaktorentwicklung zwischen Forschungseinrichtungen und Reaktorindustrie der beteiligten Länder. Auch beim Brüter-Brennstoffkreislauf ist eine Zusammenarbeit vorgesehen. Darüber hinaus soll der Ausbau wechselseitiger Kapitalbeteiligungen zwischen den verschiedenen EVU Europas mit dem Ziel des gemeinsamen Baus von Schnellen Brütern angeregt werden.

HANDEL / Großgeräte bringen dem Warenhaus Probleme mit der Rendite

„Am besten auf der grünen Wiese"

HANNA GIESKES, Bonn

„Wir machen kräftig weiter, denn für uns ist das eine profitable Sache." So reagiert das Management der Kaufhof AG auf die Entscheidung des Warenhaus-Konkurrenten Horten, sich von den Elektro-Großgeräten zu trennen. Auch bei Hertie werden Waschmaschinen, Kühlschränke, Gefriertruhen, Geschirrspüler und Elektroherde „weiterhin Bestandteil unseres Sortiments" sein. Der Karstadt-Sprecher räumte indes ein, „daß an den Großgeräten nicht besonders gut verdient wird". Mehr könne er nicht sagen, „denn das ist vorläufig ein ungelegtes Ei".

Daß auch die anderen Warenhaus-Konzerne daran brüten, ist allen gegenteiligen Behauptungen zum Trotz nicht unwahrscheinlich. Branchenkenner behaupten jedenfalls, daß diese Großgeräte „am besten im Verbrauchermarkt auf der grünen Wiese" vertrieben werden können – abgesehen vom Fachhandel, der sogar eine leichte Belebung registriert. Im innerstädtischen Warenhaus hingegen „nehmen diese Geräte viel zuviel teuren Platz weg". Hinzu kämen die Kosten für Klimatisierung und Rolltreppen, „die im Flachmann am Stadtrand eben nicht anfallen". Belastend wirke sich außerdem die sehr geringe Umschlagsgeschwindigkeit dieser Produkte aus.

Die Horten AG verkauft Elektrogeräte auf insgesamt 10 000 Quadratmetern. Damit erreichte sie im vergangenen Jahr einen Umsatz von rund 93 Millionen Mark – 51 Millionen davon kamen aus Kleingeräten vom Föhn bis zum Staubsauger, die restlichen 42 Millionen Mark steuerten die Großgeräte bei. „Das bedeutet aber nicht, daß wir auf diesen Umsatz ganz verzichten wollen", betont Horten-Sprecher Hans-Heinrich Campen. Da die bisher den Großgeräten zugewiesenen 4000 Quadratmeter Verkaufsfläche vollständig für die Kleingeräte reserviert werden, „sollte deren Umsatz eigentlich um zehn Millionen Mark steigen".

Im Fachhandel ist man „natürlich nicht unglücklich" über Hortens Abschied von den Großgeräten des weißen Sortiments. Leise Befürchtungen bestehen indes im Hinblick auf die Ankündigung, daß die Trennung am ersten Juli dieses Jahres vollzogen sein soll, „denn es ist ja möglich, daß die ihre Bestände jetzt zu Schleuderpreisen ausverkaufen".

In der Düsseldorfer Horten-Zentrale wird dies weder bestätigt noch bestritten. „Wir müssen uns da ganz nach den örtlichen Marktverhältnissen richten", heißt es, und die seien eben zwischen Flensburg und Kempten sehr unterschiedlich. Campen betont jedoch, „daß der Wettbewerb in diesem Markt außerordentlich hart ist". Das allerdings läßt den Schluß auf ordentliche Preissenkungen zu.

FRANKREICH

Personalabbau im Bergbau

J. Sch. Paris

Eine Förderkürzung um 400 000 Tonnen und die Beseitigung von 2000 Arbeitsplätzen hat jetzt die staatliche Charbonnages de France (CdF) im nordfranzösischen Revier (Nord-Pas-de-Calais) für 1984 angekündigt. Dieser Plan stößt auf den energischen Widerstand der kommunistischen CGT-Gewerkschaft, die nach wie vor eine Steigerung der in höchstem Maße unrentablen französischen Kohlenproduktion fordert. Der Belegschaftsabbau soll durch vorzeitige Pensionierungen vorgenommen werden. Bei der Automobilgesellschaft Talbot, dem Präzedensfall für die mit Entlassungen verbundenen „industriellen Mutationen" wurden gestern zwischen Sozialpartnern und Regierungsvertretern die näheren Bedingungen eines Sozialplans verhandelt. Die Verwaltung will in dem durch den Aufstand von Ende letzter Woche stark lädierten Werk von Poissy (über acht Millionen Franc Schäden) den Betrieb bis zum nächsten Dienstag wiederaufnehmen. Während die CGT ihren Streik inzwischen abgeblasen hat, setzte die sozialistische CFDT-Gewerkschaft ihren Streikaufruf nur für die Verhandlungsdauer aus.

SCHWEDEN / Regierung legt Haushalt und Wirtschaftsplan für 1984 vor – Schuldzinsen größter Ausgabeposten

Stockholm will Leistungsbilanzdefizit reduzieren

REINER GATERMANN, Stockholm

Größter Ausgabeposten im schwedischen Staatsbudgetentwurf für das Haushaltsjahr 1984/85 (1. Juli) sind mal wieder die Schuldzinsen. Sie wachsen zwar umgerechnet „nur" um 1,2 auf 19,5 Milliarden Mark gegenüber einem Zuwachs von 3,8 Milliarden in 1983/84, sie übertreffen jedoch die Ausgaben für Volkspensionen und Krankenversicherung um 4,7 und für die Verteidigung um 12,1 Milliarden. Insgesamt weisen sowohl der Haushalt als auch der Gesamtwirtschaftsplan für 1984 einige positive Trends auf, unter anderem sinkt der Fehlbetrag im Budget real und das Leistungsbilanzdefizit kann dank einer günstigen Exportentwicklung erheblich abgebaut werden.

Aufgrund der positiven internationalen Konjunkturentwicklung und der 16-Prozent-Abwertung der Schweden-Krone im Herbst 1982 hat Schwedens Industrie ihr Exportvolumen 1983 um zehn Prozent aufstokken können und damit auch Marktanteile zurückerobert. Dieser Aufschwung, der einen Anstieg der Industrieproduktion von real 4,5 Prozent zur Folge hatte, führte dazu, daß ein Importüberhang im Güterverkehr von 1,74 Milliarden Mark (1982) in einen Exportüberschuß von 3,3 Milliarden im vergangenen Jahr verwandelt werden konnte. Für 1984 rechnet Finanzminister Kjell Olof Feldt mit einem weiteren Anstieg der Industrieproduktion um sechs Prozent sowie mit einem Außenhandelssaldo von plus 3,6 Milliarden bei einer Exportzunahme um fünf Prozent. Diese über Erwarten günstige Entwicklung sorgte schließlich auch dafür, daß der Fehlbetrag in der Leistungsbilanz von 6,75 auf 1,83 Milliarden Mark reduziert werden konnte und eine weitere Verringerung auf 1,56 Milliarden prognostiziert wird. Im Finanzministerium sieht man nun ein Außenwirtschaftsgleichgewicht in Reichweite. Im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt fiel das Leistungsbilanzdefizit von 3,6 auf 0,9 Prozent (1983) und in diesem Jahr sollten es 0,7 Prozent werden.

Erstmals seit vier Jahren, in denen die Industrieinvestitionen um 30 Prozent zurückgingen, dürften sie 1984 wieder zunehmen; erwartet wird ein Plus von acht Prozent oder 5,1 Milliarden Mark. Für die Gesamtwirtschaft ist ein Zuwachs von 9,4 Prozent auf 15,8 Milliarden prognostiziert, die Investitionen im öffentlichen Sektor, einschließlich dem Wohnungsbau, werden jedoch weiter schrumpfen. Wuchs das Bruttosozialprodukt 1983 um 1,9 Prozent, so sind für 1984 2,6 Prozent veranschlagt.

Der Budgetentwurf weist für 1984/85 bei Einnahmen von 74,7 Milliarden Mark (plus 2,2 Milliarden) und Ausgaben von 102 Milliarden (plus 0,7 Milliarden) einen Fehlbetrag von 27,3 Milliarden aus, gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr ein Anstieg um 1,4 Milliarden. Damit geht der Anteil des Defizits am Bruttosozialprodukt von 13,4 Prozent in 1982 über 12,5 auf 10,8 Prozent in diesem Jahr zurück und die öffentlichen Ausgaben nehmen nach den Berechnungen des Finanzministeriums in diesem Jahr real um lediglich 0,5 Prozent zu, so daß ihr Anteil am Bruttosozialprodukt von 68,1 auf 66,6 Prozent sinkt.

Schwedens Auslandsschuld wird weiter wachsen. Zur Finanzierung des Haushaltsdefizits und zur Dekkung des Fehlbetrages in der Leistungsbilanz sind einschließlich der Wechselkursverluste nach Berechnungen des Finanzministers drei bis 4,5 Milliarden Mark erforderlich. Angesichts der Refinanzierung auslaufender Auslandsdarlehen erwartet Lars Kalderen, Chef des Reichsschuldenamtes, für 1984 auf dem internationalen Kapitalmarkt einen Betrag von etwa sechs Milliarden Mark aufzunehmen. Damit dürften die Auslandsverpflichtungen Schwedens in diesem Jahr auf knapp 45 Milliarden Mark anwachsen, während die staatliche Gesamtschuld 155 Milliarden überschreiten dürfte.

Finanzminister Kjell Olof Feldt will künftig stärker als bisher Finanzierungsquellen außerhalb der Banken in Anspruch nehmen, nicht zuletzt die privaten Haushalte, um damit einen weiteren inflationshemmenden Effekt zu erreichen. Das Ziel des Ministers ist es, gegen Ende 1984 die Teuerungsrate auf vier Prozent zu drücken, nach neun Prozent in 1983. Nur wenn dieses erreicht wird, ist eines der Hauptziele realisierbar, nämlich die Erhaltung der durch die Abwertung gewonnenen günstigen Wettbewerbssituation der Industrie und damit eine weitere positive Entwicklung der Außenwirtschaft. Dazu soll auch eine restriktive Finanzpolitik auf dem Binnenmarkt beitragen.

Verhindert werden kann dieses Ziel vor allem durch die Lohn- und Gehaltsforderungen der Gewerkschaften; bisher besteht eine Differenz zwischen ihnen und dem, was der Minister für akzeptabel hält, von zirka fünf Prozent.

LATEINAMERIKA / Mahnung an Gläubiger

Gegen Konfrontationskurs

dpa/VWD, Quito

Ohne ein größeres Verständnis der Gläubigerländer für die Entwicklungsprobleme Lateinamerikas ist es kaum möglich, die gegenwärtige schwere Wirtschaftskrise der Region zu überwinden. Das erklärte der Exekutivsekretär der UNO-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL), Enrique Iglesias, am Montag zu Beginn der einwöchigen Wirtschaftskonferenz in Quito, an der Vertreter von rund 30 lateinamerikanischen und karibischen Staaten teilnehmen. Die gesamten Auslandsschulden dieser Staatengruppe werden gegenwärtig auf über 300 Milliarden Dollar (rund 850 Milliarden Mark) beziffert. Iglesias wies darauf hin, daß von den in den vergangenen drei Jahren gewährten Krediten allein 40 Prozent für die Zinszahlungen früherer Schulden verwendet werden mußten.

Lateinamerika hat nach Ansicht von Iglesias nur dann eine Chance, seine Lage zu verbessern, wenn alle Länder dieses Erdteils Einmütigkeit zeigen und so „ihre Verhandlungsposition verbessern". Nur so sei es möglich, die ausländischen Gläubiger zu einer Revision der Kredit-Konditionen zu bewegen, die längere Zahlungszeiträume, niedrigere Zinsen und mehr Freijahre vorsehen müßte. Man müsse auch die Möglichkeit prüfen, ob ein Teil der Schulden nicht in langfristige Kredite umgewandelt werden könne.

Der CEPAL-Exekutivsekretär machte jedoch deutlich, daß dieses „legitime Interesse" Lateinamerikas keinesfalls mit einem Kurs der Konfrontation gegenüber den Industriestaaten gleichgesetzt werden dürfe. Wichtig sei vor allem, die Schuldenrückzahlung der einzelnen Staaten an deren Exportfähigkeit zu koppeln. In einem Arbeitspapier, das von der CEPAL und dem Lateinamerikanischen Wirtschaftssystem (SELA) ausgearbeitet wurde, heißt es, die Schuldenlast dürfe keinesfalls 25 Prozent der Exporterlöse eines Jahres überschreiten.

Der Präsident der Lateinamerikanischen Wirtschaftskonferenz, Aberlardo Pachano aus Ecuador, wies darauf hin, daß sich das Bruttosozialprodukt der Länder der Region 1983 erneut um drei Prozent verringert habe. Gleichzeitig sei die Inflation auf durchschnittlich 130 Prozent gestiegen. Trotzdem seien aus Lateinamerika 1983 noch 30 Milliarden Dollar in andere Länder transferiert worden.

MITTELSTÄNDISCHE UNTERNEHMEN / Umfrage

Optimismus überwiegt

HEINZ STÜWE, München

Die mittelständische Wirtschaft geht mit sehr viel größerem Optimismus ins neue Jahr als vor zwölf Monaten. Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung beurteilt sie zwar überwiegend positiv, die Zahl der Unzufriedenen ist allerdings recht hoch. Das sind die wesentlichen Ergebnisse einer Umfrage der Vereinigung Mittelständischer Unternehmer (VMU), an der sich 508 Betriebe des industriellen Mittelstandes aus Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz beteiligten.

Bereits 15,9 Prozent der Befragten halten ihre Geschäftslage wieder für „gut". Anfang 1982 waren es nur 2,9 Prozent. Die Note „mäßig" vergeben aber immerhin noch fast drei Viertel der Unternehmen. Die übergroße Mehrheit setzt ihre Hoffnungen auf die unmittelbare Zukunft: Fast 70 Prozent glauben, daß sich die wirtschaftliche Lage in den nächsten neun Monaten verbessern wird. Im Vorjahr teilte nur ein knappes Drittel diese Hoffnung. Mit einer Verschlechterung der Konjunktur in diesem Jahr rechnen 16 Prozent.

Hinsichtlich der Konsequenzen aus dieser positiven Einschätzung sind die Unternehmen vorsichtig. Bei fast drei Viertel der Befragten liegt der Schwerpunkt der Investitionen klar auf Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen. Und nicht einmal jeder zehnte Unternehmer plant Neueinstellungen, die Mehrzahl (64 Prozent) geht von einer unveränderten Beschäftigungssituation aus.

Eine Senkung der Ertragssteuern und die Einführung einer mittelfristigen Investitionsrücklage stehen auf der Wunschliste des Mittelstands obenan. Sie werden einer Anhebung der Abschreibungssätze für Gebäude sowie der Grenze für geringfügige Wirtschaftsgüter vorgezogen. Ebenfalls nicht vorrangig eingestuft wurde die Beseitigung von Investitionshemmnissen.

DIAMANTEN / Die Nachfrage hat sich wieder belebt

Hohe Qualitäten immer beliebter

WILHELM FURLER, London

Am Weltmarkt für Diamanten hat sich die Lage im vergangenen Jahr deutlich verbessert. Bereits 1982 hatte nach einem rund drei Jahre anhaltenden und zum Teil scharfen Abwärtstrend eine Nachfrage-Belebung eingesetzt. Sie hat sich nach Angaben des Marktführers De Beers, durch dessen Verkaufsorganisation CSO (Central Selling Organisation) mehr als 80 Prozent der Weltförderung von Rohdiamanten vermarktet werden, im letzten Jahr erheblich verstärkt. Dies gilt in erster Linie für den mit Abstand größten Markt für Diamanten, die USA, aber auch, wenngleich nicht ganz so ausgeprägt, für den drittgrößten Markt, die Bundesrepublik.

Insgesamt hat die CSO im vergangenen Jahr ungeschliffene Schmuck- und Industrie-Diamanten für 1,599 Milliarden Dollar verkauft, immerhin 27 Prozent mehr als 1982. Nach einer alle Erwartungen übertreffenden ersten Hälfte 1983, in der die Verkäufe der CSO an rohen Schmuck- und Industrie-Diamanten von 624 Millionen Dollar in der ersten Hälfte des Vorjahrs bzw. von 633 Millionen Dollar in der zweiten Hälfte 1982 auf 887 Millionen Dollar stiegen, gingen die Verkäufe trotz eines zum Teil „extrem guten" Weihnachtsgeschäftes bei Schmuckdiamanten in der zweiten Hälfte vergangenen Jahres auf 712 Millionen Dollar zurück.

Dennoch ist man bei De Beers einigermaßen optimistisch über die weitere Entwicklung. Unverkennbar ist nach Angaben der Geschäftsführung ein Trend zu Steinen höherer Qualität. Er habe sich bereits im Laufe des vergangenen Jahres angedeutet und sei im Weihnachtsgeschäft vor allen in den USA bestätigt worden. Neben einer unverändert starken Nachfrage nach sehr kleinen und vergleichsweise billigen Steinen von bis zu maximal 1000 Dollar je Karat waren vor allem Diamanten der teureren Kategorie von zwischen 2000 bis 5000 Dollar je Karat gefragt.

Eines der bekanntesten Schmuckhäuser der Welt, Tiffany's in New York, berichtet, daß die Verkäufe von Diamanten mit höherer Qualität, also von mehr als einem Karat, im letzten Weihnachtsgeschäft wertmäßig um 40 Prozent über denen im Weihnachtsgeschäft 1982 lagen. Der amerikanische Markt nimmt etwa 35 Prozent der Welt-Diamantenverkäufe auf, gefolgt von Japan und Deutschland.

Während sich das Diamanten-Geschäft in Japan gegenüber 1982 so gut wie nicht verändert hat, ist die Nachfrage in der Bundesrepublik trotz des höheren Dollarkurses gestiegen. Weit besser als erwartet verlief nach Angaben von De Beers auch hier das Weihnachtsgeschäft, das die Verkaufszahlen von Weihnachten 1982 deutlich hinter sich gelassen habe. Und ebenso unübersehbar sei auch in Deutschland der Trend zu Diamanten höherer Qualität.

Für 1984 rechnet De Beers mit einer weiteren „graduellen" Verbesserung der Nachfrage. Dabei hänge vieles von der allgemeinen Konjunkturentwicklung ab.

TEE / Knappes Angebot nach Indiens Exportstopp

Auktion bringt Höchstpreise

WILHELM FURLER, London

Die Preise für Tee haben auch bei der letzten Auktion in London einen außerordentlichen Sprung nach oben gemacht. Der durchschnittliche Preis für Tees höherer Qualität stieg um rund 45 Pence je Kilo auf den neuen Spitzenpreis von 375 Pence, etwa 14,45 Mark. Bereits in der letzten Woche hatte die Teeauktion in London – diese Auktionen finden einmal pro Woche zum Wochenbeginn statt – einen Anstieg des Durchschnittspreises für Tees höherer Qualität um 50 Pence je Kilo auf 330 Pence gebracht.

Mit dem jüngsten Preissprung haben sich in London die Auktionspreise für Qualitätstee seit dem Spätsommer vergangenen Jahres von damals 150 Pence je Kilo um genau 150 Prozent erhöht. London ist abgesehen von Kalkutta das bedeutendste Tee-Handelszentrum, da Großbritannien der größte einzelne Tee-Importeur ist.

Hinter den letzten beiden Preissprüngen um zusammen knapp ein Pfund je Kilo steht die von den indischen Behörden zu Weihnachten erlassene Bestimmung, für drei Monate keinen Tee der sogenannten CTC-Klasse zu exportieren. CTC-Tee (cut, tear and curl – damit wird die Methode der Teeblattverarbeitung zu kleinen Krümeln verstanden, die vor allem in Teebeuteln verwendet werden) ist in den am britischen Markt angebotenen Teemischungen zu mehr als 80 Prozent enthalten. Entsprechend stellt die CTC-Klasse den größten Teil der indischen Tee-Exporte.

Die Regierung in Neu-Delhi hat den Ausfuhrstopp verhängt, um die auch am heimischen Markt stark gestiegenen Teepreise zu drücken. Vor allem die erhebliche Zunahme des indischen Eigenverbrauchs führte zu einem kontinuierlichen Preisanstieg. Verstärkt wurde dieser, weil die Weltvorräte nach den letzten schlechten Ernten und nach einer langen Periode stark gedrückter Marktpreise deutlich geschrumpft sind. Entsprechend ist der Durchschnittspreis für alle Teesorten gestern zum ersten Mal über die 300-Pence-Marke geklettert. Die bisherige Rekordmarke von 269,9 Pence stammt noch von März 1977.

Nach Angaben von Tee-Händlern in London ist das Kaufinteresse trotz des steilen Preisanstiegs „sehr stark" geblieben. Dies dürfte sich allerdings ändern, sobald Indien seinen Exportstopp aufhebt. In Kalkutta wird davon gesprochen, daß dies spätestens mit Beginn der neuen Ernte im März der Fall sein wird. Im übrigen gibt es Anzeichen dafür, daß die Teeproduktion in Indien angehoben wird.

US-Gericht bestätigt Besteuerungs-Recht

AP, Washington

Der Oberste Gerichtshof der USA hat die in Kalifornien angewandte „Einheitsbesteuerung" für rechtens erklärt, nach der ausländische Unternehmen auch für ihre außerhalb der USA erzielten Gewinne in Kalifornien Steuern zahlen müssen. Er wies damit einen Antrag der kanadischen Alcan Aluminium Ltd ab, die sich dagegen gewehrt hatte, daß ihre in Kalifornien tätige Tochtergesellschaft Alcan Corp. dort für den Gesamtgewinn des Mutterkonzerns Steuern zahlen soll. Der Antrag war von den Regierungen Kanadas und Großbritanniens unterstützt worden. Am 27. Juni hatte der Gerichtshof die Anwendung der in insgesamt 23 US-Staaten bestehenden „Einheitsbesteuerung" bereits für amerikanische Unternehmen gebilligt. Eine Klage der niederländischen Shell Petroleum gegen diese Art der Besteuerung war am 5. Dezember nicht zugelassen worden.

TUNESIEN / Ölpreis und Trockenheit drücken die Wirtschaft – Weniger Touristen

„Brotrevolte" verzögert die Erholung

HANSPETER OSCHWALD, Tunis

Der doppelte Preis für Brot und Kuskus, Grundnahrungsmittel der sieben Millionen Tunesier, hat nicht nur blutige Unruhen mit vermutlich über siebzig Toten ausgelöst, sondern auch die wirtschaftlichen Probleme des kleinen Maghreb-Staates offenbart. Die Unruhen der „Brotrevolte" erwischten die Regierung im denkbar ungünstigsten Augenblick, als sich die ersten Zeichen einer Besserung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage abzuzeichnen begannen. Wie stark die materiellen und politischen Schäden die wirtschaftliche Gesundung belasten, ist zur Zeit noch nicht abzusehen.

Tatsächlich war für Tunesien 1983 ein Jahr der beginnenden Sanierung, nachdem für 1982 fast nur schlechte Zahlen gemeldet werden konnten. Das Bruttoinlandsprodukt stieg 1982 nicht wie geplant um fünf, sondern real nur um ein Prozent. 1981 waren es noch 6,5 Prozent gewesen. Die Zahl der Touristen ging um neun Prozent zurück. Die Landwirtschaft nahm um fünf Prozent ab.

Von den im Fünfjahresplan bis 1986 für 1982 vorgesehenen 54 700 neuen Arbeitsplätzen konnten trotz eines Wachstums der Industrie um sechs Prozent nur 46 300 geschaffen werden. Die Auslandsverschuldung stieg in einem Jahr um 25 Prozent. Zur Rückzahlung mußten bereits 14 Prozent der Exporteinnahmen aufgewendet werden. Im Erdölgeschäft, zusammen mit Phosphat der wichtigste Exportbereich, ging der Ertrag um 21 Prozent zurück. Die gesamten Exporteinnahmen sanken 1982 um 6,4 Prozent und erhöhten das Defizit von 633 Millionen auf 783 Millionen Dinar (2,98 Milliarden Mark).

Die seit Jahren schrumpfende Landwirtschaft litt zudem unter dem dritten Jahr schwerer Trockenheit hintereinander. Der traditionelle Dattelexport aus dem sowieso schon armen Süden des Landes verringerte sich noch mehr. Dennoch wurden die Mindestlöhne 1981 und 1982 unter dem Druck zahlreicher Streiks um 30 Prozent erhöht.

Kürzungen in allen Haushalten wurden 1983 unvermeidlich. Der sechste Fünfjahresplan sah noch Investitionen für acht Milliarden Dinar gegenüber nur 7,6 Milliarden Dinar in den zurückliegenden zehn Jahren vor. 300 000 neue Arbeitsplätze sollten ursprünglich bis 1986 geschaffen werden, um die Arbeitslosigkeit in dieser Höhe – vor allem unter den Jugendlichen, die 60 Prozent der Bevölkerung ausmachen – zu beheben.

1983 zwang zu einschneidenden Maßnahmen, wenn das Land trotz der Auslandsverschuldung, die bereits mit rund 2,5 Milliarden Dollar 45 Prozent des Bruttosozialprodukts erreichte, kreditwürdig bleiben sollte. Die Regierung entschloß sich zu einer Radikalkur. Die Importe und der Massenkonsum sollten verringert werden. Von 80 Prozent der 82er Zahlen war die Rede. Die Ausgleichskasse, aus der die Getreideprodukte seit zwanzig Jahren subventioniert wurden, zeigte ein Loch von 112 Millionen Dinar. Eine Streichung der Subventionen hätte auf einen Schlag 140 Millionen Dinar jährlich freigesetzt. Der Überschuß sollte den Ärmsten zugute kommen.

Entgegen den schlechten Aussichten am Jahresanfang erholte sich die Wirtschaft und trieb das Wachstum wieder auf 4,5 Prozent. Der Ölexport konnte gesteigert werden. Der Verlust an Touristen setzte sich aber fort, vermutlich weil das Land im Vergleich zu den Leistungen zu teuer geworden ist. Devisenbeschränkungen halten den Dinarkurs künstlich hoch. 1983 konnten rund 43 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Im Herbst setzten schließlich Regenfälle ein, die für 1984 eine um rund neun Prozent bessere Ernte versprechen. Während die Inflationsrate 1982 noch bei 11,2 Prozent lag, ging sie nach amtlichen Angaben bis Oktober 1983 auf 3,7 Prozent zurück.

Bei all diesen Zahlen weisen allerdings ausländische Experten auf eine gewisse Fragwürdigkeit der staatlichen Angaben hin. So müsse bei der Berechnung der Inflation „ein völlig unrealistischer Warenkorb" unterstellt werden. Auch würden keine genauen Zahlen über die Arbeitslosigkeit veröffentlicht. Sie schwanke zudem stark unter Saisoneinflüssen.

Schließlich hat Tunesien nach erfolglosen Kollektivierungen in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit 1956 die Landwirtschaft vernachlässigt, die seither an Auszehrung leidet. Eine neue Landwirtschaftspolitik wird deshalb für ebenso dringlich erachtet wie eine bessere strukturelle Sicherung der Industrie gegen Krisen. (dpa/VWD)

SCHAEFFLER / Immer noch in roten Zahlen

Konzentration vollzogen

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Nach „jahrelangen Konzentrationsübungen", so Rainer Verstynen, Leiter der Schaeffler-Textilgruppe, „sind wir jetzt endlich da, wo wir schon lange hätten sein müssen". Gemeint sind die Konzentration der Fertigungsstätten und ihre Spezialisierung auf jeweils einen Bereich, die mit Ablauf des vergangenen Jahres realisiert wurden. *Während Schaeffler* 1976 noch in acht Werken fertigte, sind es heute drei: Berlin mit einer hochspezialisierten Tufting-Produktion, die in den letzten beiden Jahren für 50 Mill. DM aufgebaut wurde, *Bamberg (zugleich Hauptsitz)*, wo die Nadelfilzproduktion und die Veredelung für die Autioindustrie konzentriert sind, und Regensburg mit Web- und Wirkereiproduktion.

Erste Früchte der Konzentrationsbemühungen sind schon auszumachen, sagte Verstynen anläßlich der Frankfurter Heimtextil. Nach mehreren Jahren des Rückgangs ist im vergangenen Jahr der Umsatz der Familiengruppe wieder gestiegen um 6,7 Prozent auf 239 Mill. DM. Gleichzeitig ist auch die Produktivität der zum Jahresende auf 1540 (1480) Beschäftigte gestiegenen Belegschaft deutlich gewachsen. Der Pro-Kopf-Umsatz erreichte 158 000 (149 000) DM. Investiert wurden knapp 20 (gut 30) Mill. DM bei Abschreibungen von rund 14 (12) Mill. DM.

An seinen mit „bewußter Nischenpolitik für Spezialitäten" erzielten Er*folgen, zu denen auch eine Steige*rung der Exportquote auf 20 (18) Prozent gehört, kann sich Verstynen freilich nur begrenzt freuen: Materialpreissteigerungen, besonders bei Chemiefasern, haben die „entscheidende" Ergebnisverbesserung verhindert. Der Wettbewerb war nach wie vor so hart, daß diese Kosten nicht voll in den Preisen weitergegeben werden können. Auch 1983 schrieb die Gruppe rote Zahlen, trotz einer Ergebnisverbesserung gegenüber 1982. Mit der Suche nach „alternativen" Lieferanten im Ausland will Verstynen den Materialpreissteigerungen ein Schnippchen schlagen, um mit der vorhandenen „gesunden Basis" endlich auch ergebnismäßig Erfolge zu ernten.

INDUSTRIE-STRAFRECHTSSCHUTZ / Die Zahl von Umweltschutzverfahren hat sich drastisch erhöht

Immer häufiger kommt es zu aufwendigen Prozessen

HARALD POSNY, **Köln**

Immer stärker werden die Verantwortlichen in Unternehmen von strafrechtlichen Verfahren bedroht: Ermittlungs-, *Bußgeld-* und Strafverfahren wegen Verstöße gegen Wasserhaushalts-, Abfallbeseitigungs- und Bundesimmissionsschutzgesetze, gegen Gewerbeordnung, Lebensmittel- oder Arzneimittelgesetz oder einfach nur gegen das Strafgesetzbuch sind an der Tagesordnung. Vor allem im Zusammenhang mit dem Umweltschutz hat sich die Zahl der Bußgeld- und Strafverfahren gegen Mitarbeiter in Unternehmen explosionsartig erhöht.

Karl-Peter Thevessen, Vorstandsmitglied der Gerling-Konzern Rechtsschutzversicherung AG, Köln, in einem Gespräch mit der WELT: „*Da das Unternehmen als solches* nicht strafbar ist, werden bei strafrechtlich relevanten Verstößen gegen diese Gesetze alle Verantwortlichen in der Unternehmenshierarchie zur Verantwortung gezogen. Und die *Verantwortung hört längst nicht* mehr wie früher beim ‚letztverursachenden' Mitarbeiter an einer Maschine mit fehlerhafter Produktion auf. Die Staatsanwaltschaften beginnen mit ihren Ermittlungen sehr weit oben, wenn diese auch später nach *und nach eingestellt werden.*"

Also können auch Unternehmensinhaber, Vorstände, Geschäftsführer und Abteilungsleiter ebenso wie Betriebsleiter, Meister und Vorarbeiter in Verfahren verwickelt werden, wenn Verhaltens-, Leitungs-, Kontroll-, Aufsichts- oder Organisationspflichten verletzt werden. Thevessen: „Und der Verdacht genügt, um einen aufwendigen Prozeß einzuleiten."

● Beim Gebrauch einer Bohrmaschine wurde ein Heimwerker durch Stromschlag getötet. Die Ermitthungen ergaben, daß der Kabelquerschnitt unzureichend war. Das Strafverfahren richtete sich gegen die Ver*antwortlichen des Kabelherstellers.*

● Ein bestimmtes Medikament führte bei verschiedenen Personen zu schweren Leberschäden. Angeklagt wurden Mitglieder der Leitung des Pharma-Unternehmens und andere *Verantwortungsträger.*

● Bei einem bayerischen Butterhersteller wurde festgestellt, daß verschiedene Maschinen in die 250-Gramm-Packungen zuwenig Butter füllten. In einem Strafverfahren traf die Verantwortlichen der Vorwurf *der Verletzung von Aufsichts-*, Prüf- und Überwachungspflichten.

Ob glimpflicher Butter- oder tödlich verlaufener Heimwerker-Fall – den Haftpflicht-Schaden übernimmt *die Versicherung. Was fehlt*, ist jedoch meist die dem Beschäftigten Schutz gewährende Industrie-Strafrechtsschutzversicherung. Sie umfaßt die Verteidigung bei Verstößen gegen das Straf- oder Ordnungswidrigkeitenrecht. Bei *Freiheitsstrafen* sowie Geldstrafen und -bußen über 500 DM sind Gnaden-, Strafaussetzungs-, Strafaufschub- und Zahlungserleichterungsverfahren eingeschlossen. Während bei Strafsachen Vorsatz nicht ausgeschlossen ist, wird er bei Ordnungswidrigkeiten mitgeschützt.

Die Prämien richten sich nach Art und Branche des Unternehmens, *Zahl der Risikopersonen und der* Gesamtzahl der Mitarbeiter, der Lohn- und Gehaltssumme. Der Prämienrahmen reicht bei 1 Mill. DM Dekkungssumme (100 bis 300 Mitarbeiter) von 1700 DM Mindestprämie pro Jahr bis 65 000 DM für über 50 000 Beschäftigte. Dazu kommen freilich die Risikoprämien-Zuschläge von 5 bis 20 Prozent der Basisprämie.

In der Bundesrepublik sind derzeit zwei Versicherer auf dem Gebiet des Industrie-Strafrechtsschutzes tätig: Gerling und der Haftpflichtverband der Deutschen Industrie (HDI). Bei Gerling sind zur Zeit etwa 1,5 Mill. Personen versichert, insgesamt dürften es 2 bis 2,5 Mill. in über 500 Verträgen bei Großkonzernen wie Kleinbetrieben sein. Bei Gerling wurden bislang in der recht neuen Sparte rund 100 Fälle abgewickelt.

In der Branche gab es bislang nur zwei spektakuläre Fälle mit gut fünf*stelligen Schadenssummen.* Nach den Worten Thevessens kommen sie je angeklagter Mitarbeiter schnell zusammen, erst recht wenn ein Strafverfahren eingeleitet wurde und Gutachter- und Reisekosten anfallen. Thevessen: „Häufig *genug* ziehen sich solche Prozesse ja auch jahrelang hin."

CONSULECTRA

Know-how der Mutter verwertet

J. BRECH, **Hamburg**

Die Consulectra Unternehmensberatung GmbH, Hamburg, die vor 10 Jahren als Tochtergesellschaft der Hamburgischen Electricitäts-Werke AG (HEW) gegründet worden ist, hat im vergangenen Jahr einen Honorarumsatz von knapp 10 Mill. DM erreicht. Wie die Geschäftsführer Uwe *Janssen und Heinz Knebel in Ham*burg betonten, habe die Entwicklung des Unternehmens in den vergangenen Jahren die Gründungsidee voll bestätigt. Die Firma, die reine Beratungsfunktion ausübt und nicht als Generalunternehmer auftritt, verwertet in erster Linie bei der Muttergesellschaft entwickelte und erprobte Problemlösungen. Mehr als die Hälfte des Beratungsvolumens stammt aus dem Ausland. Schwerpunkte sind die Länder des Nahen und Mittleren Ostens, in denen die Erfahrungen der deutschen Elektrizitätswirtschaft für den Aufbau eigener Netze genutzt werden.

Zwei Drittel der Honorarumsätze *entfallen auf den Bereich ingenieur*technische Beratung. Knapp 20 Prozent steuert die EDV-Beratungstätigkeit bei. Hier profitiere Consulectra von den Erfahrungen der HEW, die bereits sehr früh und vollständig elektronische Datenverarbeitung eingesetzt hätte. Entsprechendes gelte für den dritten großen Bereich Personalführung und Organisation.

Die Zahl der abgewickelten Aufträge hat inzwischen 1000 weit überschritten. Engpaß für weiteres Wachstum sei die personelle Ausstattung. Consulectra verfügt über 33 feste Mitarbeiter und setzt im Jahr weitere 30 bis 35 HEW-Mitarbeiter zeitlich begrenzt ein. Von HEW erbrachte Leistungen werden zu Vollkosten abgerechnet. Seit ihrer Gründung habe die Firma kein Jahr mit Verlust abgeschlossen und sie erreiche die in der Branche übliche Rendite von 15 bis 20 Prozent, betont Knebel.

NIEDERSÄCHSISCHE SPARKASSEN

Einlagenzuwachs schwächer

DOMINIK SCHMIDT, **Hannover**

Auch 1983 hat sich der Einlagenzuwachs bei den 73 niedersächsischen Sparkassen abgeschwächt. Dietrich Hoppenstedt, Präsident des Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverbandes, sieht die Ursachen dafür in den geringeren Zinsgutschriften sowie im veränderten Sparerverhalten. So habe bei stagnierendem Realeinkommen die Konsumbereitschaft der Kunden zugenommen. Zudem führten optimistischere Zukunftserwartungen dazu, die persönliche Vorsorge zu vernachlässigen und verstärkt kurzfristige Sparziele zu verfolgen.

Diese Entwicklung, so Hoppenstedt, dürfe sich nicht fortsetzen. Vor allem die jüngere Generation müsse erkennen, daß Sparen auch der Individualvorsorge diene. Angesichts der Finanzierungsprobleme des sozialen Netzes sei der Staat gefordert, bei ordnungspolitischen Überlegungen dem Sparen den entsprechenden Stellenwert einzuräumen.

Mit der Geschäftsentwicklung der Sparkassen im Jahre 1983 zeigt sich Hoppenstedt zufrieden. Bei einer um 5,4 (7) Prozent auf 67,2 (63,75) Mrd. DM erhöhten Bilanzsummen verbesserte sich das Betriebsergebnis leicht auf 1,7 (1,69) Prozent. Die Zinsspanne stieg auf 3,54 (3,49) Prozent.

Das Kreditgeschäft weiteten die Sparkassen um 5,7 Prozent auf 49,1 (46,5) Mrd. DM aus. Der Schwerpunkt lag bei den langfristigen Krediten, die um 8,9 Prozent auf 34,7 (31,9) Mrd. DM zunahmen. Gleichzeitig verringerten sich die kurzfristigen Kredite um 4,1 Prozent auf 7,6 (7,9) Mrd. DM. Die Gesamteinlagen dagegen nahmen nur um 5,6 (7,5) Prozent auf 51 (48,3) Mrd. DM zu. Dem zinsbedingten Abbau privater *Termineinlagen* um 1,1 Mrd. DM standen Zuwächse der Spareinlagen um 1,8 Mrd. DM, der Sparkassenbriefe und -obligationen um 0,4 Mrd. DM und der Sichteinlagen um 0,6 Mrd. DM gegenüber.

Kaufhof steigert Umsatz und Ertrag

Py. **Düsseldorf**

Der Kaufhof-Konzern ist mit dem Geschäftsverlauf 1983 zufrieden, zumal der Umsatz der Kaufhof AG um 2,7 (flächenbereinigt 2,5) Prozent auf 5,85 Mrd. DM gestiegen ist und die im Konzern eingeleiteten Strukturverbesserungsmaßnahmen „zu einer wesentlichen Verbesserung der Ertragslage führen dürften". Das Unternehmen, das seinen Konzernumsatz mit rund 8,57 Mrd. DM (plus 1,3 Prozent) auf kaum veränderter Verkaufsfläche (1,01 Mill. qm) angibt und 45 400 (48 100) Menschen beschäftigt, macht keine Angaben zu einer möglichen Ausschüttung. Für 1982 waren aus einem Jahresüberschuß von 53,7 (58) Mill. DM 6,50 (6) DM je 50-DM-Aktie gezahlt worden.

Unter den Tochtergesellschaften *werden die Umsätze der Kaufhalle* GmbH mit 1,76 Mrd. DM (minus 1,6 Prozent), die der Mauricius Moden GmbH mit 25,5 Mill. DM (plus 7,7 Prozent, flächenbereinigt minus 3,1 Prozent) ausgewiesen. Das Großversandhaus Wenz hatte bei 473 Mill. DM Umsatz-Einbußen von 2,2 Prozent.

NAMEN

Heinz Petry, früherer Vorstandsvorsitzender der Fried. Krupp GmbH, und jetzt noch als Aufsichtsratsmitglied der AG „Weser", Bremen, und der Krupp-Koppers GmbH, Essen, verbunden, wird am 12. Januar 1984 65 Jahre.

Dr. **Christian Dräger** ist zum 1. Januar 1984 zum Vorsitzenden des Vorstandes der Drägerwerk AG, Lübeck, bestellt. Er tritt damit die Nachfolge seines Vaters, Dr. **Heinrich Dräger**, an, der zum Ehrenvorsitzenden des Aufsichtsrates bestimmt wurde.

M. N. Desai, Geschäftsführer und Präsident der Larson & Toubro Ltd., Bombay, ist zum Präsidenten der Indisch-Deutschen Handelskammer gewählt worden und wird in dieser Eigenschaft eine Gruppe indischer Industrieller zur Hannover-Messe 1984 begleiten.

Burkhard Liebe (40) ist zum 1. Januar 1984 zum Managing Direktor der TEAM/BBDO GmbH, Düsseldorf, ernannt worden. Er ist Nachfolger von **Willi Schalk**.

Rainer Jablonka (41), **Burkhard Liebe** (40) und **Eckhardt Rössler** (36) wurden ab 1. Januar 1984 zu zusätzlichen Gesellschaftern der BBDO-Gruppe, Düsseldorf, bestellt.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Gerbard Einerhand GmbH, Würselen; **Berlin Charlottenburg:** Oskar Schacher GmbH; Oskar Schacher GmbH & Co. Metallgießerei-Kunstgewerbe KG; **Detmold:** DöTrans Speditionskontor GmbH, Dörentrup; **Düsseldorf:** Jürgen Raffauf, Ratingen 4; **Duisburg:** Greka Warenhandelsges. mbH, Mülheim/Ruhr; **Gelsenkirchen:** Dipl.-Ing. Kurt Gerhard Lüneborg; **Hamm:** Diethelm Klug, Kaufm., Unna; **Hannover:** Bauunternehmung Wilhelm Tölke GmbH & Co. KG, Seelze 1; **Krefeld:** Nachl. d. Leo Thönneßen, Brüggen; **Mannheim:** Weiland GmbH & Co. KG; **Stade:** Kurt Hoffmann GmbH & Co.; **Ulm:** Margret Höfle, Ulm-Söflingen; **Wittmund:** Kurt Jeschke, Tiefbaunternehmer, Blomberg; **Wolfratshausen:** H. Wienhausen-Elektronic GmbH, Geretsried.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Conti-Dividende auch 1984

Frankfurt (dpa) – Die Continental Gummi-Werke AG, Hannover, erwartet 1984 einen weitern Umsatzzuwachs und eine „fortschreitende Verbesserung" der Ertragslage, die auch für 1984 eine Dividendenausschüttung ermöglicht. Das teilt der Vorstand des Unternehmens im Börsen-Prospekt für die neue Optionsanleihe mit. Für 1983 hatte die Verwaltung eine Dividende von „mehr als 2,50 DM" angekündigt, nachdem das Unternehmen die letzte Dividende für das Geschäftsjahr 1980 in Höhe von 2,50 DM gezahlt hatte. Der Umsatz der Gesellschaft ist nach Angaben des Vorstandes 1983 um fünf Prozent gestiegen. Bedingt durch Währungsveränderungen hat sich der Konzernumsatz nur um vier Prozent erhöht.

Nordstern-Beteiligung

Düsseldorf (Py.) – Die Nordstern Allgemeine Versicherungs-AG, Köln, hat von der Colonia Versicherung AG, Köln, 20 der bisher 71 Prozent des 40-Mill.-DM-Grundkapitals der Kölnischen Rückversicherungs-Gesellschaft erworben. Etwas mehr als 25 Prozent hält die Aachen und Münchner Versicherung AG. Über den Aspekt der rentablen Geldanlage hinaus begründete Nordstern-Vorstandsmitglied Detlef Bierbaum diesen Erwerb mit dem Wunsch nach Abrundung des Geschäfts in der Zusammenarbeit mit einem prominenten professionellen Rückversicherer, dessen Know-how man zusätzlich nutzen könne, zumal Nordstern in seinen *eigenen Rückversicherungsaktivitä*ten kürzer trete.

Berenberg erhöht Kapital

Hamburg (JB.) – Das Hamburger Privatbankhaus Joh. Berenberg Gossler & Co. hat das Kapital um 5 auf nunmehr 75 Mill. DM erhöht. Für das Geschäftsjahr 1983 gibt die Bank eine Ausweitung der Bilanzsumme um 5,9 Prozent auf 1,5 Mrd. DM und das Geschäftsvolumen um 8,2 Prozent auf rund 2 Mrd. DM an. Das Kreditvolumen stieg um 10 Prozent auf 1,24 Mrd. DM, die Kundeneinlagen um 11,5 Prozent auf 770 Mill. DM.

BHW teilt mehr zu

Hameln (dos.) – Bei der BHW-Bausparkasse, Hameln, ist 1983 die Zahl der zugeteilten Bausparverträge um 15 715 oder 9,2 Prozent auf 187 351 Verträge gestiegen. Die Summe der zugeteilten Bauspargelder nahm nach Angaben der BHW gleichzeitig um gut 520 Mill. DM oder 7,4 Prozent auf 7,55 Mrd. DM zu. Bei anhaltend gutem Geldeingang könne auch 1984 mit einer weiteren Steigerung der Zuteilungen gerechnet werden.

Keramische Fliesen unter Importdruck

Stw. **München**

Die deutschen Hersteller von Keramik-Fliesen haben im vergangenen Jahr auf wachsendem Markt Terrain verloren. Während sie 1982 ihren Inlandsmarktanteil noch um 9,3 Prozent erhöhen konnten, sackte er bis Oktober um 6,4 auf 44 Prozent ab. Bei einem Gesamtabsatz von 40,7 Mill. Quadratmetern (minus 4 Prozent) setzten die acht im Verband der keramischen Fliesenindustrie zusammengeschlossenen Werke (9710 Beschäftigte) im vergangenen Jahr 3,9 Prozent weniger um (887 Mill. DM) als 1982.

Eine kräftige Einbuße von 15,5 Prozent gab es im Export, der auf 268 Mill. DM zurückging. Den Druck der ausländischen Konkurrenz auf dem heimischen Markt belegt die Steigerung der Einfuhren um 17,7 Prozent, die weit über dem inländischen Verbrauchszuwachs (10,7 Prozent) lag. Einzelnen ausländischen Anbietern wirft der Verband vor, erfolgreiche deutsche Fliesenserien nachzuproduzieren und zu Billigpreisen auf den deutschen Markt zu bringen. Rationalisierungsinvestitionen und ein deutliches von Importerzeugnissen abgegrenztes Angebot sollen im übrigen Wettbewerbsfähigkeit und Marktchancen der deutschen Industrie verbessern.

AUTOMOBILMARKT / Importeure haben 1983 von besserer Konjunktur profitiert

Japaner waren die größten Gewinner

dpa/VWD, **Hamburg**

Die Autoimporteure in der Bundesrepublik haben an der guten Konjunktur 1983 voll profitiert. Mit schätzungsweise mehr als 650 000 Zulassungen von Personen- und Kombiwagen haben sie ihr Vorjahresergebnis von knapp 540 000 Wagen deutlich übertroffen. Der Anteil eingeführter Wagen an den Gesamtzulassungen wird vom Verband der Importeure von Kraftfahrzeugen (VDIK) in Bad Homburg auf über 27 (24,9) Prozent geschätzt. Darin ist allerdings die wachsende Produktion für den deutschen Markt von Ford (Fiesta, Escort, Sierra) und Opel (Corsa) aus Spanien und Belgien mit zusammen etwa 70 000 Zulassungen enthalten.

Die größten Gewinner waren die japanischen Lieferanten mit etwa 260 000 Zulassungen und fast 10,5 Prozent Marktanteil nach 9,8 Prozent im Vorjahr. Der Marktanteil von Personenwagen aus Westeuropa liegt aber mit rund 16 Prozent weiterhin vorn. Die französischen Importmarken konnten ihren Absatz in der Bundesrepublik zwar auf mehr als 180 000 Zulassungen steigern, doch fiel ihr *Marktanteil auf etwa* 7,6 Prozent. Einzelsieger der Importmarken ist Fiat mit 100 000 neu zugelassenen Pkw- und Kombifahrzeugen.

Von den japanischen Anbietern soll Toyota größte Anstrengungen unternommen haben, *um im* Zulassungsrennen der Japaner untereinander wieder auf Platz eins zu kommen, denn seit Mitte des Jahres 1983 werden die ersten beiden Plätze von Mazda und Nissan gehalten. Mazda stellt mit knapp 30 000 Mazda 626 (bei insgesamt 58 000 Mazda-Neuzulassungen in der Bundesrepublik) das erfolgreichste Importauto vor dem Fiat Ritmo.

Die Automobilfirmen in der Bundesrepublik konnten mit ihren Ergebnissen am deutschen Markt weitgehend zufrieden sein. Für das Gesamtjahr 1983 ergibt sich – hochgerechnet aufgrund der Zahlen bis November – *in etwa folgendes* Bild: Die VW-Gruppe schloß das Jahr mit rund 700 000 neu zugelassenen Fahrzeugen – vor allem durch große Erfolge der Audi-Modelle. Opel (inklusive GM) verbuchte 450 000 Neuzulassungen. Ford kam auf rund 285 000 Zulassungen (plus 40 000), nachdem durch Modernisierung nahezu aller Modellreihen Probleme früherer Jahre überwunden wurden. Bei Daimler-Benz stiegen die bundesdeutschen Zulassungen auf knapp 250 000 Wagen, etwa 20.000 mehr als im Vorjahr. BMW erreichte rund 160 000 (127 000) Neuzulassungen.

Die Bundesrepublik und Belgien bieten den *europäischen* Autokäufern die günstigsten Neuwagen-Märkte, während Spanier, Briten und Schweden am meisten für ihr Vehikel bezahlen müssen. Österreich und die Schweiz liegen im Mittelfeld. Für die Preisunterschiede *sind* aber nur teilweise die Verkäufer verantwortlich: Auch der Staat bittet über die Mehrwert- oder spezielle „Luxus"- oder Autosteuern in unterschiedlichem Maß zur Kasse.

Das Preisgefälle hat zu der paradoxen Situation geführt, daß beispielsweise ein französischer Autohändler Wagen französischer Herkunft aus Belgien reimportiert und seinen Kunden billiger als direkt im Land ausgeliefert anbieten kann. Auch Engländer kaufen gerne auf dem Kontinent ein. Vor dem Europäischen Gerichtshof ist ein Prozeß zwischen der EG-Kommission und Ford anhängig, weil *Ford in der Bundesrepublik* keine rechtsgelenkten Fahrzeuge mehr an deutsche Händler (zum Verkauf an Engländer) abgibt. Die Kommission hält dies für einen Verstoß gegen die Kartellbestimmungen des EWG-Vertrages.

Aktien gaben überwiegend nach

Furcht vor höheren Zinsen hemmt die Unternehmenslust

DW. – Die aus der Dollar-Entwicklung herrührende Unsicherheit sowie die Sorge vor höheren Zinsen in der Bundesrepublik haben die Käuferzurückhaltung am Aktienmarkt weiter wachsen lassen. Auch aus dem Ausland lagen kaum noch Aufträge vor. Auf der anderen Seite wuchs die Neigung, Kursgewinne zu realisieren, auch unter Inkaufnahme kräftiger Abschläge. Im Zusammenhang mit den Diskussionen über eine eventuelle Anhebung der Leitzinsen zur Stabilisierung der D-Mark auf den Devisenmärkten gerieten besonders die Bankaktien unter Druck. Unberührt von allen Schwächeerscheinungen blieben dagegen die Stahlaktien.

*Lebhafter Handel fand in Veba-*Aktien statt. Der Kursrückgang um 2,50 DM wird im Zusammenhang mit der Ermittlung des Abrechnungskurses für jene Veba-Zeichner gesehen, die außerbörslich Veba-Aktien aus Bundesbesitz mit einem Abschlag von eindreiachtel Prozent übernehmen wollen.

Düsseldorf: Neckermann befestigten sich um 4 DM auf 128 DM und Rheag schlossen mit einem Plus von 10 DM auf 450 DM. Bilfinger ermäßigten sich um 6 DM auf 211 DM, Dyckerhoff St. fielen um 5 DM auf 242 DM, Keramag verloren *3 DM auf 152 DM, Pegulan St.* sanken um 8 DM auf 235 DM und Stinnes verloren 10 DM auf 640 DM.

Frankfurt. Die Aktienbörse am Dienstag war schwächer, Standardwerte verloren bis zu 3 DM, vereinzelt bis zu 10 DM. Überdurchschnittliche Einbußen hatten Autoaktien, Nebenwerte waren uneinheitlich, so stiegen Pittler bei Plusankündigung um 11 DM auf 80 DM, *Riedel de Haen um* 21 DM auf 446 DM, Pegulan um 12 DM auf 240 DM. Rheinelektra gaben um 6 DM auf 447 DM nach, von Versicherungen blieben Münchener Rück 1105 DM minus 35 DM.

Hamburg: Haller Meurer mußten auf 230 DM minus 5 DM und Bavaria Brauerei auf 196 DM minus 7 DM zurückgenommen werden. Holsten Brauerei wurden mit 288 DM minus 1,50 DM gehandelt. Von Versorgungspapieren schwächten *sich HEW auf 105 DM minus 4 DM* ab, während NWK-Vz. bei 176 DM unverändert blieben. Phoenix Gummi gingen zu 159 DM minus 2 DM auf dem Markt.

München: Agrob St. verringerten sich um 4,20 DM auf 324,80 DM, *Etienne Aigner gaben um 8 DM auf* 310 DM nach und Dywidag ermäßigten sich um 2,20 DM auf 187,80 DM. Augsburger Kammgarn *erhöhten sich um 0,70 DM auf 101,50* DM, Gehe AG zogen um 4 DM auf 235 DM an, Hutschenreuther stiegen um 2,50 DM auf 275 DM an und Leonische Draht konnten sich um 5 DM auf 345 DM verbessern.

Berlin: Dt. Hypobank Berlin konnten 10 DM zulegen und Engel*hardt erholten sich um 3 DM.* Rheinmetall büßten 4 DM, Schering 3 DM und Berliner Kindl 2,50 DM ein. Kötitzer Leder lagen um 1,90 DM, Bekula um 1,60 DM, Orenstein um 1,50 DM und DeTeWe um 1 DM leichter.

Nachbörse: abwartend

WELT-Aktienindex vom 10. 1.: 154,9 (156,1); WELT-Umsatzindex vom 10. 1.: 1995 (2356)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf – Frankfurt – Hamburg – München – Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Ausländische DM-Anleihen

Unnotierte Werte

Freiverkehr

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

Amsterdam – Tokio – Zürich – Madrid – Paris

Mailand – London – Toronto – Wien – Kopenhagen – Hongkong – Sydney

Brüssel

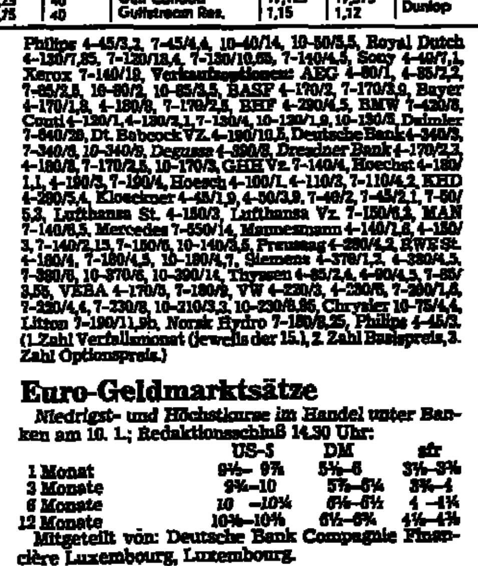
	10. 1.	9. 1.
Arbed	1340	1350
Brux. Lambert	2520	2520
Cockerill Ougrée	216	207
Ebes	2415	2435
Gevaert	3050	3075
Kredietbank	4680	4500
Pétrofina	6270	6190
Soc. Gén. d. Belg.	1740	1770
Sofina	5700	5860
Solvay	3720	3730
UCB	4950	5050
Index	139,26	138,78

Singapur

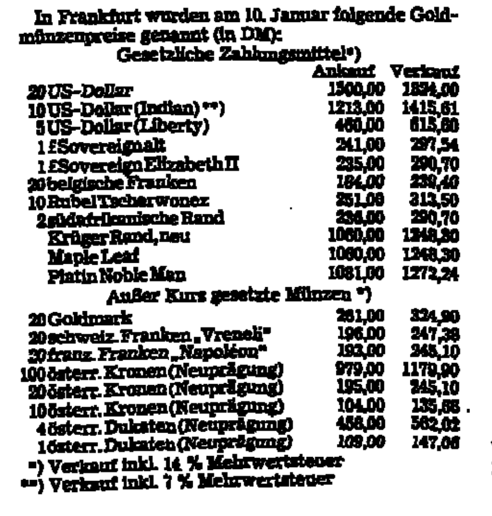
	10. 1.	9. 1.
Cycle + Car.	6,20	6,25
Cold Storage	5,15	5,20
Dev. Bk. of Sing.	10,60	10,60
Fraser + Neave	6,95	6,90
Kl. Kepong	3,26	3,18
Mal. Banking	9,55	9,40
Nat. Iron	4,30	4,35
OCBC	11,40	11,70
Sime Derby	2,70	2,77
Singapur Land	5,70	5,65
Un. Overs. Bank	5,85	5,90



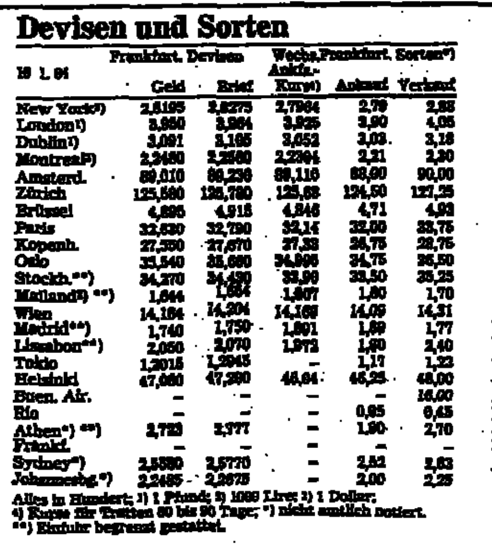
Optionshandel



Euro-Geldmarktsätze



Goldmünzen



Devisen und Sorten



Devisen

Die erste deutliche Korrektur der bisherigen Aufwärtsbewegung erlitt der US-Dollar am 10. 1. Nachdem zu Tagesbeginn mit 2,8440 nochmals eine höhere Basis erreicht wurde, kam es zu Gewinnmitnahmen und einer deutlichen Abschwächung bis zeitweise 2,8030. Offensichtlich löste das erreichte Kursniveau größere Nervosität bei den Marktteilnehmern aus, als bisher zu vermuten war. Die amtliche Notiz wurde mit 2,8225 und einer *Abgabe der Bundesbank von 43,45 Mio.* Dollar festgestellt. Im Freiverkehr scheint die Bundesbank jedoch nicht interveniert zu haben. Zu größeren Betrag von 61,9 Mio. Dollar abgab und Geschäftsschluß trat schließlich eine Erholung bis 2,8120 ein. Eine deutliche Kurseinbuße erlitt auch der Japanische Yen, der um 1,45 Pf. auf 1,2080 fiel. Auch gegenüber den übrigen Währungen erzielte die D-Mark leichte Kursgewinne. *Dollar in: Amsterdam 3,1595; Brüssel 57,2075;* Paris 8,5925; Mailand 1711,50; Wien 1996,70; Zürich 2,2468; Ir. Pfund/DM 3,098; Pfund/Dollar 1,4015; Pfund/DM 3,957.

Ostmarkkurs am 10. 1. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West.



Devisenterminmarkt

Eine *feste* Tendenz für die D-Mark-Zinssätze und die schwächenden Kassakurse führten am 10. Januar zu engeren Dollar-Deports.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,01/0,91	2,72/2,62	5,13/4,93
Pfund/Dollar	0,05/0,07	0,17/0,20	0,35/0,39
Pfund/DM	1,90/0,50	4,00/2,60	6,80/5,40
FF/DM	27/11	64/48	123/107

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 10. 1.: Tagesgeld 5,55–5,65 Prozent; Monatsgeld 5,95–6,1 Prozent; Dreimonatsgeld 6,0–6,15 Prozent.

Privatdiskontsätze am 10. 1.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 10. 1.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/1 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 8,00 (6,94) – 8,25 (7,24) – 8,25 (7,41) – 9,50 (7,89). Ausgabe 1984/2 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 8,00 (6,99) – 8,25 (7,31) – 8,25 (7,49) – 9,50 (7,83) – 9,50 (8,06) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,99, 2 Jahre 7,21. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,00, Rendite 8,00.

Renten weiter abwärts

Am Rentenmarkt sind die Renditen weiter leicht gestiegen. Schuld daran ist die Sorge vor weiter steigenden Zinsen. Unter diesen Umständen gelten die Konditionen der neuen Nordrhein-Westfalen-Anleihe mit ihrer Rendite von 8,34 Prozent kaum noch als marktgerecht. Auch wenn sie sich für Großanleger auf 8,47 Prozent erhöht. Die Renditen für 10jährige Papiere werden im Handel unter Banken mit etwas über 8,5 Prozent genannt. Am Dienstag bröckelten öffentliche Anleihen weiter ab, die achteinviertelprozentigen Bundesobligationen Serie 44 wurden zu 99,75 Prozent in den Handel eingeführt. DM-Auslandsanleihen ebenfalls nachgebend.

Bundesanleihen

		10. 1.	9. 1.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,3G	100,3G
8 Bund 78 I	2/84	100,05G	100,05G
7 dgl. 77	3/84	100bG	100,05
7½ dgl. 78 II	4/84	100,1bG	100,15G
5 dgl. 78	6/84	99,5	99,6
6 dgl. 78 III	9/84	99,75	99,75bG
8¾ dgl. 78	9/84	101,5	101
6 dgl. 78 IV	12/84	99,4	99,5
6¾ dgl. 79	1/85	99,6	99,7
8½ dgl. 73 I	3/85	101,85	101,83
7 dgl. 79	4/85	99,9	100
7½ dgl. 79 II	6/85	100	100,1
7¾ dgl. 79 I	7/85	100,65	100,75
8 dgl. 78 IV	10/85	101G	101
5½ dgl. 78 II	3/86	96,3	96,45
5¾ dgl. 78	5/86	95,95	95,95
7¼ dgl. 76 I	12/86	98,8	98,75
6½ dgl. 79	1/87	96,75	96,75G
7¼ dgl. 78 II	1/87	98,6	98,65
6¾ dgl. 77	4/87	96,9	96,9
6½ dgl. 77	7/87	95,8	95,8
6 dgl. 77	10/87	93,7	93,8
6 dgl. 78 I	1/88	94,2	94,2
6¼ dgl. 78 I	3/88	94,3	94,4
6½ dgl. 78 II	12/88	94,15	94,15
6¾ dgl. 79	1/89	95,05	95,5
7¼ dgl. 79 I	4/89	96,2	96,3
10 dgl. 81	4/89	107	107,15
7½ dgl. 79 I	6/89	97,05	97,15G
8 dgl. 79 I	7/89	99,3	99,3
8 dgl. 79 II	8/89	99,3	99,35
7½ dgl. 79 II	9/89	96,55	96,7
7¾ dgl. 79 II	11/89	97,6	97,65

	10. 1.	9. 1.
M 5¼ Bayer.Hypo Pf 14	90,75G	90,75G
6 dgl. Pf 20	82G	82G
8¼ dgl. Pf. 2	94,25bG	94,5G
7 dgl. Pf 3	94bG	94,25G
7 dgl. Pf 27	100,2G	100,2G
6½ dgl. KS 14	95,75bG	98G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	88,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	123,75G	123,75G
5½ dgl. Pf 11	130,5G	130,5G
6 dgl. Pf 94	78G	78G
6 dgl. KO Pf 50	99,75G	89,75bG
6½ dgl. Pf 10	83bG	83G

	10. 1.	9. 1.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117G	117G
6 dgl. 14	88,9G	88,9G
6 dgl. 47	78	78G
10 dgl. KS 46	102,25G	102,25G
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 80	93,15G	93,15G
8 dgl. Pf 73	100,25G	100,25G
4 dgl. KO 5	102,5G	102,5G
H 6 Hyp.f.Hbg. Pf 98	79,75G	79,75
6½ dgl. Pf 80	88,75	89G

	10. 1.	9. 1.
M 5 Verbank Nbg. Pf 55	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 95	77,bG	77,5G
7 dgl. Pf 100	99,3G	99,3bG
D 8 WestLB Pf 350	100,65G	100,65G
6¾ dgl. Pf 403	96,1G	98,1G
9½ dgl. Pf 1007	104,85G	104,85G
8 dgl. Pf 1015	97,95G	97,95bG
7 dgl. KO 556	99,7G	99,7G
6¼ dgl. KS 420	94,45G	94,45G
9¼ dgl. KO 1301	103,8G	103,8G
8½ dgl. KS 1278	101,5G	101,5G

Bundesbahn

		10. 1.	9. 1.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,3G	100,3G
7½ Bdbahn 72	2/84	100G	100G
8 dgl. 72	9/84	100,8G	100,8
8½ dgl. 75	9/84	101,05	101,05G
8 dgl. 78 III	11/84	99,55	99,55

Anmerkungen: * Zinsen steuerfrei; Pf = Pfandbriefe; KO = Kommunalobligationen; KS = Kommunalschatzanweisungen; IS = Inhaberschuldverschreibungen; RS = Rentenschuldverschreibungen; S = Schuldverschreibungen (Kurse ohne Gewähr). B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Ha = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Ausländische Aktien

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

U.S.A.
EINWANDERUNGSVISA
Für Investoren, Unternehmer, Freiberufler, Gesellschaften, deren Mitarbeiter, Verwandte von U.S.-Bürgern.
Informationen: VIC GmbH
Widenmayerstr. 18/I · 8000 München 22
Tel. (089) 22 91 31 · Telex 5 216 534 indad

Eine Diesel-Stromerzeugungsgruppe Fabrikat Sulzer/Oerlikon,
Speisung Dieselöl, Leistung 1320 kVA, 17 800 Stunden, mit vielen Ersatzteilen, Preis komplett ab Schweiz sfr 168 000,–.
Angebote unter C 3315 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen oder ttx 2 22 430

Dipl.-Betriebswirt
in Wiesbaden (Büro, Lagerräume, Fahrzeuge vorhanden), übernimmt Auslieferung od. sonstige Tätigkeiten. Absolut zuverlässig.
Zuschr. u. P 2995 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

SCHWEIZ: MARKETING-MANN MIT KAPITAL
Ein Schweizer Unternehmen mit zwei patentierten Produkten, die ein bedeutendes Potential darstellen und jetzt weltweit lizenziert werden, sucht einen erfahrenen Marketing-Mann. Er soll für die Abwicklung seiner internationalen Geschäfte verantwortlich zeichnen.
Bei den Produkten handelt es sich um *neue Systeme für den Fertigteilbau* sowie um ein revolutionäres Zusammenbaumöbelsystem (Abholmöbel). Wir bieten dem erfolgreichen Bewerber eine attraktive Position als gleichgestellter Geschäftspartner. Ansichtsmaterial vorhanden. Weitere Einzelheiten durch:
Inventor, c/o Globe Plan SA
Av. Mon-Repos 24, CH-1005 Lausanne (Schweiz)
Tel. 00 41 21 / 22 35 12
Telex: 25 185 melis ch

ÖFFNUNG DES TÜRKISCHEN MARKTES
deutsch-türkische Firma vermittelt Ihnen Ihre Repräsentanz in der Türkei.
U. Götzfeld, Postf. 73 06 32
2000 Hamburg 73, T. 0 40 / 6 77 77 23

Gesucht wird der techn. versierte, freie
Handelsvertreter
zum Absatz eines zukunftweisenden Produktes für das blechverarbeitende Gewerbe bzw. den Apparatebau.
Wenn Sie in diesem Gewerbezweig gut eingeführt sind und für uns auf Provisionsbasis tätig werden wollen, nehme Sie mit uns Kontakt auf.
PROTEC, Postf. 146,
4154 Tönisvorst 1
Tel. 0 21 51 / 79 50 09

Unternehmensberatung anbiete Know-how für Export-Import-Geschäfte, Anbahnungen, Abwickl. aller Art.
Ang. u. K 3123 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

VERTRETER
welche Lüftungs-Sanitär-Heizungs-Elektoanlagenbauer besuchen. Mitnahme von Montagesystem gegen entspr. Prov. zu vergeben.
Bewerb. u. Z 9285, Annoncen-Expedition Doll, Deichmannhaus, 5 Köln 1

Erfolg braucht Initiative

METHODE UND EIN GUTES PRODUKT *)

'Die Geschäftsidee' berichtete ausführlich über unsere Muttergesellschaft in den USA, unser patentiertes Verfahren und über die Erfolge unserer Franchisenehmer.

Unsere weltweit geschützte SGO-Methode ist die Weiterentwicklung althergebrachter aufwendiger Techniken der Bunt-, Bleiglas- und Spiegelgestaltung.

PROFITIEREN SIE VON EINEM MARKT MIT ZUKUNFT.

Als Partner bieten wir Ihnen:

- *ein völlig neues, patentrechtlich geschütztes Herstellungsverfahren*
- *ein exklusives Vertriebsgebiet*
- *unser gesamtes know how*
- *excellente Marktchancen*
- *hervorragende Verdienstspannen*

Von unseren Partnern erwarten wir:

- *den Willen zur Selbständigkeit*
- *Initiative und Einsatzbereitschaft*
- *Flexibilität und etwas Kreativität*

Ob Sie sich selbständig machen oder Ihre Selbständigkeit absichern wollen: handeln Sie jetzt, Erfolg braucht Initiative!

Informieren Sie sich.
Diskretion ist selbstverständlich.
Fordern Sie unsere Video-Information an. (Schutzgebühr DM 30.–)

*) *Wir können nur eine begrenzte Anzahl von Lizenzen in der BRD vergeben.*

SGO, Stained Glass Overlay
Deutschland GmbH
Herzog-Heinrich-Str. 8, D-8000 München 2
Telefon 089/531524, Telex 522714

Dipl.-Ing. Druckereitechnik
5 Jahre Erfahrung in der Einführung
redaktioneller Textsysteme
sucht entsprechendes Aufgabengebiet.
Angebote erbeten unter F 3120 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

MARKETING-MANAGER
40 J., Dipl.-Kfm., m. fundierter Erfahrung im Marketing- u. Vertriebsbereich für nationale u. internationale Marken, sucht die Herausforderung als:
Geschäftsführer
Marketing- und Vertriebsdirektor
in einem Unternehmen, das den Spielraum sowohl für strategische Planung als auch aktive Umsetzung ermöglicht.
Spezielle Erfahrung:
- Strategische Unternehmensplanung
- Entwicklung u. Einführung neuer Produkte
- In- und ausländische Handelskenntnisse
- Vertriebserfahrung
- Budget- und Finanzkontrolle
- Klassisches Marketing
- Englisch

Zuschriften unter G 3297 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Leiter der Logistik
41 Jahre, mit langjährigen Erfahrungen im Groß- u. Einzelhandel, sucht neuen Aufgabenbereich in Industrie, Groß- od. Einzelhandel im Großraum Hamburg/Schleswig-Holstein.
Angebote erbeten unter PL 47469 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36, od. Tel. 0 45 25 / 32 96

Dynamische führungskraft, 34 j.
Verkaufsdirektor
mit breitem Erfahrungsbereich in der Immobilien- und Versicherungswirtschaft, vertraut mit kostenbewußter Unternehmensführung. Als Mitglied der Geschäftsleitung verantwortlich für Absatzplanung, Verkaufsförderung, Werbung und Vertrieb, fachlich nicht gebunden, sucht unternehmerische Aufgabe im Vertrieb (Angestelltenverhältnis).
Aussagefähige Zuschriften unter W 3309 erbeten an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

MARKETING-SERVICE
Kreativer Profi mit 30jähriger Industrie-Praxis (Chemie, Elektrotechnik, Kommunikationswirtschaft), *betriebswirtschaftl.* versiert, vertraut mit Markt- u. Konkurrenz-Analyse, Planung und Absatzorganisation, gewandt i. d. mod. Kommunikationstechniken, im strateg. u. analytischen Denken, mit sicherer Hand für Menschenführung, konziliant, knallhart i. d. Sache, sucht neuen Wirkungskreis (Hamburg) per 1. 4. 84 od. später.
Zuschr. u. E 3141 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Diplom-Volkswirt
37 J., langj. umfass. Berufserf. i. Industrie, Handel u. Unternehmensberatung, sucht leit. Position m. herausfordernden Aufgaben im Großr. Hamburg. Spez.-Gebiete Controlling, Betriebswirtsch., Finanzen u. Rechnungsw., EDV-Kenntn. u. Ausbildereignungsprüfung vorh.
Angeb. erb. u. PR 47473 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Verkaufsprofi, 56
auf vielen Gebieten versiert, auch als Reisender einsetzbar, sucht interessanten Wirkungskreis.
Angebote erb. unter D 3316 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

EDV-Spezialist
Dipl.-Kfm., 25 Jahre EDV-Erfahrung, vor keinem Betriebssystem, Anwenderproblem, Programmiersprache bange, erfahren in Mitarbeiterführung, Vertrieb, Rechnungswesen, sucht verantwortungsvolle Aufgabe, evtl. auch freiberuflich.
Zuschr. erb. u. A 3225 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

30jähriger Bau- und Maschinenschlosser
mit guten Schweißkenntnissen und Erfahrungen in der Wartung von Großdieseln (Bohrmaschinen), sucht verantwortungsvolle Auslandstätigkeit (Baustellenbereich).
Zuschr. erb. u. L 3234 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64 4300 Essen.

Für USA, bevorzugt Kalifornien
Immobilienkaufmann
mit Aufenthaltsgenehmigung (green card), Architekt, 49 Jahre, Sprachen: Deutsch, Englisch, Spanisch, längjährige Auslandserfahrung. Schwerpunkt: Kontaktherstellung, Vertragsabschluß, Baufinanzierung, Vorbereitung neuer Objekte, Bauabwicklung und Verkauf, sucht
Geschäftsführung von ausländischer Verkaufsgesellschaft oder Bauunternehmen
(Reise Ende Januar nach Kalifornien).
Kontaktaufnahme: H. Gruben, Luddington house, stroude rd., Egham, Surrey, England, Tel. 784 – 3 50 32

Geschäftsführer Vertrieb
51 Jahre, langjährige Tätigkeit in der Informationstechnologie (Textbe- und -verarbeitung, Datenverarbeitung, Personal-Computing) sucht neue Herausforderung. Vertriebsorientierter Marketing-Mann, jedoch tiefes Wissen in Administration, Personal, Recht, Service und Support. Finance Planning und Budgeting wird beherrscht in der Perfektion multinationaler Konzerne. Zielorientierte Mitarbeiterführung unter Einschluß von Motivation und Commitment. Englisch in Wort und Schrift. Ausgezeichnete Referenzen. Ungekündigte Position.
Vertrauliche Kontaktaufnahme unter B 3094 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Gute Mitarbeiter sind nach wie vor rar . . .
Personal-/Verwaltungsleiter
Dipl.-Betriebswirt, Industriekfm., 35 J., ungek., Praktiker mit Vertriebserfahrung, engagiert, streßgewohnt, kreativ, ergebnisorientiert, mit positiver Mitarbeiterführung, sucht verantwortungsvolle Aufgabe in Norddeutschland.
Zuschr. erb. unt. A 3137 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Speditionskaufmann
mit guten Englischkenntnissen sucht als Expedient im Im- u. Export, ein neues Aufgabengebiet.
Angebote erbeten unter PT 47456 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

– ROHKAFFEE –
Exportkaufmann i. ungekünd. Stellung, 37 J., verh., z. Zt. Exportleiter i. Tochtergesellschaft eines Schweizer Konzerns i. São Paulo, mit langjähriger Berufspraxis i. Ein- u. Verkauf bras. Rohstoffe i. Brasilien u. BRD –
speziell i. Rohkaffeehandel
(Makler- u. Durchhandelsgeschäfte) versch. Provenienzen mit guten Kontakten zu Abladern, sucht neue herausf. Aufgabe i. vergleichbarer Position im Rohkaffeehandel i. Deutschland. *Fremdsprachen: Englisch, Portugiesisch, fließend.*
Zuschr. u. R 3128 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

STELLENGESUCHE

Jurist
50 J., Rechtsbeistand m. Vollzulassung, Rechtspfleger-Ex. u. viels. Erf. aus Verwaltung u. Wirtschaft, sucht neuen Wirkungskreis, mögl. Raum Hamburg.
Angeb. u. PJ 47467 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Industriekaufmann
44, mit abgeschl. Masch.baulehre, langj. Erfahrung im Angebots- u. Auftragswesen sowie Abrechnung, engl. Sprachkenntnisse, möchte sich kurzfristig verändern.
Angeb. u. T 3130 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. TU
Bauwesen, SFI 32, ledig, mit Erfahrungen in Statik und Konstruktion von Stahlbeton-Fertigteilen, sucht Tätigkeit als Bauleiter oder in Fertigteilwerk.
Ang. u. X 3134 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Stahlkonstrukteur
sucht freiberufliche Tätigkeit im In- und Ausland, langj. Berufs- und Auslandserfahrungen sowie sehr gute Englischkenntnisse vorhanden.
Zuschr. erb. u. C 3227 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Erfahrener Bauleiter
44 J., mit mehrjähriger Auslandserfahrung in arabischen u. afrikanischen Ländern, sucht leitende Position bei einem Industrieunternehmen, das schlüsself. Anlagen im In- und Ausland erstellt.
Ang. u. F 3142 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Importkaufmann
38 J., der Feinkost- u. Nahrungsmittelbranche, m. entspr. Kenntn. i. Einkauf u. Vertrieb, wünscht auf diesem Sektor ausbauf. Position.
Ang. erb. u. PS 47474 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

AZUBI
weibl., Abitur, 19 J., sucht Lehrstelle als Druckvorlagenherst. od. Schauwerbegestalter.
Ang. erb. u. B 3138 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Verkaufsleiter
Dipl.-Ing. (Maschinenbau), 36 J., m. langj. Erf. i. Vertrieb u. i. d. Projektierung, Bereich Maschinen- u. Industrieanlagen (Gebiet: Ost- u. Westeuropa), Engl., weit. Fremdspr., z. Z. i. ungek. Stellung. Suche neue Position auf ähnl. Niveau m. Wohns. i. Hamburg.
Angeb. erb. u. PS 47455 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Schiffsbetriebstechniker
44 J., langj. Erf. in Reparatur, Instandhaltung und Überwachung von Dieselmotoranlagen, Pumpen, Kompressoren etc., gute Englisch-Kenntnisse, sucht verantwortungsvolle Tätigkeit in Service, Montage oder Anlageninstandhaltung. Raum Norddeutschland bevorzugt.
Zuschr. erb. u. H 3298 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Jg. Mann
21 J., Abitur, z. Zt. Bundeswehr, sucht ab 1. 10. 1984
Ausbildungsplatz als Industriekaufmann oder Außenhandelskaufmann
(nicht ortsgebunden).
Zuschriften unter C 3139 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

– Exportkaufmann –
52, nach insgesamt 18jähriger Tätigkeit in Westafrika, Zentral- und Südostasien im Investitionsgüter- und Markenartikelbereich nach Deutschland zurückgekehrt, ist interessiert, neue anspruchsvolle Aufgabe zu übernehmen. Englisch verhandlungssicher.
Ang. erb. u. G 3121 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

PR-Chef
38, und Pressesprecher eines großen Unternehmens, kummer- und erfolgsgewohnt, kampferprobt, 16 Jahre im Beruf, davon sechs in PR-Agenturen und acht in der Industrie, mit guten Beziehungen zur Presse gerade des Medienplatzes Hamburg, sucht im zweiten Quartal 1984 neue, *verantwortungsvolle Position mitten* im Geschehen, möglichst an der Elbe, auch in PR-Agenturen.
Angebebote erbeten unter G 3143 an den WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Marketing, Dipl.-Betriebswirt
39 J., ungek., sucht neue verantwortungsv. Aufgabe im Länderreferat und/oder Produktmanagement im deutschspr. Raum, Südeuropa, Lateinamerika. Bevorz. Firmensitz Raum Hamburg.
Bietet als Profi:
- die Beherrschung d. gesamten Marketing-Mix
- Produkterfahrung a. Einsatz u. Reisen in Lateinamerika
- Produktbetreuung und
- Neueinführung i. Konsumgüterbereich

Ang. erb. u. PT 47475 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Werkzeugmacher sucht Auslandstätigkeit
45 Jahre alt, ledig, o. Meisterbrief, letzte Tätigkeit in arab. Ländern: Montage u. *Inbetriebnahme von konventionellen* Maschinen u. Anlagen. Ausbildung von arabischem Personal u. Lehrlingsausbildung in Metallberufen.
Eilzuschriften unter Y 3135 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen




Diplom-Kaufmann, Diplom-Handelslehrer
32, kaufm. Lehre, kaufm. und päd. Berufspraxis, Studienschwerpunkte: Wirtschaftspädagogik, Organisation und Personalwirtschaft, Arbeitsrecht;
sucht Aufgabe in betrieblicher Aus- und Fortbildung und Personalwesen.
Auskünfte erteilt: Herr Klug
Fachvermittlungsdienst Bremen, Außer der Schleifmühle 4,
2800 Bremen 1, ☎ 0421/3077-592

Rechnungswesen / EDV-Organisation
40, Betriebswirt (grad.), Industriekaufmann, Bilanzbuchhalter (IHK); 7 Jahre als EDV-Organisator: Systemanalyse, Neuorganisation, Programmierung in den Bereichen Materialwirtschaft und Rechnungswesen. Langjährige Erfahrung im Rechnungswesen: Finanz- und Warenbuchhaltung, Jahresabschluß einschl. Bilanzierung, Konzernberichterstattung, Lohn- und Gehaltsabrechnung. Erfolgreiche Umstellungsarbeiten von konventionellen Buchhaltungssystem auf EDV-Dialogsysteme;
sucht qualifizierte Tätigkeit im Rechnungswesen oder EDV-Organisation.
Auskünfte erteilt: Herr Klug
Fachvermittlungsdienst Bremen, Außer der Schleifmühle 4,
2800 Bremen 1, ☎ 0421/3077-592

Auslandsmontage von Techniker gesucht
Heizung, Klima, Lüftung, 27 J., verh., keine Kinder, mit 3jähriger Praxis als technischer Zeichner in der Berechnung und Projektierung von Heizungs-, Klima-, Lüftungs- und sanitärtechnischen Anlagen sowie im allg. Maschinenbau.
Angeb. u. D 3140 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Bautechniker
mit abgeschlossener Berufsausbildung, Deutscher, 35 Jahre, ledig, Englischkenntnisse, versiert in Straßenverkehrstechnik, Hochbau und Rohrleitungsbau, selbständig, zielstrebig, dynamisch, flexibel, belastbar und kontaktfreudig, sucht verantw. weltweite Tätigkeit.
Ang. u. P 3127 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Nahost
Groß- u. Außenhandelskfm., 33, dtsch., beherrscht die Sprachen des Nahen Ostens (Erfahrung im Übersetzen) u. Englischkenntn., sucht Anstellung in Handelsfirma, vorzugsw. Nahosthandel.
Zuschr. an PA 47229 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Dipl.-Ökonom
29 J., ledig, Abschluß Uni Hannover 12/83, Vertiefungsfächer: BWL-Steuerlehre, Geld, Kredit, Währung, Finanzwissenschaft, prakt. Erf. in Steuerbüro, Sportart.-Geschäft u. Versand eines Chemiew., FS Kl. III, zu. z. 1. 2. od. später Anfangsstellung als Assistent.
Ang. erb. u. M 3125 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

DIPLOM-VOLKSWIRT nach USA
25 J., Deutscher, Ausbildung an deutsch. und amerik. Univ., guter Abschluß, green card. Suche: Anfangsposition, Trainee-Prog., vorzugsw. Raum New York-Washington z. Beginn 1984. Kenntnisse: Finanzwis., social-adm.-mgt., Planung, Organisation im Personalw., Außenwirtsch., equal employment opportunity, Engl. perfekt, Franz., ausbaufähige EDV-Kenntnisse.
Ang. erb. u. W 3126 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Bürovorsteher, 37 J.
Rechtsanwaltskanzlei
üb. 15 J. Branchenerfahrung, su. neue Aufg. im Raum Lüneburg, Uelzen, Celle u. Hamburg, da jetzige Tätigkeit ohne Perspektive. **Schwerpunkte:** Kosten- u. Verfahrensrecht, Zwangsvollstreckung, Organisation. **Gesuchte Aufgabe:** Gesamtverantwortung m. richtigem Verhältnis v. Leistung u. Einkommen.
Ang. erb. u. Z 3136 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

STELLENANGEBOTE




Günter Kaiser von der Hamburg-Mannheimer: „Unsere Größe ist Ihre Chance. Sie heißt mehr Zukunft, mehr vom Leben."

Volljuristen

Die **zentrale Rechtsabteilung** in Hamburg, Referat Versicherungsrecht, bietet einem(r) befähigten jüngeren Volljuristen/in eine entwicklungsfähige Position.

Die Aufgaben sind vielseitig und anspruchsvoll.

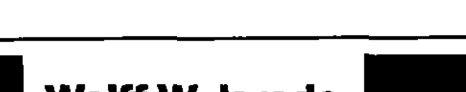
Sie erfordern juristisches Können, berufliches Engagement und Interesse an der Bearbeitung von Grundsatzfragen.

Die **HUK-Schaden-Abteilung** bietet Ihnen als Prozeßsachbearbeiter weitgehend selbständige Bearbeitung von versicherungsrechtlichen Fragen und Haftpflichtschäden.

Wir erwarten Einsatzbereitschaft und die Fähigkeit, sich schnell in neue Aufgaben hineinzufinden.

Einschlägige Erfahrungen bei Rechtsanwälten oder Versicherern sind erwünscht, jedoch nicht Voraussetzung.

Die Dotierungen sind leistungsgerecht, unsere Sozialleistungen und die betriebliche Altersversorgung entsprechen dem Niveau eines Großunternehmens. Ihre aussagefähige Bewerbung einschließlich der Stationszeugnisse richten Sie bitte an Herrn Kersting, Personalabteilung, Überseering 45, 2000 Hamburg 60.



Realisieren Sie im neuen Jahr das, was Sie sich schon immer vorgenommen hatten . . .

. . . selbständiger, verantwortungsvoller und ergebnis-orientierter zu arbeiten.

Die T/O/P – das Team für oekonomische Prozessplanung, eine mittelgroße Full-Service-Werbeagentur mit breitem Kunden-Spektrum, bietet Ihnen 1984 die Chance, sich Ihren Traum-Job zu erfüllen.

Die Marktforschungs- und PR-Abteilung soll als Profit-Center geführt werden.

Deshalb sind eine hohe Eigenständigkeit und direkte Erfolgs-Beteiligung garantiert.

Im Bereich Kunden-Beratung ist eine ähnliche Entwicklung mittelfristig vorgesehen.

Das Ideal-Alter für alle Positionen liegt zwischen 30 und 40 Jahren.

Marktforscher/in

Ihre Aufgabe ist die Auswertung bzw. die Erhebung von qualitativen Daten incl. Steuerung von Markt-Forschungs-Instituten.

Sie sollten schon 2- bis 3jährige praktische Erfahrungen besitzen, entweder als Studien-Leiter oder Assistent in einer Marktforschungs-Abteilung, um in Zukunft Ihr Leistungsangebot und Datenmaterial incl. Maßnahmen-Empfehlungen selbst präsentieren zu können.

Kontakt-Freudigkeit, verkäuferisches Talent und persönliches Standing gehören also dazu.

Kundenberater/in

Ihre Aufgabe ist die selbständige Betreuung bisheriger und neuer T/O/P-Kunden von der Absatz-Strategie bis hin zum agentur-internen Project-Management.

Beste Voraussetzungen hierfür sind neben einem Wirtschafts-Studium schon erste Erfahrungen in einem Unternehmen oder noch besser in einer Werbeagentur.

Das erfordert eine(n) Mitarbeiter/in, der/die neben einer sympathischen Persönlichkeit auch noch den Vorteil hoher Flexibilität, gepaart mit starkem Leistungs-Engagement, besitzt.

Public-Relations-Berater/in

Ihre Aufgabe ist, eine eigene Public-Relations-Abteilung aufzubauen und auch unabhängig von der Agentur im Markt zu operieren.

Dazu gehören neben organisatorischem und Kontakt-Talent viel Engagement und Überblick über die differenzierten Kommunikations-Möglichkeiten im Public-Relations-Bereich.

Eine dynamische Mannschaft freut sich auf Ihre kompletten Bewerbungs-Unterlagen mit Angabe des Gehalts-Wunsches und des möglichen Eintritts-Termines.

TEAM FÜR OEKONOMISCHE PROZESSPLANUNG **T/O/P**
MOORLANDSTRASSE 6 4500 OSNABRÜCK
TELEFON 0541/13051
TELEX 094627 topwa

"KINDER DIE NEBEN FAHRZEUGEN SPIELEN, SIND FÜR DEN KRAFTFAHRER NICHT IMMER SICHTBAR"
DEUTSCHE VERKEHRSWACHT
Schleswig-Holstein e. V.

Für den Aufbau einer neuen Vertriebsorganisation suchen wir

- **Führungskräfte**
- **hauptberufliche Außendienst-Mitarbeiter**
- **nebenberufliche Außendienst-Mitarbeiter**

Wir bieten attraktive Produkte, praxisnahe organisatorische Hilfestellung und werbliche Unterstützung.

Ihre Einkommensentwicklung bestimmen Sie selbst durch Ihre Leistung.

Bitte senden Sie Ihre Kurzbewerbung mit tabellarischem Lebenslauf an Herrn Josef Jirauschek persönlich. Diskretion sichern wir Ihnen zu.

Deutscher Ring Bausparkasse AG, Vorstandssekretariat, Jessenstraße 4, 2000 Hamburg 50.

Deutscher**Ring** Bausparkasse AG


Wolff Walsrode sucht Mitarbeiter

Wolff Walsrode. Ein Werk der chemischen Industrie. Mit einer Reihe von Produktionszweigen der Cellulose- und Kunststoffchemie zählt es zu den modernsten seiner Art. Wolff Walsrode ist das älteste Werk der Celluloseveredelung in Deutschland und heute einer der führenden Hersteller und Verarbeiter von Verpackungsfolien.

Für unseren Zentralbereich Technik suchen wir einen

Diplomingenieur (TU) Verfahrenstechnik

für die Optimierung und Weiterentwicklung von Verfahren in unseren Chemiebetrieben einschließlich Energie-Einsparung.

Wir erwarten gute Fachkenntnisse und die Bereitschaft zu engagierter Arbeit im Team. Die Aufgabe bietet Raum für Initiative und Eigenverantwortung.

Wenn die Aufgabe Ihr Interesse findet und Sie nicht älter als 35 Jahre sind, bitten wir um Ihre aussagefähige Bewerbung unter Kennziffer 71/83 an unsere Abteilung Personalwirtschaft.

Wolff Walsrode
Wolff Walsrode AG, Postfach, 3030 Walsrode 1

METZENAUER & JUNG

Wir liefern Niederspannungsschaltgeräte, Steuerungen und Anlagen sowie Industrieelektronik für viele Industriezweige im In- und Ausland.

Wir verstärken unseren Außendienst und suchen

Bezirksverkaufsleiter

für den Raum Nordrhein-Westfalen.

Wir denken an einen Ingenieur oder Techniker mit Erfahrungen auf dem Gebiet der Elektrotechnik. Die Aufgabe eignet sich auch für einen technisch versierten Kaufmann mit Erfahrung auf dem Gebiet der Niederspannungs-Schaltgerät-Technik.

Bitte senden Sie Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen (tab. Lebenslauf, Zeugniskopien, Lichtbild) mit Angabe der Einkommenserwartung und des frühesten Eintrittstermins an

Metzenauer & Jung GmbH, Personalabteilung,
Deutscher Ring 30–36, 5600 Wuppertal 1, Tel. 02 02 / 7 19 63 65

Metzenauer & Jung · ein Unternehmen der Westinghouse Electric Corporation

Warenpreise – Termine

Zu einer Unterbrechung der Talfahrt kam es am Dienstag bei den Gold,- Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Dabei konnten diese Metalle deutlich zulegen. Fester schlossen auch Kaffee und Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	10. 1.	9. 1.
März	361,25	358,75
Mai	355,50	352,75
Juli	344,50	342,50

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	10. 1.	9. 1.
St. Lawrence 1 CW	251,75	250,65
Amber Durum	259,30	258,80

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
März	143,90	142,50
Mai	147,00	145,50
Juli	149,50	148,30

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
März	129,10	127,80
Mai	127,30	126,30
Juli	127,00	127,00

Hafer Chicago (c/bush)	10. 1.	9. 1.
März	184,00	183,75
Mai	185,25	184,75
Juli	184,00	183,25

Mais Chicago (c/bush)		
März	333,75	330,75
Mai	336,25	330,50
Juli	336,50	334,00

Gerste Winnipeg (can. $/t)	10. 1.	9. 1.
März	136,30	134,50
Mai	136,30	135,00
Juli	137,40	136,00

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	10. 1.	9. 1.
März	140,80	140,05
Mai	137,25	136,90
Juli	134,95	134,80

Kakao New York ($/t)	10. 1.	9. 1.
Terminkontr. März	2481	2455
Mai	2465	2459
Juli	2445	2444
Umsatz	5967	6815

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 März	7,68	7,56
Mai	8,01	7,92
Juli	8,29	8,21
Sept.	8,54	8,46
Okt.	8,70	8,62
Umsatz	6950	5595

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	10. 1.	9. 1.
	6,78	6,89

Kaffee London (£/t) Robusta-	10. 1.	9. 1.
Kontrakt Jan.	1998–2000	1998–2000
März	1985–1987	1998–1999
Mai	1891–1893	1916–1917
Umsatz	3256	1795

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt März	1868–1867	1877–1878
Mai	1855–1856	1865–1866
Juli	1836–1837	1845–1847
Umsatz	7903	10469

Zucker London (£/t)		
März	139,75–139,90	140,00–140,10
Mai	145,95–146,00	146,05–146,20
Umsatz	–	912

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	10. 1.	9. 1.
schw. Sarawak spez.	438,00	438,00
weißer Sarawak	682,50	682,50
weißer Muntok	690,00	690,00

Orangensaft New York (c/lb)	10. 1.	9. 1.
Jan.	142,00	141,10
März	145,10	144,30
Mai	147,90	147,30
Juli	149,15	149,40
Sept.	150,25	150,90
Umsatz	1400	2000

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	10. 1.	9. 1.
Südstaaten fob Werk.	47,50	47,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	27,00	26,75

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Jan.	28,98	28,20
März	29,52	28,70
Mai	29,95	29,20
Juli	30,00	29,35
Aug.	29,80	29,10
Sept.	28,75	28,10
Okt.	27,70	27,30

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	30,00	29,00

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	23,50	23,00
Choice white hog 4% fr. F.	18,50	18,25

Talg New York (c/lb)		
top white	18,25	17,75
fancy	17,75	17,25
bleichfähig	17,50	17,00
yellow max. 10% fr. F.	16,00	15,50

Schweine Chicago (c/lb)		
Febr.	53,35	52,80
Apr.	49,60	49,20
Juni	54,40	53,85

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	65,05	64,70
März	64,90	64,50
Mai	66,40	65,95

Häute Chicago (c/lb)	10. 1.	9. 1.
Ochsen unb. schwere River Northern	54,00	54,00
Kühe unb. schwere River Northern	57,00	58,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Jan.	769,00	752,00
März	785,50	767,50
Mai	800,00	783,00
Juli	808,00	792,00
Aug.	798,00	785,50
Sept.	758,00	749,50
Nov.	723,00	718,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Jan.	206,80	203,00
März	207,30	204,50
Mai	208,80	206,00
Juli	210,00	208,50
Aug.	209,00	208,00
Sept.	203,00	202,00
Okt.	193,00	192,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	10. 1.	9. 1.
März	380,80	373,10
Juli	384,00	376,30
Mai	387,50	381,50

Kokosöl New York (c/lb)	10. 1.	9. 1.
Westküste fob Werk	48,00	47,25

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	10. 1.	9. 1.
jegl. Herk. cif	965,00	–

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	515,00	515,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	620,00	610,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	217,00	217,25

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1075,00	1075,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	305,00	310,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	10. 1.	9. 1.
März	73,90	73,45
Mai	75,10	74,75
Juli	76,05	75,75
Okt.	73,00	73,00
Dez.	72,00	71,95
März	73,30	73,00

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1:	57,25	57,25

Wolle Lond. (Neus. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	10. 1.	9. 1.
Jan.	406–410	404–410
März	421–423	419–423
Mai	435–437	433–436
Umsatz	85	60

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	10. 1.	9. 1.
März	47,30	unerh.
Mai	47,70	unerh.
Juli	48,10	unerh.
Okt.	48,40	unerh.
Umsatz	2250	0
Tendenz: stetig		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	10. 1.	9. 1.
März	565,0–567,0	565,0–566,0
Mai	583,0–583,5	580,0–581,0
Juli	593,0–594,0	590,0–592,0
Umsatz	26	5

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	10. 1.	9. 1.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	10. 1.	9. 1.
Jan.	13 950	13 939
Febr.	13 936	13 919

Kautschuk London (p/kg)	10. 1.	9. 1.
Nr. 1 RSS loco	85,50–87,50	86,00–88,00
Febr.	85,00–87,00	86,40–87,50
März	86,00–87,00	86,80–87,80
April/Juni	86,60–86,70	87,40–87,60
Tendenz: ruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	10. 1.	9. 1.
Jan.	266,50–266,75	266,50–267,00
Febr.	270,25–271,00	270,00–271,00
Nr. 2 RSS Jan.	255,50–256,50	255,00–256,00
Nr. 3 RSS Jan.	252,00–253,00	251,50–252,50
Nr. 4 RSS Jan.	245,50–246,50	245,00–246,00
Tendenz: leichter		

Jute London (£/lgt)	10. 1.	9. 1.
BWC	500,00	495,00
BWD	495,00	485,00
BTC	500,00	495,00
BTD	495,00	485,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 FL – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

Blei: Basis London	10. 1.	9. 12.
laufend. Monat	113,77–113,97	115,07–115,27
drittfolg. Monat	117,14–117,33	118,64–118,84
Zink: Basis London		
laufend. Monat	263,41–263,60	259,90–260,30
drittfolg. Monat	264,80–264,99	262,28–262,48
Produz.-Preis	277,10	276,05
Reinzinn 99,9%	3869–3906	3821–3859

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	10. 1.	9. 1.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	395,61–397,59	399,97–401,96
Blei in Kabeln	121,50–122,50	122,75–123,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	430,50–452,00	430,50–452,00
Vorziehdraht	439,50–464,00	439,50–464,00

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreis durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhersteller.

Messingnotierungen

	10. 1.	9. 1.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	372–383	375–385
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	422	422–424
MS 63	417–422	420–425

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring-/kg)	10. 1.	9. 1.
	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	10. 1.	9. 1.
Leg. 225	448–462	448–462
Leg. 226	450–464	450–464
Leg. 231	480–494	480–494
Leg. 233	490–504	490–504

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	10. 1.	9. 1.
Platin (DM je g)	36,05	35,95
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	33 950	33 750
Rücknahmepr.	33 200	33 600
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	33 900	33 200
Rücknahmepr.	32 880	32 580
verarbeitet	35 580	35 230
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 600	33 220
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	746,30	731,40
Rücknahmepr.	722,10	705,80
verarbeitet	781,50	763,90

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	10. 1.	9. 1.
10.30	367,50	364,25
15.00	371,25	365,25
Zürich mittags	372,25–372,75	364,00–364,50
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	102 900	101 600
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	576,90	565,30
3 Monate	589,80	578,10
6 Monate	605,50	592,05
12 Monate	636,00	621,10
Platin (£-Feinunze) London	10. 1.	9. 1.
fr. Markt	265,30	262,50
Palladium (£-Feinunze) London		
f. Händlerpr.	105,60	104,90

New Yorker Preise	10. 1.	9. 1.
Gold H & H Ankauf	371,25	363,25
Silber H & H Ankauf	798,00	792,00
Platin fr. Händlerpr.	375,00–378,50	375,00–378,50
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium		
fr. Händlerpr.	147,00–149,00	149,00–151,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
Jan.	799,70	781,00
Febr.	803,60	776,00
März	808,00	792,00
Mai	822,00	803,00
Juli	835,00	821,00
Sept.	852,30	835,00
Dez.	874,00	857,30
Umsatz	33 000	35 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	10. 1.	9. 1.
Jan.	64,75	61,00
Febr.	62,10	61,40
März	62,65	61,80
Mai	63,90	63,15
Juli	65,35	64,25
Sept.	66,70	66,00
Dez.	68,75	67,35
Umsatz	16 000	12 000

Londoner Metallbörse

Aluminium (£/t)	10. 1.	9. 1.
Kasse	1109,0–1110,0	1109,0–1110,0
3 Monate	1138,5–1139,0	1138,5–1139,0
Blei (£/t) Kasse	288,50–289,00	287,50–288,50
3 Monate	298,00–298,50	297,50–298,00
Kupfer Higher grade (£/t)		
mittags Kasse	985,50–986,00	995,00–996,00
3 Monate	1010,5–1011,0	1019,0–1020,0
abends Kasse	979,00–980,00	996,50–997,50
3 Monate	1004,0–1004,5	1021,0–1021,5
(Kupfer-Standard)		
Kasse	964,00–966,00	982,00–982,50
3 Monate	988,00–989,00	1005,5–1006,0
Zink (£/t) Kasse	671,50–672,50	658,50–659,25
3 Monate	672,50–673,00	684,50–685,00
Zinn (£/t) Kasse	8580–8585	8535–8540
3 Monate	8835–8840	8805–8806
Quecksilber		
$/Fl.)	305,00–315,00	300,00–310,00
Wolfram-Erz		
($/T-Einh.)	72,00–77,00	72,00–77,00

Wir trauern um unseren Vater und Opa

Dr. Gustav Dönhoff

Träger des Bundesverdienstkreuzes

* 7. 7. 1901 † 8. 1. 1984

Ilse Conner geb. Dönhoff
San Francisco

Günther und Ingrid Dönhoff geb. Racho
Kleinbottwar

Eva Dönhoff mit Jens
Heidelberg

Georg und Margit Dönhoff geb. Gross
mit Michael
Essen-Heisingen

Günter und Henny Scheidler
mit Barbara, Renate und Stefan
Leverkusen-Höfen

Die Trauerfeier und Beisetzung finden am Freitag, dem 13. 1. 1984, um 11.00 Uhr auf dem Ostfriedhof in Paderborn statt.

Im Sinne des Verstorbenen bitten wir anstelle von Kranz- und Blumenspenden um eine Geldspende zugunsten des Deutschen Krebsforschungszentrums Heidelberg, Forschungsprojekt „Grundlagen der Tumordiagnostik", Konto-Nr. 01/57 008 Deutsche Bank, Heidelberg.

Traueranschrift: Borchener Straße 36, 4790 Paderborn

FINANZANZEIGEN

RWE

Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk Aktiengesellschaft, Essen

Einladung zur Hauptversammlung

Am 23. Februar 1984, 10 Uhr,
findet in der Grugahalle in Essen, Norbertstraße 2,
unsere ORDENTLICHE HAUPTVERSAMMLUNG
statt, zu der wir unsere Aktionäre einladen.

Tagesordnung

1. a) Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 1982/83 (1. Juli 1982 bis 30. Juni 1983) mit dem Geschäftsbericht des Vorstands, dem Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns und dem Bericht des Aufsichtsrats.
   b) Vorlage des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr 1982/83 (1. Juli 1982 bis 30. Juni 1983) mit dem Konzerngeschäftsbericht.
2. Beschlußfassung über die Gewinnverwendung.
   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, *eine Dividende von 8 DM je Aktie im Nennbetrag von 50 DM auf die voll dividendenberechtigten Aktien im Gesamtnennbetrag von 1 800 000 000 DM*
   und
   eine Dividende von 2 DM je Aktie im Nennbetrag von 50 DM auf die für das Geschäftsjahr 1982/83 zu einem Viertel dividendenberechtigten jungen Aktien aus der Kapitalerhöhung 1983 im Gesamtnennbetrag von 450 000 000 DM
   auszuschütten.
3. Entlastung der Mitglieder des Vorstands.
4. Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats.
5. Wahl zum Aufsichtsrat.
6. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1983/84.

Der Vorstand ist gemäß §§ 125 ff. Aktiengesetz zur Mitteilung etwaiger Anträge und Wahlvorschläge von Aktionären nur dann verpflichtet, wenn diese ihre Aktionärseigenschaft *rechtzeitig nachweisen.*
Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung eines ihnen zustehenden Stimmrechts sind die Inhaber der Stammaktien und der Vorzugsaktien ohne Stimmrecht berechtigt, die ihre Aktien bis spätestens 15. Februar 1984 bei der Kasse unserer Gesellschaft, bei einem deutschen Notar, bei einer Wertpapiersammelbank oder bei weiteren Hinterlegungsstellen (zahlreichen Banken und Sparkassen) bis zum Schluß der Hauptversammlung hinterlegen.
Die Hinterlegung ist auch dann ordnungsgemäß, wenn Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für sie bei einem anderen Kreditinstitut bis zum Schluß der Hauptversammlung gesperrt werden.

Im Falle der Hinterlegung bei einem deutschen Notar oder bei einer Wertpapiersammelbank ist die Bescheinigung über die erfolgte Hinterlegung spätestens am *Tage nach Ablauf der Hinterlegungsfrist bei der Gesellschaft einzureichen.*

Für die Namensaktionäre gilt die Eintragung im Aktienbuch am Tage der Hauptversammlung als Ausweis für die Berechtigung zur Teilnahme und Stimmrechtsausübung.

Essen, den 11. Januar 1984

RHEINISCH-WESTFÄLISCHES ELEKTRIZITÄTSWERK
AKTIENGESELLSCHAFT

Der Vorstand

Der ungekürzte Text der Einladung zur Hauptversammlung mit Angabe aller Hinterlegungsstellen erscheint im Bundesanzeiger Nr. 7 vom 11. Januar 1984.

8¼ % Anleihe

des

LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN von 1984 (1992)

– Wertpapier-Kenn Nr. 159 534 –

VERKAUFSANGEBOT

Das Land Nordrhein-Westfalen begibt aufgrund haushaltsgesetzlicher Kreditermächtigung eine 8¼% Anleihe im Gesamtnennbetrag von

DM 800.000.000,–

Von der Anleihe werden DM 600.000.000,– vom 11. bis 13.01.84 zum Kurs von 99½ % börsenumsatzsteuer- und spesenfrei von einem Bankenkonsortium unter Führung der Westdeutschen Landesbank Girozentrale zum Verkauf angeboten. *Die weiteren DM 200.000.000,– stehen dem Land Nordrhein-Westfalen zu Interventionszwecken zur Verfügung.*

Ausstattung der Anleihe

Verzinsung	Die Anleihe wird mit 8 ¼ % p. a. verzinst. Die Zinsen sind jährlich nachträglich am 15. 01., erstmals am 15. 01. 1985 fällig.
Nennbeträge	DM 100,– oder ein Mehrfaches davon.
Laufzeit	Die Laufzeit der Anleihe beträgt 8 Jahre.
Rückzahlung	Die Anleihe wird am 15. 01. 1992 zum Nennwert zurückgezahlt.
Kündigung	Die Anleihe ist weder durch den Anleiheschuldner noch durch die Anleihegläubiger kündbar.
Mündelsicherheit und Deckungsstockfähigkeit	*Die Anleihe ist nach § 1807 Abs. 1 Ziff. 2 BGB mündelsicher und nach § 54a Abs. 2* Ziff. 4 VAG deckungsstockfähig.
Lombardfähigkeit	Die Anleihe ist nach § 19 Abs. 1 Ziff. 3d des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank lombardfähig.
Börseneinführung	Die Anleihe wird unverzüglich zum Handel und zur amtlichen Notierung an allen deutschen Wertpapierbörsen eingeführt.
Zahlung von Zinsen und Kapital	Die fälligen Zinsen und Rückzahlungsbeträge werden durch das depotführende Kreditinstitut gutgeschrieben. Die Verzinsung endet mit dem Ablauf des dem Fälligkeitstag vorhergehenden Tages; das gilt auch dann, wenn die Leistung nach § 193 BGB bewirkt wird.
Lieferung	Vor Verkaufsbeginn wird eine Sammelschuldbuchforderung im Gesamtbetrag der Anleihe für die Wertpapiersammelbank Nordrhein-Westfalen AG in das Schuldbuch des Landes Nordrhein-Westfalen eingetragen. Die Ausgabe von Teilschuldverschreibungen ist für die gesamte Laufzeit ausgeschlossen (Wertrechtsanleihe). Die Erwerber erhalten einen Anteil an einem Sammeldepot in Höhe der gekauften Beträge bei der Wertpapiersammelbank über ein Kreditinstitut.

Düsseldorf, Berlin, Bielefeld, Bochum, Dortmund, Essen, Frankfurt/Main, Hannover, Köln, Mainz, München, Münster, im Januar 1984

WESTDEUTSCHE LANDESBANK GIROZENTRALE
zugleich für die Sparkassen im Land Nordrhein-Westfalen

BANK FÜR GEMEINWIRTSCHAFT Aktiengesellschaft

BAYERISCHE HYPOTHEKEN- UND WECHSEL-BANK Aktiengesellschaft

BAYERISCHE VEREINSBANK Aktiengesellschaft

BERLINER HANDELS- UND FRANKFURTER BANK

COMMERZBANK Aktiengesellschaft zugleich für **BERLINER COMMERZBANK** Aktiengesellschaft

DELBRÜCK & CO.

DEUTSCHE BANK Aktiengesellschaft zugleich für **DEUTSCHE BANK BERLIN** Aktiengesellschaft

DEUTSCHE GIROZENTRALE – DEUTSCHE KOMMUNALBANK –

DG Bank DEUTSCHE GENOSSENSCHAFTSBANK

DRESDNER BANK Aktiengesellschaft zugleich für **BANK FÜR HANDEL UND INDUSTRIE** Aktiengesellschaft

HANDELS- UND PRIVATBANK Aktiengesellschaft

BANKHAUS HERMANN LAMPE Kommanditgesellschaft

MERCK, FINCK & CO.

NATIONAL-BANK Aktiengesellschaft

NORDDEUTSCHE LANDESBANK GIROZENTRALE

LANDESBANK RHEINLAND PFALZ – GIROZENTRALE –

SAL. OPPENHEIM JR. & CIE.

SIMONBANK Aktiengesellschaft

J. H. STEIN

THE ROYAL BANK OF CANADA

TRINKAUS & BURKHARDT

WESTDEUTSCHE GENOSSENSCHAFTS-ZENTRALBANK eG zugleich für die Volksbanken Raiffeisenbanken im Land Nordrhein-Westfalen

WESTFALENBANK Aktiengesellschaft

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Klage-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheke (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geiler, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: King-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11-13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Frechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Programm der Emotion

Nea. – Ein Statement, sagte die neugewählte Vorsitzende einer bekannten, mit Familienfragen beschäftigten Organisation ins Rundfunkmikrofon, ein Statement könne und wolle sie nicht abgeben. Statements sagten ihr nichts. Weil der ein Statement Abgebende sich dabei nicht als Person zeige, weil nicht deutlich werde, was bei ihm „für Emotionen ablaufen".

Man errät wohl, was da gemeint ist. Aber wer sagt der Dame, daß sehr viele Menschen angesichts der Zumutung, anderen das „Ablaufen" ihrer Emotionen vorzuführen, statt eines Gesprächs wahrscheinlich panikartig das Weite suchen würden?

Die Frage ist hier nicht, ob eine ganz allgemein auf Verständnis und Verständigung angewiesene Organisation sich eine Vorsitzende leisten sollte, die sich sprachlich offenbar im subkulturellen Getto bewegt. Das eigentlich Kuriose ist ein Widerspruch. Da kämpfen diese Menschen gegen Leerformeln und für das Zeigen von Gefühl und Betroffenheit, gegen das Vordringen der Technik und der Computer und für Einfachheit und Natur – und benutzen dann, wenn es eben um diese Gefühle geht, die Sprache der Computerwelt. Emotionen, die ablaufen, sind keine Gefühle, sondern programmierte Prozesse. Das läuft ab wie vorgesehen. Da ist kein Risiko wie bei Gefühl.

Die kühle, fast ironische Versachlichung, die in den „ablaufenden Emotionen" steckt – das ist noch der Geist der Studentenbewegung, die den (angeblich) leeren Phrasen der Väter die *schneidend* überzeugende Ratio der jungen Generation entgegensetzen wollte. Gefühl war damals verdächtig. Was lag näher, als es zur kontrollierbaren Funktion zu degradieren?

Die bewegten Damen und Herren werden es sicher eines Tages selber merken und auf die Suche nach einer eigenen Sprache gehen. Man muß es nur abwarten, sozusagen *ablaufen lassen – nicht wie im* Computer, sondern wie in der Regenrinne.

Theaterblüte in Straßburg: Depardieus „Tartuffe"

Regisseur als Dirigent

Denkt man sich die Hauptverantwortlichen dieser Inszenierung ihrerseits als Figuren innerhalb einer Dramaturgie, so hat dieser Theaterabend im Théatre National de Strasbourg (*TNS*) drei glänzende Hauptfiguren: Jacques Lasalle, der die Leitung der Straßburger Bühne übernommen hat, Gérard Depardieu, als Tartuffe die Arbeit vor der Kamera zeitweilig mit der Bühne tauschend, und einen unbekannten Autor namens Molière. In Szene gesetzt hat dies, zumindest zum Teil, der Promotor der „nationalen französischen Kulturindustrie", Jack Lang, der Lasalle zum Leiter nach Straßburg empfahl.

Lasalle, dessen Erarbeitung von Aribert Reimanns Oper „Lear" im November 1982 in der Opéra de Paris noch in Erinnerung sein dürfte, nahm seine Tätigkeit in der westlichen „Provinz" Frankreichs am 1. August vergangenen Jahres auf und hat sich nun für seinen Tartuffe den Danton-*Darsteller Gérard Depardieu ans* Haus geholt. Daß Lasalle (geboren 1936) zwischenzeitlich auf die Leitung der renommierten Bühne „Studio-Théatre de Vitry" und auf seine Professur am nationalen Konservatorium nicht verzichtet, schadet der Arbeit keineswegs. Es scheint vielmehr, als gelänge es ihm, – dieser Tartuffe könnte als Beleg gelten –, durch die konzentrierte Anspannung, die diese Mehrfachbelastung mit sich bringt, ein konzises, blendendes, klassisches, denkendes Theater zu machen, dessen Bild- und Tempoverläufe ein strukturalistisches Gespür für die Sprache verraten. So nur ist denkbar, was Lasalle mit Molière gelungen ist.

Es geht schwarz zu und sehr klar. Um das Wechselspiel der Intrigantenheuchelrede nicht zu stören, hat man auf jeglichen opportunistischen Schnickschnack verzichtet. Die Worte sind das Orakel, nicht die Bilder: der klassischen, jedoch nicht intendierten Statik der Sprache Molières hat man ein Bühnenbild gebaut, das sich durch realistische Kargheit, technische Raffinesse und eine musikalische Leisigkeit auszeichnet; das Ganze rechnet auf den Gegensatz von hell und dunkel. Der Geometrisierung der verfestigten Gefühle und *Meinungen stehen die Rage des* gesunden Menschenverstandes und die Litanei berechneter Bigotterie gegenüber. Und was an Menschen sich über die Bühne bewegt, scheint es, bleibt einen halben Schritt, hinter der jeweiligen Rede zurück. Auch so, über diese Verlangsamung dessen, was sonst immer so schnell zusammengeht, kann man ein Stück aufbrechen. Und die Verhältnisse von richtigem und falschem Bewußtsein kommen neu in alten Namen ans Licht.

Wenn es einem, wie Lasalle es gelingt, möglich ist, mit Dirigentenzugriff die Tempoveränderungen langsam über das Stück hin aufzubauen und zum Spielgegenstand selber zu machen, also zu inszenieren und nicht nachzuspielen, so sieht man Theater. *Die dezenten Hinweise* in der *Presse-Information*, man habe Depardieu mit François Perier als Orgon einen erfahrenen Theaterdarsteller zur Seite geben wollen, erweisen sich spätestens dann als überflüssig, wenn Depardieu sich in seinem ersten Auftritt, – von Molière in raffinierter Expositionstechnik in die Mitte des dritten Akts gestellt –, die lange Reihe seiner Jackenknöpfe öffnet. *Jeder, der Molière kennt, kennt* „Tartuffe", wer aber Depardieu nicht gesehen hat, weiß nicht, wer Tartuffe ist. Kann man in eine klassische Staffage Minimal-Art einführen? Lasalle kann es und Depardieu tut's. Körper und Rede gehen auseinander, die Spannung zwischen Gesten, Bewegungen und Sätzen wird in kürzesten Zeitstücken auf ein Trapez aus Eis geführt: der Heuchler verführt und gewinnt. Es sind diese artifiziell aufgebrochenen Augenblicke, die, sich aus der Beobachtung kleinster Handlungen ergebend, gegen das Stück selber gespielt, eine Dichte hervorbringen, in der man förmlich das Knacken des Sentiments hört. Depardieu beherrscht die Szene noch mit einem leisen, grinsend-glucksenden Lacher, der aus den Schulterblättern zu kommen scheint, indes er nach hinten über eine Treppe abgeht.

Lasalle, könnte man meinen, der alles so geschmeidig führt, käme vom Film und nicht Depardieu, der doch bisher vor der Kamera gestanden hat. Und abermals wird das Metier gewechselt: diese Straßburger Inszenierung von Lasalle wird in Koproduktion mit dem Nationaltheater Straßburg, Gaumont, Les Films du Losange und Depardieu als Film aufgearbeitet. *Im Straßburger Theater aber* hat man noch bis 28. Januar das Vergnügen, bevor das Stück am 11. Februar nach Paris ans Théatre de la Ville wechselt.

REINER NERVAL

Wagners „Tannhäuser" am Staatstheater Karlsruhe

Entdeckung eines Tenors

Die Auseinandersetzung mit Richard Wagner scheint sich von der Walstatt der Regiebrutalität nun doch wieder auf musikalische Schauplätze zu verlagern. So auch jetzt in Karlsruhe, wo man vom Mangel an Sängern der heroischen Kategorie wenig spürt. Gewiß: Klaus König, der Tannhäuser, kann zwar weder mit Franz Völker noch mit Max Lorenz verglichen werden; auch Windgassens Gestaltungsvermögen geht ihm einstweilen noch ab.

Doch in unserer tristan-, siegfried- und tannhäuser-armen Zeit ist er schon eine Sensation: Wegen seines Durchhaltevermögens, ob der endlich einmal tonrein gesungenen „Erbarm-dich-mein"-Passagen am Ende des zweiten Aktes, wegen des Beweises, daß selbst ein Wagner-Tenor drei Akte lang in Kantilenen schwelgen kann und letztlich auch, weil er in der Romerzählung das Espressivo des Schmerzes nicht selbstzerstörerisch auf die Spitze trieb. Ob der Sänger, den auch Londons Covent-Garden-Oper schon verpflichtet hat, die heldentenorale Kraft der Höhe besitzt, diese Frage muß einstweilen noch offenbleiben. Aber wir sind um eine Wagner-Hoffnung reicher geworden.

Vielleicht sogar um mehr als eine. Michael Ebbecke, ein Meister des sängerischen Ebenmaßes mit Metternich-Timbre, steigerte sich in Wolframs Kantilenen zu lyrischer Pracht. Sabine Hass als Elisabeth betörte durch Phrasierungsintelligenz und helle Jubeltöne. Alfred Muff, ein Landgraf mit leicht angerauhter fester Baßstimme, war für den feudalen Landesherrn der rechte Zeuge am *Ort. Auch die Minnesänger intonierten* allesamt ohne Fehl. Ein Wagner-Ensemble wie aus längst vergangenen Tagen.

Mit dem in allen Instrumentengruppen fast gleich gut proportionierten, vital und elastisch spielenden Orchester gelang Musikchef Christoph Prick – entschieden an allem romantisierenden Pathos vorbeidirigierend und die dynamischen Gegensätze scharf markierend – fast alles, sogar ein sinnlich aufreizendes Bacchanale.

Hans-Peter Lehmann läßt den Minnesänger sein hartes Los samt dem Dilemma zwischen sinnlicher und geistiger Liebe als Vision von Neuschwanstein und Moritz von Schwind erleben. Zwar wird der Sängerkrieg rechtschaffen und realistisch ausgefochten. Doch just damit ist der Absturz ins visuelle Verdeutlichungstheater, in einen „Tannhäuser" für Neuschwanstein-Touristen, heraufbeschworen.

HEINZ LUDWIG

Gegen das Mißverständnis eines demokratisierten Bauens: Alexander von Branca und die Postmoderne

„Rückblick ist ein Schritt ins Kommende"

Der jüngste Vorwurf gegen neuere, „postmoderne" Strömungen in der Architektur lautet: Alles nur Modekram! Säulen, Erker, Satteldächer, Rundbogenfenster, Steinfassaden, die sich gegen die glatte, gläserne, metallglitzernde Architektur des „neuen Bauens" und die industrielle Serienbauweise durchzusetzen beginnen, seien eine flüchtige, morbide Blüte aus fehlgeleiteten, in die Vergangenheit gerichteten Instinkten. Manchmal werden bei dieser Kollegenschelte auch Namen genannt. Und dann darf der des Münchner Architekten Alexander Freiherr von Branca in der Regel nicht fehlen.

Aber von Branca ist alles andere als ein Modearchitekt, er ist ein Querkopf, ein Eigenbrötler, ein Sucher auf eigene Faust und eigenes Risiko. Er ist keiner Strömung hinterhergelaufen, sondern hat sich dem Strom als einer der Widerborstigsten der ganzen deutschen Nachkriegs-Architektengeneration entgegengestellt. Kein Wunder, daß er auch einer der Best*gehaßten in ihren Reihen ist.*

Das Landratsamt von Aschaffenburg, ein 1981 fertiggestelltes Bauwerk des Architekten Alexander von Branca FOTO: ARCHIV KARISCH

Er hat es soeben erst wieder erfahren. Sein Entwurf für neue Bundesbauten in Bonn, mit denen das Abgeordnetenhochhaus von Egon Eiermann eingefaßt werden soll, fand bei den Gutachtern schlechte Noten. Der „hohe Anspruch" seiner, wie die acht alten Herren in der Jury befanden, „fast feudal anmutenden Architektur" kontrastiere mit ihren „vielen meisterhaft entwickelten Einzelheiten von ästhetischem Reiz" zu stark mit Eiermanns schwarzem Koloß, der im Volksmund bekanntlich „Langer Eugen" heißt und in der anmutigen Rheinlandschaft wie ein düster drohender Totempfahl steckt.

Die Präzeptoren des „demokratischen Bauens" sprachen sich statt dessen für den Entwurf eines Konkurrenten Brancas aus, dem sie zwar ebenfalls erstaunliche, ihrer Meinung nach aber verzeihliche Mängel ankreideten: „Einfache, fast spartanische Baukörper", nur wenige erlebnisreiche Innenräume, Unterbewertung von räumlichen Ansprüchen, mangelnde Qualität des Bibliotheksbaus, der weder vom Bautypus noch von den Funktionen her seiner „zentralen Bedeutung ganz gerecht" werde und im Untergeschoß den „Charakter eines Magazins" besitze.



Architekt Alexander Frhr. von Branca, der heute 65 Jahre alt wird FOTO: HORST WERNER

Die Aufzählung ist doppelt interessant, nicht nur, weil sie einen Begriff davon vermittelt, wie Adolf Arndts Ideal von der „Demokratie als Bauherr" von den Sittenwächtern des Hauptstadtausbaus heruntergewirtschaftet worden ist; sondern auch, weil sie in einem Gegenbild zeigt, was die Qualitäten des Architekten von Branca sind. Er hat der modernen Architektur „eine beinahe vollkommene innere Bildlosigkeit", ein „Ausbluten auch der geistigen Motivationen" und die Entfernung von den Idealen der Väter angekreidet, hat die „Aushungerung und Austrocknung der sichtbaren Umwelt, die Chaotisierung unserer Städte und die Verramschung auf das Niveau der niedersten Primitivität des Begreifens" beklagt. Er glaubt daran, „daß der Rückblick in das Vergangene ein möglicher Schritt ins Kommende zu sein vermag" und sieht in der „Wiederentdeckung der menschlichen Identität über die Zeiten hinweg das Korrektiv zu einem generationsegozentrischen Fortschrittsglauben". Vor allem aber: Er hat diesen Auffassungen zur Empörung fast der gesamten Fachwelt auch mit eigenen Bauten Ausdruck gegeben, am sinnfälligsten mit seinem Würzburger Kaufhaus und seiner Aschaffenburger Sparkasse – beides Bauwerke mit Assoziationen an die mittelalterliche Burgenarchitektur, wie übrigens auch sein Hauptwerk, die Münchner Neue Pinakothek. Wenn Provokation in der Kunst als Ausweis der Avantgarde gilt, dann hat sich der Münchner mit diesen Bauwerken auf eine extreme Spitzenposition gesetzt.

Den Bruch mit dem nackten Utilitarismus und Technizismus des vordergründigen Funktionalismus hat von Branca offenbar in jungen Jahren vollzogen, als er eine kaufmännisch-technische Lehre aufgab, um in München und Zürich Architektur zu studieren. Schon seine frühen, „modernen" Entwürfe zeigen seine Eigenwilligkeit im Umgang mit den Materialien, seine Abkehr von Schubschachtelformat und Rasterfassade, seinen Respekt vor städtebaulichen Situationen, seine Witterung für den Genius loci. Eines seiner Vorbilder wurde der Finne Saarinen, der „an jeder *Stelle* anders gebaut und sich selbst nicht absolut gesetzt hat", wie von Branca einmal in einem Interview sagte.

Von Brancas Vielseitigkeit, seine Einfühlungsgabe in die spezielle Aufgabe und der „hohe Anspruch" seiner Architektur sind vermutlich die Schlüssel zu seinem Erfolg. Denn der Rebell braucht seine Tage nicht als Aussätziger seiner Zunft in Wüsteneinsamkeit zu fristen, er ist einer der meistbeschäftigten, angesehensten und einflußreichsten unter seinen Standeskollegen. Auch wenn er erst seit einem Jahr eine Honorarprofessur an der Akademie der Bildenden Künste in Nürnberg innehat. Auch wenn er vor einem Jahr mit Krach aus dem Bund Deutscher Architekten, der renommierten Standesorganisation, ausgetreten ist. Auch wenn er sich seit 1972 als Kreisheimatpfleger in München mit der ganzen Polit- und Bauprominenz angelegt, einige Male zurückgetreten ist – sie haben ihn immer wieder berufen. Wenn einmal die Geschichte des Wiederaufbaus und der Rettung Münchens vor den Baulöwen geschrieben wird, dann wird sein Name in die Annalen der Stadt eingehen.

An neun Wettbewerben hat sich von Branca mit seinem 35-Mann-Büro allein im vergangenen Jahr beteiligt und in allen einen Preis errungen. Dreimal hat er mit seinen Projekten sogar regelrechte Volksabstimmungen nicht nur überstanden, sondern gewonnen. An die zehn Großprojekte von ihm sind im Bau, darunter die Kunsthalle in Vaduz und die Deutsche Botschaft beim Heiligen Stuhl in Rom, und er läßt es sich nicht nehmen, die Formgebung bei jeder Bauaufgabe bis ins letzte Detail, bis zu den Türklinken und den Klingelknöpfen, zu bestimmen. Heute wird er 65, und er denkt nicht daran, aufzuhören. Er werde „arbeiten bis ins hohe Alter", bis er umfalle, hat er seinen Mitarbeitern scherzhaft gedroht und auf seine Mutter, die Malerin Hedwig von Branca, verwiesen. Und die ist 93 Jahre alt und, so der Sohn, „bei bester Gesundheit".

DANKWART GURATZSCH

Berlins Nationalgalerie erhält eine Dependance

Drei Könige im Schloß

Sportliche Übungen stärken Kameradschaft. Diese Erfahrung machten jetzt, unter gymnastischer Hilfestellung von Berlins Kultursenator Volker Hassemer, die leitenden Persönlichkeiten der Stiftung Preußischer Kulturbesitz und der Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Gärten: Gemeinsam sind die Herren nämlich über ihre eigenen Schatten gesprungen. Das Ergebnis ist selbst für Berlin, das im Gründen von Museen eine gewisse Spitzenposition behauptet, erstaunlich genug. Der Knobelsdorff-Flügel von Schloß Charlottenburg wird sich ab 1986 als ein hochattraktives Museum präsentieren, zu dem nach den Vorstellungen seiner Erfinder unmittelbar von der schönen Nofretete ein „*Trampelpfad*" herüberführen wird.

Noch im Laufe dieses Jahres zieht das Kunstgewerbemuseum der Stiftung aus dem Schloß in den Neubau am Tiergarten. 1985 wird der Knobelsdorff-Flügel dann Schauplatz einer Watteau-Ausstellung. Und danach sollen die großzügigen schönen Räume der Nationalgalerie als Dependance dienen. Schon jetzt platzt die Nationalgalerie an der Potsdamer Straße aus allen Nähten. Die Verwirklichung eines zusätzlichen Baus aber wird noch Jahrzehnte auf sich warten lassen. Bis dahin ermöglicht es das Agreement zwischen Schlössern und Stiftung, mehr als 150 Gemälde des frühen 19. Jahrhunderts sozusagen in einer Filiale in Charlottenburg auszustellen. Noch mehr: Mit gemeinsamem Eingang werden sich die einzigartige Sammlung französischer Maler des 18. Jahrhunderts aus dem Besitz Friedrich des Großen und die Werke aus Romantik, Klassizismus und Biedermeier als eine höchst attraktive neue Gemäldegalerie darstellen.

Diese Lösung schafft endlich einen ärgerlichen Eigentums- und Besitzstreit zwischen Schlössern und Stiftung aus der Welt. Denn neben herausragenden anderen Werken im Schloß, die Eigentum der Stiftung sind, wurden im Charlottenburger „Schinkel-Pavillon" bislang auch drei (von Friedrich Wilhelm III. erworbene) Meisterwerke Caspar David Friedrichs als Hauptattraktionen gezeigt, „Abtei im Eichwald", „Kreuz im Riesengebirge" und „Mönch am Meer". Die Verwaltung der Schlösser und Gärten mochte sie deshalb nicht hergeben, was den Eigentümer natürlich arg wurmte. Nun ist es damit vorbei. Künftig werden diese Bilder mit anderen „Charlottenburger" Friedrichs und den Werken des Romantikers, die sich derzeit in Tiergarten befinden, im Knobelsdorff-Flügel zusammengeführt: zur mit 23 Bildern „bedeutendsten Caspar-David-Friedrich-Sammlung der Welt". Wenn in einem Papier der Stiftung vom „Friedrich-Komplex" die Rede war, konnte man diese Formulierung in des Begriffes sinnig doppelter Bedeutung verstehen: In Charlottenburg wurde gegen eine womögliche *Wegnahme der Schätze wie um Sein* oder Nichtsein gekämpft.

Daß im Mies-van-der-Robe-Bau am Kulturforum nun erst bei Menzel der zeitliche Schnitt der Schausammlungen angesetzt wird (Deutsch-Römer, Leibl-Kreis, Schule von Barbizon und Impressionisten sollen dort verbleiben), verursacht – gemessen an Geschichte und Selbstverständnis der Nationalgalerie – gewisse Schmerzen. *Jedoch hat die Neue* Nationalgalerie nun endlich Gelegenheit, die Klassische Moderne und die Kunst nach 1945 angemessener auszubreiten und vernachlässigte, ins Depot verdrängte Teile des 19. Jahrhunderts besser zu würdigen. Ohnehin werden größere Sonderausstellungen, wie zuvor schon „Hodler" und „Picasso" künftig im Untergeschoß gezeigt werden.

Mag ja sein, daß für auswärtige Besucher das sowieso schon unübersichtliche System staatlicher, städtischer, schlößlicher und privater Museen in Berlin nun noch ein Stück verwirrender wird. Dennoch: In Charlottenburg, wo Friedrich Wilhelm IV. gewohnt hat, finden manche Werke des frühen 19. Jahrhunderts einen günstigeren und – historisch gemäßen Platz. Und: Ums Schloß kommt wohl kein kunstinteressierter Tourist herum. Neben der noblen Ägypterin und neben Watteau wird CDF ab 1986 der dritte König in Charlottenburg.

PETER HANS GÖPFERT

Der Briefwechsel zwischen Marc und Kandinsky

Sindelsdorfer Kaffeetafel

Wenn es nach dem ersten Einfall Wassily Kandinskys gegangen wäre, würden wir heute von „Brücke" und „Kette" sprechen, wenn von den zwei wichtigsten Künstlergruppen des deutschen Expressionismus die Rede ist. Es hat bislang immer wieder spekulative Meinungsverschiedenheiten über Herkunft und Bedeutung des Namens „Blauer Reiter" gegeben. Die Forschung wollte sich schon weithin darauf einigen, daß ein gleichnamiges Bild Kandinskys dazu den Anstoß gegeben habe. In einem Brief Kandinskys an Franz Marc liest man's nun anders. Darin erzählt der Russe erstmals, im Juni 1911, von seinem „neuen Plan", einer „Art Almanach", den er und Marc herausbringen und redigieren sollten; darin „*muß sich das ganze Jahr* spiegeln, und eine Kette zur Vergangenheit und ein Strahl in die Zukunft müßten diesem Spiegel das volle Leben geben ... Das Buch kann ‚Die Kette' heißen oder auch anders".

Zu dieser Kenntnis verhilft jetzt der Briefwechsel der beiden ungleichen Freunde aus München und Moskau (Piper Verlag, München, 400 S., 68 Mark), herausgegeben, sachkun*dig eingeleitet und detailkundig* kommentiert von Klaus Lankheit. Er weiß Auskunft zu geben über Personen und Beziehungen, über Bilder und Ausstellungen, er entschlüsselt Andeutungen und erklärt Zusammenhänge; und er fügte dem Briefwechsel der Männer noch eine Reihe von Briefen der Frauen Maria Marc und Gabriele Münter hinzu.

Begreiflicherweise ist er von seinem Gegenstand enthusiasmiert. Er nennt die Begegnung der beiden Künstler eine „Sternstunde der Kunstgeschichte" und bewertet entsprechend ihre Briefe als Zeugnisse dieser kunsthistorischen Konstellation. Die Briefe selber geben sich weitaus nüchterner. Und wenn man es nicht gewußt hätte, hier wird es jedem unausweichlich klar: Der „Blaue Reiter", das waren zwei Männer, Kandinsky und Marc. Als Gruppenbezeichnung ist der Name, der „am Kaffeetisch in der Gartenlaube in Sindelsdorf" bei dem „märchenhaften Kaffee von Frau Marc" erfunden wurde, eigentlich unkorrekt.

Der Briefwechsel umfaßt die drei Jahre zwischen 1911 und 1914. Er beschäftigt sich hauptsächlich mit der Vorbereitung, der Redaktion und Organisation des „Blauen Reiters", seinen Ausstellungen, seinen Freunden und Kritikern. Es ergibt sich aus der Natur der Sache, daß dabei der Blick fast mehr hinter die Kulissen als auf die offene Bühne gelenkt wird. Die Briefe handeln von banalen und so lebenswichtigen Dingen wie Bilderpreisen, Ausstellungsfinanzierung, redaktionellen Problemen und Auseinandersetzungen. Über die Kunst der Freunde, ihre Kunstanschauung überhaupt geben sie nur wenige und kaum neue Aufschlüsse; die finden sich ausführlicher und gründlicher in ihren theoretischen *Schriften und Aphorismen (Marc)*, im Almanach selber oder auch in dem Briefwechsel Kandinskys mit Arnold Schönberg beispielsweise.

Zu den seltenen Ausnahmen zählen hier die leidenschaftlichen Ausführungen Franz Marcs über den Begriff der Kunst; die sachliche Auseinandersetzung über die Malerei von Campendonk; die verschiedenartige Bewertung von Futurismus und Kubismus; die erste bedeutende Würdigung der „Brücke"-Maler (zu denen man immer gern Gegensätze konstruieren wollte); nicht zuletzt die Diskussion über Form und Inhalt, in der Kandinsky bekenntnishaft feststellt: „Formfrage ist sekundär, Kunstfrage ist vorzüglich eine Inhaltsfrage." Man hatte die beiderseitigen Standpunkte eigentlich eher umgekehrt in Erinnerung.

Sicher war diese Briefstelle im März 1914 nicht das letzte Wort in dieser Sache. Wie man denn überhaupt nicht außer acht lassen darf, daß die theoretischen Probleme nicht in Briefen und auf Postkarten, sondern im persönlichen Gedankenaustausch bei den zahlreichen gegenseitigen Besuchen in Murnau, München oder Sindelsdorf erörtert wurden. Diese Briefe sind eigentlich nur das sachlich abgeschirmte Protokoll einer großartigen und seltenen Freundschaft – in der es übrigens nie zu einem vertraulichen „Du" gekommen ist.

EO PLUNIEN

JOURNAL

Mehr Austausch mit Frankreich

dpa, **Bremen**

Frankreich und die Bundesrepublik wollen ihren kulturellen Austausch intensivieren. Darauf einigten sich in Bremen der französische Erziehungsminister Alain Savary und der derzeitige Bevollmächtigte der Bundesrepublik für kulturelle *Angelegenheiten*, der bremische Regierungschef Hans Koschnick (SPD). Der Unterricht in der Partnersprache soll nach den Vorstellungen der beiden Politiker im außerschulischen-, im Vorschul- und Grundschul- sowie im Hochschulbereich ausgebaut werden. Der in den vergangenen Jahren rückläufige Austausch von jährlich rund 100 Lehrern soll wieder ausgebaut werden. Im Bereich der Hochschulbildung kamen Savary und Koschnick überein, den Austausch in den Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften zu intensivieren.

„Schönheitsfehler" beim Deutschen Theater

dpa, **München**

„Einige Schönheitsfehler" im Programm zur Eröffnungsphase des Deutschen Theaters in München hat der Hauptgeschäftsführer Heiko Plapperer-Lüthgarth jetzt eingestanden. Vor allem der Zwang, für die Zeit direkt nach der Wiedereröffnung Ende 1982 und 1983 Gastspiele gelegentlich bereits vor deren Produktion einzukaufen, habe zu den Mißerfolgen beim Publikum geführt, sagte Plapperer-Lüthgarth. *Spätestens mit „Anatevka" – also* seit Herbst 1982 – habe das als reine Gastspielbühne konzipierte Theater, das seinen Betrieb auch mit technischen Pannen begann, sein Publikum jedoch gewonnen. Besondere Erwartungen knüpft das Theater für 1984 an eine Pariser Revue „Hollywood Paradise" mit Zizi Jeanmaire (April/Mai), ein Gastspiel des Spanischen Nationalballetts (beginnend 19. Oktober) und an das amerikanische Musical „Show-Boat", das im Dezember ins Programm kommt.

Shakespeare-Preis für Sir Colin Davis

DW. **Hamburg**

Der von der Hamburger Stiftung F. V. S. verliehene Shakespeare-Preis geht für 1984 an den britischen Dirigenten Sir Colin Davis. Der Preis ist mit 25 000 Mark dotiert. Davis, Chefdirigent der Londoner Royal Opera, ist seit dieser Saison auch Leiter des Sinfonieorchesters des Bayerischen Rundfunks in München.

Moretti malt die Berliner Mauer

AFP, **Paris**

Die Berliner Mauer malt der französische Künstler Raymond Moretti in seinem Pariser Atelier. Auf dreißig 3,50 mal 1,40 Meter großen Tafeln soll das politische Bauwerk wiedergegeben werden. Moretti verzichtete aus technischen Gründen auf seine ursprüngliche Idee, die Berliner Mauer vor Ort zu malen. Moretti hat Anwohner der Mauer dazu aufgefordert, ihre Eindrücke in das Kunst*werk einzubringen. Unter der Anleitung* von auf Freskenmalerei spezialisierten Künstlern sollen sie auf ihre Weise zu dem Mauer-Bild beitragen. Von den Bildern werden Lithographien und Plakate gemacht, die zu einer Wanderausstellung zusammengestellt werden.

Versteinertes Känguruh in ägyptischer Wüste

dpa, **Kairo**

Ein ägyptisch-amerikanisches Archäologenteam hat bei Ausgrabungen in der Wüste in der Nähe der ägyptischen Oase Fayum versteinerte Überreste eines Känguruhs in Gesteinsschichten entdeckt, deren Alter auf 50 Millionen Jahre geschätzt wird. Der Fund entwertet nach Auffassung des ägyptischen Teamchefs die gängige wissenschaftliche Theorie, daß das Beuteltier vor 100 Millionen Jahren auf der ganzen Welt außer in Australien ausgestorben ist.

Programm des Pariser „DDR"-Kulturzentrums

AFP, **Paris**

Ein volles Programm bietet das neueröffnete Kulturzentrum der „DDR" in Paris zu seinem Debüt im Januar. Bis 24. Januar sind die Ausstellungen „Fritz Cremer – Skulpturen, Zeichnungen, Stiche", „Glaskunst aus der DDR" und „Arnold Zweig – Schriftsteller" zu sehen. Drei neue Expositionen werden am 31. Januar eröffnet. Die Themen: „Meißner Porzellan", „Johannes R. Becher – Leben und Werk" und „Ausbildung und gesellschaftliche Integration von Blinden und Sehschwachen in der DDR". Der Bereich Film ist durch „Die Leiden des jungen Werther" von Egon Günther, „Jörg Ratgeb – Maler" von Bernhard Stephan und „Alle meine Mädchen" von Iris Gusner vertreten. Der Jazz-Schlagzeuger Günter Sommer gibt ein Solo-Konzert, Theo Adam ist mit einem Liederabend zu hören. Stephan Hermlin liest an zwei Abenden aus seinen Werken. Über Dresden aus kunsthistorischer Sicht referiert an zwei Abenden der Konservator der Dresdner Pinakothek, Harald Marx.

Offener Krieg um die sündige Meile?

Brandanschlag auf Münchner Bar läßt kaum noch Zweifel

PETER SCHMALZ, München

Die Angst geht um in den Münchner Regionen, in denen gewöhnlich gegen Bargeld die schnelle Liebe lockt. „Wenn nochmals was passiert, dann geh' ich lieber putzen", klagt ein Animiermädchen im Bahnhofsviertel der bayerischen Landeshauptstadt. Im Münchner Sex-Untergrund ist ein heißer Krieg ausgebrochen, in dem nicht nur Flammen lodern, sondern auch Blut fließt.

Höhepunkt der bisherigen Auseinandersetzung ist der Brandanschlag auf das Nachtlokal „Liverpool" in der Nacht zum Sonntag, bei dem acht Menschen verletzt wurden, darunter eine 20jährige Bardame, die lebensgefährliche Verbrennungen erlitt (WELT vom 9. 1.). Noch ist die Polizei auf Vermutungen angewiesen, weder Motiv noch Täter sind bekannt. „Es kann ebenso ein persönlicher Racheakt sein wie der Beginn einer Schutzgelderpressung", meint ein Polizeisprecher. Auch „Liverpool"-Besitzer Rudolf Probst schließt einen Anschlag durch die Konkurrenz nicht aus: „Ich habe viele Neider, die mich hassen."

Kein Wunder: Der 40jährige Probst, in dessen Garage ein Mercedes 500 und ein weißer Rolls-Royce stehen, gilt als Münchens heimlicher Nachtklub-König. Mit einem Partner gehören ihm um den Bahnhof herum 16 Nachtlokale, die er mit harter Hand regiert. Er duldet weder Zuhälter noch Rauschgift. Auch Schutzgelderpressungen will er nicht nachgeben: „Von mir weiß jeder, daß ich mich nicht erpressen lasse und auch den kleinsten Versuch der Polizei melden würde."

Kampf der Verwaltung gegen den Schmuddelsex

Der Polizei liegen derartige Meldungen nicht vor. Ob aber einige Sex-Wirte dennoch erpreßt werden und stillschweigend zahlen, ist nicht bekannt. Das Münchner Kreisverwaltungsreferat sah sich nach dem Brandanschlag jedenfalls genötigt, die Besitzer und Pächter der schummrigen Bars und grellen Sexkinos darauf hinzuweisen, ein nicht gemeldeter Schutzgelderpressungsversuch sei eine „Unzuverlässigkeit des Wirts und könne mit Konzessionsentzug bestraft werden".

Kreisverwaltungsreferent Peter Gauweiler (CSU), der dem Schmuddelsex des Bahnhofsviertels den Kampf angesagt und der Peepshows verboten hat, will demnächst sämtliche Geschäftsführer der Münchner Nachtszene zu einer Nachhilfe-Lektion in Sachen Gaststätten-Bestimmungen einladen.

Der käuflichen Liebe hat sich die selbsternannte „Weltstadt mit Herz" noch nie weit geöffnet. Einige Beobachter des Milieus wollen sogar darin den eigentlichen Grund für die Eskalation der Gewalt sehen, denn einträgliche Plätze für das älteste Gewerbe der Welt sind an der Isar rar, der Kampf um sie herum entsprechend hart. Als zu Beginn der 70er Jahre eine organisierte Zuhälterbande 200 Münchner Massagesalons unter ihre Kontrolle gebracht und die Bordsteinschwalben mit brutalen Mitteln, bis hin zu Säureattentaten, gefügig gemacht hatte, schloß die Polizei zahlreiche plüschige Lasterhöhlen, und der damalige Polizeidirektor Georg Schmidt verkündete nach der Aktion: „Es herrscht Ruhe im Puff."

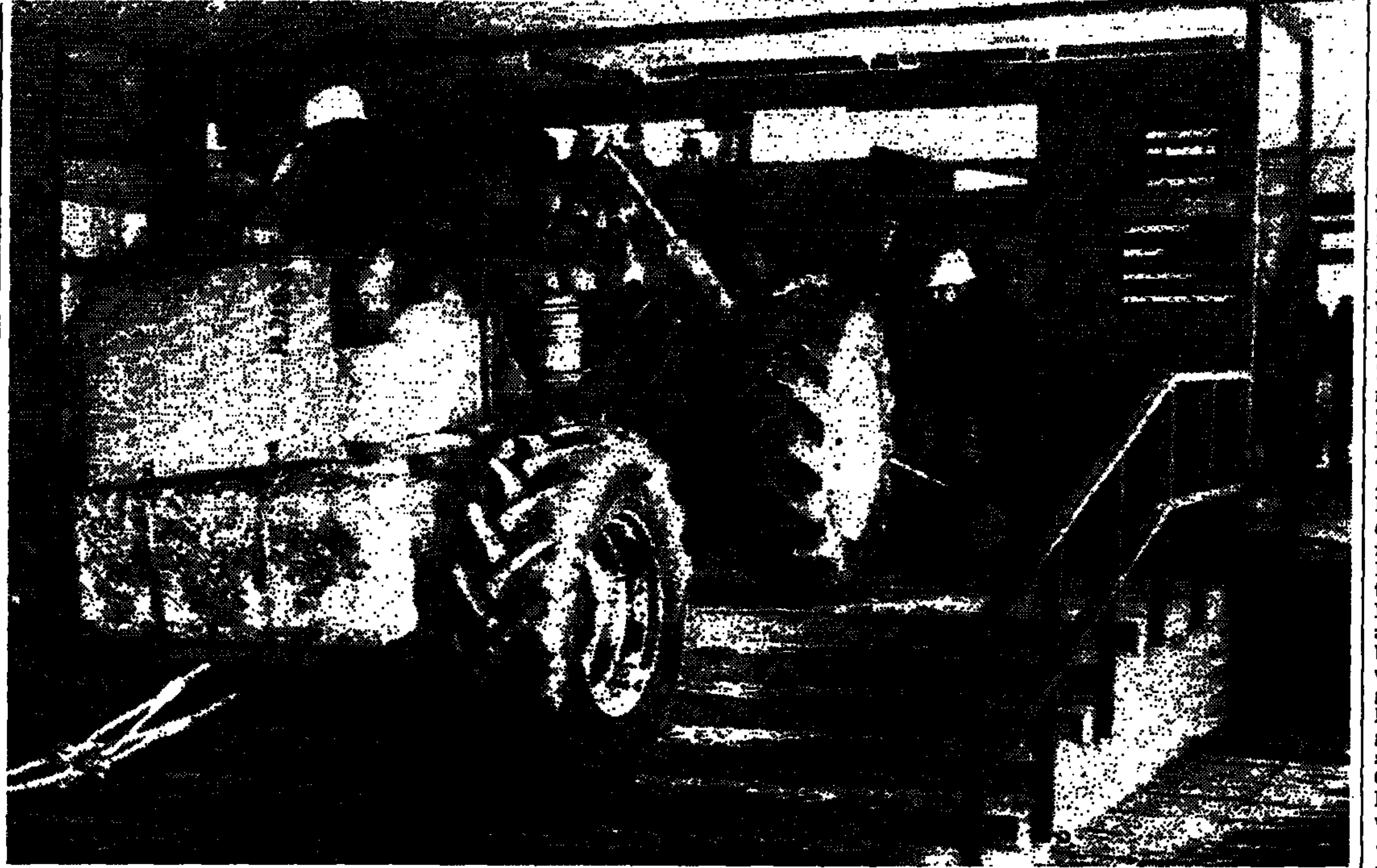
Die Konsequenz der Sperrbezirksverordnung

Nun nahm sich auch der Stadtrat der Liebes-Last an und beschloß eine Sperrbezirksverordnung, die nahezu das gesamte Münchner Wohngebiet zu Tabuzonen der käuflichen Liebe erklärte. Das brachte der Rockband „Spyder Murphy Gang" den Hit über Rosi und den „Skandal im Sperrbezirk" ein. Den betroffenen Damen half der Song so wenig, wie der Gang zum Bayerischen Verfassungsgerichtshof.

Dafür hat sich die nördliche Ausfallstraße nach Ingolstadt als neue sündige Goldgräbermeile entwickelt, an der die schnelle Liebesmark in komfortablen und beheizbaren Wohnmobilen verdient wird. Mehrfach wurden die besten Liegeplätze von den Zuhältern ausgekämpft.

Als nun einer von ihnen seine Schützlinge in den Weihnachtsurlaub entlassen und die fahrbaren Lustlauben im Hof einer Abschleppfirma eingestellt hatte, gingen die Wagen Heiligabend in Flammen auf: Ein Racheakt der Konkurrenz, vermutet die Polizei. Und nun der Brandanschlag in der Innenstadt.

Dagegen hat der Tod des 22jährigen Barbesuchers Sami M. am Montagabend nichts mit der Münchner Liebesfehde zu tun. Der Mann hatte ein Barmädchen mit einem Gasrevolver bedroht und war von zwei herbeigerufenen Polizisten erschossen worden. Ein Polizeisprecher: „Es war Notwehr unserer Leute. Die Waffe war täuschend echt."



Mit einer Planierraupe wollte Leopold Ströbel vor und in dem Lübecker Gerichtsgebäude „aufräumen". Gestern kam er zu Fuß. FOTO: DPA

Der Kohlhaas von Lübeck kam mit rollender Bombe

Gestern begann der Prozeß gegen den Schrotthändler, der mit einer Planierraupe im Gerichtsgebäude auftauchte

DETLEF AHLERS, Lübeck

Diesmal kam Leopold Ströbel (50) zu Fuß. Der gebückte, kräftige Mann schritt durch die neue Doppeltür des Lübecker Gerichtsgebäudes in die Eingangshalle, deren Wiederherstellung ihn 50 000 Mark gekostet hat. Flankiert von den Anwälten Bossi und Sasse stand er gestern morgen vor einer Strafkammer des Landgerichts. Seine Stimme wirkte bedrückt; der Zorn, der ihn am 19. März 1981 mit seiner Planierraupe den Eingang dieses Gebäudes durchbrechen ließ, schien gewichen, was blieb, war das resignative Gefühl von Ohnmacht, wieder einmal mit der Justiz zu tun zu haben. Diesmal wegen versuchten Mordes und versuchter Herbeiführung einer Explosion.

Als habe die Justiz etwas gutzumachen, faßte ihn der Vorsitzende Richter Soetbeer mit Samthandschuhen an. „Warten Sie erst mal ab, ob wir vorgefaßte Meinungen haben", beruhigte er Ströbel und ließ ihm manche trotzige Schimpferei durchgehen.

„Ich konnte nicht mehr normal denken an dem Tag", sagte Ströbel gestern mehrmals. Immerhin war die Raupe vollgetankt, zusätzlich mit 40 Litern in Kanistern und mit einer vollen Propangasflasche bestückt. Immerhin floß in der Eingangshalle Benzin, immerhin hatte Ströbel ein Feuerzeug dabei und soll mit einem Vorschlaghammer gegen einen Polizisten ausgeholt haben.

„Ich hab darauf geachtet, daß keine Fremden verletzt werden", sagte er gestern, „eher hätte ich noch die zweite Tür eingedrückt und die Treppe mitgenommen, als daß ich das Benzin angesteckt hätte." Außerdem: „Bei der Propangasflasche hätte es wegen des Ventils nur eine kleine Flamme gegeben. Und Benzin: Manchmal geht ein Streichholz sogar aus, wenn man es reinwirft." Doch dann wieder: „Das läßt sich heute schlecht sagen, was da hätte passieren können." Sein Fazit: „Die Sache ist nicht gut gelaufen."

Zunächst ging es zur Person. Geboren 1933 bei Warschau, der Vater deutscher Viehdoktor, Leopold drei Jahre in der polnischen Schule. Dann Kriegswirren, die Mutter kehrte mit ihm 46 aus der SBZ nach Warschau zurück – „unsere Heimat". Sie wurden dort ein Jahr interniert, flohen dann. Ströbel landete schließlich im Westen und schaffte ein kleines Wirtschaftswunder: Schaustellergehilfe, unsicher in deutscher Sprache und Schrift, Hilfsarbeiter, schließlich fünf Jahre Knast, Entlassung, Halt bei einer geschäftstüchtigen Frau, Scheidung in gutem Einvernehmen. Ströbel wurde dann 1971 Schrotthändler mit 2000 Mark in der Tasche. Heiratete erneut, schuftete hart, ist Vater zweier Töchter, über die er liebevoll sprach. Heute verdiente er das Zwei- bis Dreifache eines Facharbeiters, sagte er gestern.

Das ist die eine Geschichte des Leopold Ströbel. In der anderen, seiner Verzweiflung an Justitia, handelt er genauso verbissen. Siebenmal habe man ihm Unrecht getan, seine Zeugen Lügner genannt, Aussagen nicht protokolliert – schlicht das Recht gebrochen (s. WELT v. Samstag). Er habe es immer hingenommen und die Geldstrafen gezahlt. Doch einmal habe er nicht anders können als mit der Planierraupe abzuräumen. Was war geschehen?

Seine Frau und er waren in einem Zivilverfahren verurteilt worden, sie zu Beugehaft. Er legte für beide Berufung ein, ihr Brief sei jedoch im Gerichtsgebäude verloren gegangen (selbst der Justizminister habe dies später bestätigt). Seine Berufung hatte schließlich Erfolg, er wurde freigesprochen – doch seine Frau abgeholt, weil ihr Brief verschlampt worden sei. Niemand half, selbst ein Richter nicht, der den Sachverhalt aus der Dienstaufsichtsbeschwerde gekannt habe. Die Töchter weinten, Ströbel, der den Frauen den ganzen Halt in seinem Leben zu verdanken hatte, wollte seine Frau zurück, die unschuldig im Gefängnis saß. Er drohte einem Richter die Raupenfahrt an; sie kam schließlich frei, doch die nächste Kleinigkeit brachte Tage später das Faß zum Überlaufen.

Das Urteil soll in etwa drei Wochen fallen.

Lottogewinn in „gutem Glauben" verjubelt?

AP, Düsseldorf

Drei Tage lang fühlten sich im Januar 1983 die Eheleute Ziprath als „Lottokönige". Dann forderte die Lottogesellschaft mit Hinweis auf eine „Computer-Panne" das Geld zurück. Seit gestern beschäftigt der Rechtsstreit um den vermeintlichen Lottogewinn das Düsseldorfer Landgericht. Der Deutsche Lottoblock hat vor der 15. Zivilkammer die Ehefrau des vermeintlichen „Lottokönigs" Dieter Ziprath aus Düsseldorf auf Rückzahlung von 66 000 Mark verklagt, die der 43 Jahre alte Eisenflechter nach der Auszahlung des Gewinns durch die Lottozentrale in Stuttgart bei einem dreitägigen Trip durch die Düsseldorfer Altstadt ausgegeben haben will. Nach den Aussagen der Eheleute hatten sie am 1. September 1982 für 136 Mark einen Lotto-Jahrestippschein abgegeben, der auf den Namen der beklagten Ehefrau Annie ausgestellt war. Mitte Januar 1983 teilte die Lottogesellschaft ihnen schriftlich mit, sie hätten im „Spiel 77" 466 153,20 Mark gewonnen. Drei Tage später stellte sich jedoch heraus, daß es sich bei dem Gewinn lediglich um 153,20 Mark gehandelt hatte. Zu diesem Zeitpunkt will der Ehemann das Geld freilich bei „seinem Zug durch die Gemeinde" in „gutem Glauben" bereits verjubelt haben. Die Kläger warfen der Ehefrau gestern vor, nicht alles unternommen zu haben, um ihren Mann über den Irrtum aufzuklären. Der Prozeß wird fortgesetzt.

Kohlenklau

dpa, Essen

Einen organisierten Kohlenklau, bei dem die Ruhrkohle AG wahrscheinlich um mehrere Millionen Mark geschädigt wurde, hat die Essener Polizei aufgedeckt. 22 Personen wurden festgenommen. Nach bisherigen Ermittlungen haben die Beschuldigten rund neun Monate lang jeweils nachts mit vier Lastzügen von einem Gelände der Ruhrkohle AG Koks abgefahren.

Herstatt-Prozeß

dpa, Köln

Die Herstatt-Pleite wird von heute an wieder die Justiz beschäftigen. In Köln soll die Hauptverhandlung gegen Iwan D. Herstatt (69) beginnen, obwohl der herzkranke Angeklagte auch gestern noch in einer Kölner Klinik lag. Nach einem von der Verteidigung bestellten jüngsten Gutachten ist Herstatt nicht verhandlungsfähig. Im Gegensatz dazu hatte der Bonner Herzspezialist Professor Adalbert Schaede dem 69jährigen eine beschränkte Verhandlungsfähigkeit für mehrere Stunden pro Tag attestiert.

Zugunglück: 2 Tote

AP, Oviedo

Bei einem Frontalzusammenstoß zweier Schmalspurzüge in einem Tunnel westlich von Gijon in Nordspanien sind zwei Menschen ums Leben gekommen und 75 verletzt worden. Wie in Oviedo mitgeteilt wurde, lagen zunächst keine Erkenntnisse über die Unglücksursache vor. Die beiden Züge waren zwischen den Städten Pravia und Penaullan am Ausgang eines Tunnels auf einer eingleisigen Strecke aufeinandergefahren. Unter den Toten befindet sich auch der Lokführer eines der Züge.

Alkohol am Steuer

SAD, Chicago

Die Vermutung, daß neun von zehn tödlichen Verkehrsunfällen auf Alkohol zurückzuführen sind, ist jetzt von einer in Chicago ansässigen Vereinigung amerikanischer Gerichtsmediziner geäußert worden. Die Vermutung basiert auf Unfallstatistiken aus zahlreichen US-Counties, Stadt- und Landkreisen, die ausnahmslos die Bundesstatistik, nach der „nur" fünfzig Prozent der tödlichen Unfälle durch Alkohol verursacht werden, widerlegen.

Panne in Bergwerk

AFP, Regina

Im kanadischen Uranbergwerk von Key Lake in der Provinz Saskatchewan, einem der größten Uranbergwerke der Welt, wächst die Angst vor einer Umweltkatastrophe. In dem Bergwerk waren am Donnerstag letzter Woche durch eine Panne mehr als 100 000 Kubikmeter hochradioaktives Wasser ausgelaufen. Das Wasser war bei minus 20 Grad Celsius zu einem Sumpftümpel gefroren.

Der Preisrebell schlägt wieder zu

Durch Re-Importe verkauft ein französischer Autohändler Wagen bis zu 30 Prozent billiger

A. GRAF KAGENECK, Paris

Preisbrecher haben es schwer in Frankreich. In einem Land, das seit Jean-Baptiste Colbert (1619 bis 1683) eine dirigistische Wirtschaftsform kennt, würde die Freigabe der Industriepreise, wie sie die europäische Konkurrenz längst praktiziert, einem Umsturzversuch gegen die Republik gleichkommen. Die Franzosen sind, wie Umfragen zeigen, mit überwiegender Mehrheit für die Beibehaltung der Preiskontrollen. Sie verhindern nach tiefverwurzelter Überzeugung der Colbert-Jünger, daß die Konkurrenz davonläuft und die Inflation aus dem Trab in einen Galopp fallen würde. Deshalb hat ein Mann wie Michel Leclerc vermutlich keinerlei Chance in Frankreich.

Michel ist der jüngere Bruder von Eduard Leclerc, der sich seit 25 Jahren mit einer Kette von Billigpreisläden einen Namen gemacht hat. Michel trennte sich schon 1965 vom Familienchef, als dieser ihm keinen Freiraum für eigene Preisknacker-Initiativen lassen wollte. Seitdem arbeitet der 44jährige gelernte Ingenieur am eigenen Weg.

Er begann mit Tankstellen, die Benzin bis zu 30 Prozent unter dem regierungsamtlich festgelegten Preis verkauften. Sein neuestes Angebot sind Autos, die ebenfalls bis zu einem Drittel unter dem Normalpreis liegen. Dabei nützt Michel Leclerc den seit 1958 stufenweise verwirklichten „freien Warenverkehr innerhalb der EG", um vorwiegend französische, aber auch andere europäische Marken über Länder, die keine eigene Autoindustrie besitzen und daher stark der Konkurrenz ausgesetzt sind, nach Frankreich zu reimportieren. Französische Hersteller liefern beispielsweise nach Belgien oder Dänemark zu starken Dumpingpreisen. Selbst unter Anrechnung der Transportkosten, so Leclerc, kann er solcherart reimportierte Renaults oder Peugeots in Frankreich weit unter dem Inlandspreis anbieten.

Ein Beispiel: Ein Talbot-Solara wird bei Leclerc an einer Pariser Tankstelle für 45 000 statt 53 000 Franc gehandelt. Kein Wunder, wenn er schon vier Wochen nach Start seiner Aktion 615 Kunden hat, die teilweise schon angezahlt haben.

Der Weg indes vom Angebot zum Verkauf ist weit und beschwerlich. Wie die Wölfe sind die Hersteller, Wiederverkäufer, Transporteure, Steuerschnüffler und Garagisten über den Preisrebellen hergefallen. Alle fürchten die Konkurrenz, der Staat bangt um sein Preismonopol. Überall legt man Leclerc Schwierigkeiten in den Weg.

Transporteure, die ihm schon Ladungen aus Brüssel zugesagt hatten, sagen unter fadenscheinigen Vorwänden wieder ab. Konzessionäre warnen ihre Kundschaft, bei Leclerc zu kaufen, da es weder Garantie noch Kundendienst geben werde. Unbekümmert gründete Michel Leclerc daraufhin sein eigenes „Kundendienstnetz Leclerc", das bereits 250 Stützpunkte in Frankreich hat. Nun droht ihm der Staat mit Entzug der Zulassung. Leclerc will vor den Europäischen Gerichtshof gehen. Am Radio schäumte er: „Ein Skandal. Ich habe den Beweis erbracht, daß es in Frankreich weder eine freie Wirtschaft noch in Europa einen freien Warenverkehr gibt. Unsere Politiker belügen die Bürger systematisch."

LEUTE HEUTE

Abgerutscht

Clint Eastwood („Fire fox") ist der neue Kassenstar. 1983 verdrängte der 52jährige amerikanische Schauspieler **Burt Reynolds** (46), der fünf Jahre lang die meisten Zuschauer angelockt hatte. Reynolds („Das Schlitzohr") fiel hinter **Eddie Murphy** und **Sylvester Stallone** auf Platz 4 zurück. Unter den zehn stärksten Kassenmagneten ist nach einer Umfrage amerikanischer Kinobesitzer keine Frau.

Millionen-Rolle

Für eine Million Dollar hat das italienische Fernsehen RAI die amerikanische Schauspielerin **Faye Dunaway** eingekauft. Zur Zeit spielt sie in La Valetta auf Malta für die Fernsehserie „Christoph Kolumbus" die spanische Königin Isabella. Die Dreharbeiten dauern für sie nur zwei Wochen: ein etwas teurer Star, so sagen Kritiker, für das ohnehin bis über beide Ohren verschuldete italienische Staatsfernsehen.

Bissiger Brief aus Bonn

„Times"-Korrespondent vergleicht Russen und Deutsche

dpa, London

Bürokratie und Minderwertigkeitskomplexe der Russen und der Deutschen sind nach den Beobachtungen des „Times"-Korrespondenten in Bonn, Michael Binyon, die wichtigsten Gemeinsamkeiten zwischen beiden Völkern. Binyon könnte es wissen – er hat vorher aus Moskau berichtet. Jetzt stellte er in einem „Brief aus Bonn" bissige Vergleiche zwischen seinen beiden Gastgeberländern an.

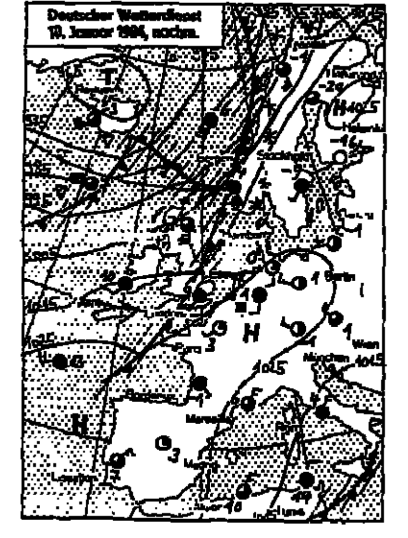
Binyon erzählt, wie eine alte Dame in Bonn seinem kleinen Sohn beizubringen versucht, einen Einkaufswagen richtig zu bewegen, und wie eine Garderobenfrau ihn mit einer „Flut von Beschimpfungen" bedenkt, weil sie meint, er habe seinen Mantel auf ihr Coupon-Buch gelegt. So ein „Runterputzen" von Gschaftlhubern sei auch Teil des normalen Sowjet-Lebens gewesen.

„Deutsche und Russen, so völlig unterschiedlich in ihrer Anschauung, Geschichte und Haltung, verhalten sich oft so gleich", schreibt der Korrespondent: „Beispiel Bürokratie: Die Russen verschwenden Jahre mit dem Ausfüllen und Stempeln von Formularen. Sie haben Regeln für jeden vorstellbaren Lebensaspekt ... Aber Deutschland hat, wenn schon, sogar noch mehr Vorschriften, besonders lokale Verordnungen: Man ist verpflichtet, Vorhänge in Fenstern zur Straße zu hängen, man darf zu bestimmten Zeiten kein Bad in seiner Wohnung nehmen, man hat die Blätter vor seinem Gartentor zusammenzufegen und sie auf bestimmte Weise aufzuhäufen, man hat das Recht, in seinem Heim einmal im Monat eine Party zu haben, vorausgesetzt, der Lärm ist nicht exzessiv."

„Sowohl Deutsche wie Russen sind besonders empfindlich für die Meinung von Außenstehenden und leicht verwundbar", schreibt er weiter: „Während aber das Minderwertigkeitsgefühl der Russen gegenüber dem Westen Jahrhunderte alt ist, ist die deutsche Ängstlichkeit mehr politisch und stammt direkt vom Krieg her ... Jüngere Deutsche kümmern sich heute weniger darum, was Außenstehende denken, junge Russen dagegen beschäftigt das vielleicht sogar noch mehr."

WETTER: Wieder wärmer

Wetterlage: Die Ausläufer eines Nordmeertiefs überqueren im Tagesverlauf ganz Deutschland, wobei milde Atlantikluft herangeführt wird.



Vorhersage für Mittwoch:

Norden und Mitte: Stark bewölkt bis bedeckt und zeitweise Regen. Nachmittagstemperaturen im Flachland bei 7 Grad, in höheren Lagen bei 2 Grad, nachts kaum zurückgehende Temperaturen.

Süden: Wolkig mit Aufheiterungen und weitgehend niederschlagsfrei. Tageshöchsttemperaturen um den Gefrierpunkt. Tiefstwerte nachts bis Minus 5 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus Südwest.

Weitere Aussichten:

Wechselnd bewölkt mit einzelnen Schauern, im Norden etwas zurückgehende Temperaturen.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Ort	Temp.	Ort	Temp.
Berlin	1°	Kairo	16°
Bonn	4°	Kopenh.	–1°
Dresden	–2°	Las Palmas	16°
Essen	1°	London	9°
Frankfurt	2°	Madrid	3°
Hamburg	0°	Mailand	–2°
List/Sylt	–1°	Mallorca	9°
München	–1°	Moskau	–2°
Stuttgart	0°	Nizza	8°
Algier	10°	Oslo	–2°
Amsterdam	4°	Paris	3°
Athen	15°	Prag	–2°
Barcelona	6°	Rom	4°
Brüssel	2°	Stockholm	–9°
Budapest	2°	Tel Aviv	17°
Bukarest	2°	Tunis	14°
Helsinki	–16°	Wien	1°
Istanbul	12°	Zürich	1°

* Sonnenaufgang am Donnerstag: 8.23 Uhr, Untergang: 16.37 Uhr, Mondaufgang: 12.20 Uhr, Untergang: 1.23 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Fleet Street gönnt den Windsors keine Schonzeit

HELMUT VOSS, London

Die Stimme am Telefon war betont frostig. „Nein", erklärte eine Sprecherin für den Londoner Buckingham-Palast, „bisher haben wir noch keinen Kommentar zu den jüngsten Ereignissen in Liechtenstein."

Englands gefürchtete Hofberichterstatter haben mal wieder zum großen Halali geblasen. Seit Anfang dieser Woche halten sich Kronprinz Charles (35) und seine 22jährige Frau, Prinzessin Diana, zu einem zehntägigen „privaten" Skiurlaub in Liechtenstein auf und werden dabei, wie schon im vorigen Jahr, auf Schritt und Tritt von Reportern und Fotografen verfolgt.

Allein bei einem offiziellen Fototermin am ersten Tag auf der Piste bei Malbun sah sich das mürrische Paar nicht weniger als 80 Fotografen gegenüber. „Wollen Sie, daß wir hinfallen?" fragte Charles unwirsch. Diana, längst die meistfotografierte Frau der Welt, sah teilnahmslos zu und hielt sich auf ihre Weise an der Pressemeute schadlos: Sie hatte ihre Wollmütze so weit über die Ohren gezogen, daß die bei der Gelegenheit geschossenen Fotos jeden Glamour vermissen ließen. „Wenig schmeichelhaft", urteilte Londons Abendzeitung „Standard" enttäuscht.

Die Jagd auf Englands „Royals" hat ständig an Intensität und Bitterkeit zugenommen. Als vor dem Kriege der spätere Edward VIII. die geschiedene Amerikanerin Wallis Simpson umwarb, wagte das keine englische Zeitung zu melden. Nach dem Kriege war die Hofberichterstattung zuerst eine Mischung aus Respekt und Anhimmelei, wurde dann aber mit der Zeit – nicht zuletzt dank Prinzessin Margaret und ihrer Eskapaden – immer derber.

Als Prinz Charles und Diana vor zwei Jahren auf den Bahamas urlaubten, robbte ein Fotograf der Londoner „Sun" im Morgengrauen mit Teleobjektiv durch den Mangrovensumpf und schoß die schwangere Prinzessin im Bikini: Für das Foto sollen später von europäischen Illustrierten 150 000 Mark geboten worden sein. Als bald darauf Charles' jüngerer Bruder Andrew eine Affäre mit der Sexfilm-Darstellerin Koo Stark begann, wurde er beschattet wie der erste Sekretär der sowjetischen Botschaft bei einem Besuch im Marinehafen Portsmouth.

Als schließlich die königliche Familie Neujahr wie üblich auf Schloß Sandringham in Norfolk feierte, wurde sie von mindestens zwanzig mit „Walkie Talkies" ausgerüsteten Presseleuten belagert. Nachdem es ihnen gelungen war, mit Teleobjektiven Fotos von den „Royals" bei der Fasanenjagd zu schießen – darunter eine Aufnahme, wie der gelangweilte Sohn von Prinzessin Anne einen toten Vogel wie ein Lasso um seinen Kopf schwingt –, erbat sich Königin Elizabeth bei Fleet-Street-Chefredakteuren Ruhe. Wiederholt mußte der Palast auch per einstweiliger Verfügung verhindern, daß Palastangestellte gegen Geld die Familiengeheimnisse der Windsors ausplauderten.

Die „Wolfsmeute", wie die Hofberichterstatter heute von Prinzessin Diana abfällig genannt werden, hat ihr Handwerk im Laufe der Jahre immer weiter verfeinert. Die „royal watchers" lesen mit Hilfe von Ferngläsern königliche Lippen, schicken um des besseren Fotos willen kleine Mädchen mit Blumen und große Mädchen im Bikini in die Arme nichtsahnender Prinzen, horchen Bedienstete alias „Hofkreise" aus, liegen tagelang auf der Lauer, heuern Hubschrauber an und jagen ihr Wild im Auto in einem Tempo, daß es an ein Wunder grenzt, daß Königin Elizabeths Familie bisher ohne Schaden davongekommen ist. „Auf Royals Jagd zu machen ist wie Rauschgiftsucht", gestand einer der Reporter, Ashley Walton vom „Daily Express".

Bei der königlichen Familie hat die ständige Hatz durch Reporter und Fotografen längst zu einer Form von Bunker-Psychose und auch ganz unköniglichen Ausbrüchen geführt. Prinzessin Anne hat Reporter mit der Reitpeitsche bedroht und sie wenig damenhaft aufgefordert: „Verpißt euch."

Ein Ende der „Belagerung" ist so lange nicht in Sicht, wie sich mit den Gesichtern und Geschichten der Mitglieder des Hauses Windsor Höchstauflagen erzielen lassen. „Die königliche Familie ist Englands eigene Seifenoper geworden, ein weltweiter Erfolg wie ‚Dallas'", urteilte die Londoner Sonntagszeitung „Observer". (SAD)

ZU GUTER LETZT

„Anlage zum Antrag auf Gewährung einer einkommen- (lohn-) steuerlichen Ermäßigung wegen außergewöhnlicher Belastung betreffend den Versand eines gewöhnlichen Päckchens." Aus einem Antragsformular der Deutschen Bundespost.